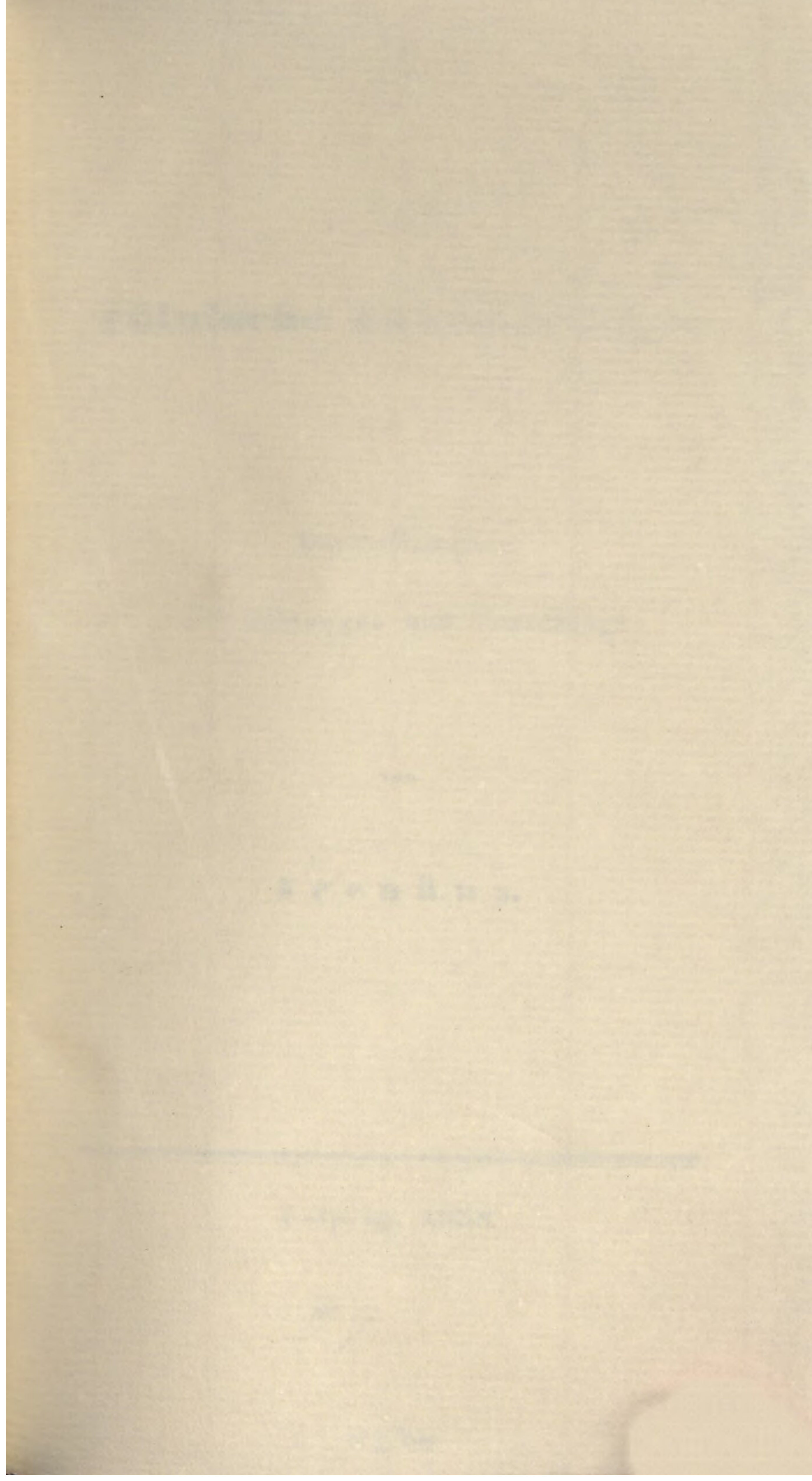


Polem.

1417

γ

Polem 1417 2



Ueber die
cölnische Angelegenheit.

**Darstellungen,
Betrachtungen und Vorschläge**

von

I r e n ä u s.

Leipzig, 1858.

B9

302 Bq

Polem 1417^r



Einen jeden sein Vaterland liebenden Deutschen, welcher sich sehnt, auf die Zeiten des Mistrauens wieder einmal Zeiten des vollen Vertrauens zwischen deutschen Völkern und Fürsten, zwischen den verschiedenen deutschen Volksstämmen und kirchlichen Bekenntnissen folgen zu sehen, damit Deutschland durch Einigkeit im Innern glücklich und nach Aussen stark werde, müssen die neuesten kölnischen Ereignisse schmerzhaft berührt haben. Denn die schönen Rheinlande, welche unter preussischem Scepter in den letzten Jahren so sichtlich eine erfreuliche Entwicklung in geistiger und materieller Beziehung begannen, welche die ersten Vorurtheile gegen die neue Regierung mehr und mehr ablegend, immer deutlicher die Verdienste derselben zu würdigen lernten, und mit jedem Jahre mehr ein Herz für dieselbe fassten, sind durch jene Vorgänge wiederum aufgeregt, und die junge Liebe drohet durch Mistrauen verdrängt zu werden. Nicht persönliche Anhänglichkeit an den weggeführten Erzbischof wirkt hier auf das Volk, sondern die Schmach, einem Fürsten

*

der katholischen Kirche, und zwar von einer protestantischen Regierung angethan, wird von demselben als eine Schmach der Kirche selbst gedeutet, und regt seine Liebe und seinen Stolz zum Zorne auf. Und begierig ergreift die ultramontane Parthei, welche längst schon das sich immer mehr stärkende freundliche Verhältniss der verschiedenen Kirchengesellschaften in Deutschland mit Unwillen betrachtet hat, dieses bei dem Volke leicht erklärliche Misverständniss, um, statt zu löschen, Oel ins Feuer zu giessen, und die Aufregung des katholischen Volks zum Fanatismus zu steigern durch den Ruf, die katholische Kirche sey in Gefahr von dem Protestantismus unterdrückt zu werden.

Dennoch ist dieser Streit so wenig ein Kampf des Protestantismus mit dem Katholicismus, dass der Erstere vielmehr sein Interesse am wirksamsten durch Unterstützung der ultramontanen Parthei fördern würde. Und wenn man die preussische Regierung beschuldigen will, im protestantischen Interesse treulos mit ihren katholischen Rheinländern gehandelt zu haben, so kann man diese Beschuldigung mit ungleich grösserem Scheine darauf gründen, dass sie den Freiherrn Clemens August Droste zu Vischering auf den erzbischöflichen Stuhl von Cöln erhoben, als darauf, dass sie ihn von demselben wieder entfernt hat. Mag diese Behauptung auf den ersten Blick auffallend erscheinen: bei näherer Erwägung wird sie bald einleuchten. Welches Land kann das Ideal katholischer Kirchenfreiheit, wie es der Freiherr v. Droste aufgefasst hat, mehr verwirklichen, als Spanien es vor etwa 40 Jahren verwirklicht hatte? Da standen Aristokratie und Hierarchie im höch-

sten Glanze: der Staat war nicht blos willfährig gegen die katholische Kirche, sondern hatte sich und seine Mittel ganz derselben hingegeben: er erkannte die Einheit der Kirche nicht nur an, sondern hielt sie auch äusserlich durch Verfolgung der Ketzer aufrecht: es fehlte der Kirche, um den weitem Forderungen des Freih. v. Droste zu folgen*), weder an den erforderlichen Personen, noch an den nöthigen Sachen, vielmehr war sie mit geistlichen Herren und geistlichen Gütern im Uebermaasse gesegnet: alle Lehr- und Bildungsanstalten wurden von Geistlichen streng überwacht, und fast ausschliesslich besorgt: die Literatur war unter strengster Aufsicht gehalten, und die fremde grösstentheils verboten. Und welches sind die Resultate dieses nach Drostischen Grundsätzen fast vollkommenen Kirchenzustandes, wie sie in den letzten Jahren deutlich zum Vorscheine gekommen sind, aber schon lange vorher sich heimlich ausgebildet haben müssen? Sie sind von der Art, dass der ärgste Feind der katholischen Kirche sie nicht schlimmer beabsichtigt, und durch satanische Mittel herbeigeführt haben könnte. Unter dem Landvolke tiefe Unwissenheit, sittliche Rohheit, und fanatischer Aberglaube, welchen kein deutscher Katholik ohne zu erröthen für ächten Katholicismus erklären kann: in den grössern Städten, insbesondere in den Handelsstädten, welche sich am wenigsten gegen die fortschreitende Bildung abschliessen konnten, denen dieselbe aber nur heimlich und in Bruchstücken, und eben deshalb in einer verderblichen

*) S. dess. Schrift über die Religionsfreiheit der Katholiken. Münster 1817. 8. S. 19 ff.

Art, züging, roher Unglaube, Abneigung gegen die Kirche und wüthender Hass gegen die Geistlichkeit. Aehnliches zeigt sich in Belgien, dessen freie katholische Kirche auf die Handlungsweise des Herrn v. Droste durch Beispiel und Ermahnung so sehr eingewirkt haben soll: nur dass hier gegen die Geistlichkeit, weil ihr die Mittel fehlen sich furchtbar zu machen, sich weniger Hass, als Verachtung unter den Ungläubigen ausbildet. Schon jetzt spiegelt sich in der Erscheinung von katholischen und freien Universitäten, und in dem offenen Hohne der belgischen Freimaurer gegen den über sie ausgesprochenen Bann ein allgemeinerer Gegensatz ab: und je länger die Geistlichkeit fortfahren wird, nach Kräften allem Lichte den Eingang zu verwehren, und mit ohnmächtigen Bannstrahlen gegen die Ungläubigen zu kämpfen; desto deutlicher werden sich die finstern Mächte eines bigoten Fanatismus und eines offenen Unglaubens in das belgische Volk theilen. Aehnliche Erscheinungen würde auch das preussische Rheinland darbieten, wenn Hr. v. Droste und gleichgesinnte Nachfolger eine Reihe von Jahren ungehindert gewirkt haben würden; wenn die Pfarrgeistlichkeit, welche sich bekanntlich in Folge des Cölibatgesetzes meistens aus den niedern Ständen ergänzt, anstatt durch Leben und Wissenschaft gehoben und für ihr wichtiges Amt wahrhaft gebildet zu seyn, durch slavisch - klösterliche Seminarerziehung zu blinden Werkzeugen der adligen Hierarchie abgerichtet wäre, und wenn die katholischen Volksschulen, von einer solchen Geistlichkeit beaufsichtigt und geleitet, nur folgsame Schafe, nicht denkende Menschen zu bilden strebten. Wenn alsdann der Drostische Sprengel nicht durch eine chinesische

Mauer alle äussern Einwirkungen der fortschreitenden Bildung abwehren könnte, und wenn die weltliche Macht gegen innere Entwicklungen nicht für etwas Inquisition zum Vortheile der Religionsfreiheit willig die Hände böte: wenn vielmehr, was doch der protestantischen Regierung am Ende zugegeben werden müsste, diese durch protestantische Volksschulen, durch Real- und Industrieschulen und durch Universitäten für Bildung aller Art zu sorgen sich bemühte, und wenn demnach nur die in die dunkeln Seminarräume verwiesene katholische Theologie, und was ihr anginge, von der allgemeinen Entwicklung ausgenommen bliebe: was könnte davon anders die Folge seyn, als dass sich auch in den preussischen Rheinlanden von einer fanatischen Masse ein ungläubiger Mittelstand absonderte?

Aber schon jetzt würde es zu bedenklichen innern Kämpfen in der kölnischen Diöcese gekommen seyn, wenn die preussische Regierung den Erzbischof hätte gewähren lassen. Schon von Anfang an war ein grosser Theil der gebildeten Angehörigen des Erzbisthums mit dem neuen Hirten und seinem Treiben unzufrieden: die Priester aus der Schule von Hermes, in allen Theilen der Erzdiöcese verbreitet, und in ihren Kreisen geachtet und geliebt, konnten natürlich die Handlungsweise des Erzbischofes nur mit Unwillen ansehen, und ihr Einfluss auf die Gebildeten konnte nicht ohne Wirkung auf das allgemeinere Urtheil bleiben. Wenn es nun dem Erzbischofe gestattet worden wäre, auf dem eingeschlagenen Wege fortzufahren, die Hermesianer zu entsetzen, und die übrige Pfarrgeistlichkeit durch neue Eide zu vinculiren: würden nicht

Bewegungen und Spaltungen davon die nothwendige Folge geworden seyn?

Wenn also, wie von manchen Vertheidigern des Erzbischofs vorausgesetzt zu werden scheint, alles was dem Katholicismus Abbruch thut, von den Protestanten als Gewinn betrachtet wird, und wenn man den letztern kein allgemeineres Interesse für christliche Bildung in allen ihren Formen zuzutrauen vermag: so hat die preussische Regierung nur im Interesse des Protestantismus gehandelt, als sie den Herrn von Droste auf den kölnischen Stuhl erhob. Als sie ihn von demselben entfernte, hat sie nur die Rechte des Staates gegen die Eingriffe eines anmaasslichen Priesters gerade so vertheidigt, wie in demselben Falle jede katholische Regierung es sich selbst schuldig gewesen wäre.

Sonach fühlt sich der Verfasser von aller Gefahr, durch protestantisches Interesse zur Partheilichkeit für die preussische Regierung verleitet zu werden, völlig frei. Er muss es für ein wahrhaft verruchtes Verfahren halten, dass manche Vertheidiger des Erzbischofes eine Maasregel, durch welche die preussische Regierung einen widerspenstigen Unterthan unschädlich gemacht hat, deshalb weil derselbe ein katholischer Erzbischof ist, zu einem Versuche des Protestantismus, den Katholicismus zu unterdrücken, stemeln, und auf diese Weise alles thun, um religiösen Fanatismus unter dem Volke wieder zu wecken. Er ergreift die Feder, um ruhig und unpartheiisch darzustellen, wie die katholischen Kirchenangelegenheiten der Rheinlande bisher von der preussischen Regierung behandelt worden sind, welche Grundsätze in dieser Be-

ziehung der Herr von Droste gelten machen wollte, und warum keine Regierung in der Welt, ohne sich selbst vernichten zu lassen, in solche Grundsätze einwilligen kann. Als Resultate dieser Erwägungen wird er einige Wünsche für die weitere Behandlung dieser Angelegenheiten hinzufügen. Er hat mit grosser Aufmerksamkeit und Theilnahme seit mehr als zwanzig Jahren gerade die kirchlichen Verhältnisse der Rheinlande und ihre Entwicklungen beobachtet: steht aber zugleich denselben so fern, dass persönliche Beziehungen gar keinen Einfluss auf ihn haben können. Er ist nicht preussischer Unterthan, und schreibt keinesweges in der Absicht, die preussische Regierung um jeden Preis zu vertheidigen, sondern nur, so viel an ihm ist, Recht und Wahrheit zu fördern, und zu einer ruhigen allseitigen Erwägung der obschwebenden Fragen das Seinige beizutragen. Und so wird er auch nicht selten auf Regierungshandlungen stossen, welche er von seinem Standpuncte aus nicht für zweckmässig halten kann, und wird dies mit der Freimüthigkeit aussprechen, welche eine auf Kenntniss und besonnene Prüfung gegründete Ueberzeugung in Anspruch nehmen darf, aber auch mit der Achtung, welche einer der erleuchtetesten und wohlwollendsten Regierungen gebührt, und mit der Bescheidenheit, zu welcher der Einzelne bei dem Urtheile über Regierungshandlungen immer durch die Erinnerung verpflichtet ist, dass er von seinem Standpuncte aus das Ganze in seinem vollen Zusammenhange zu übersehen nie sicher seyn könne.

Der Verfasser will Niemandem gefallen, und Niemandem aus persönlichem Uebelwollen wehe

thun; er will nur zu einer besonnenen Erwägung der streitigen Fragen durch ruhige Darstellungen, Betrachtungen und Prüfungen beitragen: und hofft, dass das ehrlich gemeinte Wort eines der Sache nicht Unkundigen bei denjenigen, welche durch Vorurtheile und Leidenschaft nicht geblendet sind, seine gute Absicht nicht ganz verfehlen werde.

I n h a l t.

- I. Verhältnisse der katholischen Kirche in den preussischen Rheinlanden von 1815 — 1836 , S. 1.
 - II. Des Freiherrn Clemens August v. Droste - Vischering Leben und Thaten vor 1836 . . . — 63.
 - III. Des Freiherrn Clemens August von Droste - Vischering Grundsätze über Kirche und Staat . . — 82.
 - IV. Ueber die Wahl des Freih. Clemens August v. Droste - Vischering zum Erzbischofe v. Cöln . — 103.
 - V. Des Erzbischofs Clemens August Treiben und Ausgang — 113.
 - VI. Verhandlungen in Rom — 137.
 - VII. Aussichten in die Zukunft — 169.
-

I.

Verhältnisse der katholischen Kirche in den preussisch. Rheinlanden von 1815-1836.

Als die schönen Lande am Niederrhein durch den Wiener Congress dem Königreiche Preussen zufielen, und durch das Königliche Manifest vom 5. April 1815 in Besitz genommen wurden; äusserte sich ziemlich allgemein in denselben Unzufriedenheit mit dieser Bestimmung. Die Ursache davon lag weniger in französischer Gesinnung, denn diese fand sich nur in wenigen Orten, oder beschränkte sich nur auf Einzelne: sondern in Vorurtheilen gegen die protestantische preussische Regierung, und in den Störungen der Industrie, welche ein Regierungswechsel nothwendig verursachen musste. Bis kurz vor der Besitznahme hatte das Volk noch die Wiederherstellung der alten Churfürstenthümer, Grafschaften und Herrschaften, und mit denselben das Verschwinden der hohen Steuern und der Conscription erwartet: Andere hatten, verleitet durch alte Anhänglichkeit an den deutschen Kaiser, und durch Neigung für den mächtigsten katholischen Staat in Deutschland, von österreichischer Herrschaft geträumt: mit mehrerem Grunde hatten noch Andere auf eine Versetzung

des königlichen Hauses Sachsen an den Rhein gehofft, durch welche das katholische Land auch einen katholischen Fürsten erhalten haben würde. Preussen galt für einen Militairstaat, der zur Behauptung seiner politischen Stellung ausserordentliche Anstrengungen machen müsse, also grosser Abgaben bedürfe, und für die Haupt- und Schutzmacht des deutschen Protestantismus; Gründe genug, um die Abneigung der katholischen Rheinlande gegen dasselbe zu erklären.

Indessen konnten durch allgemeine Befürchtungen doch noch keine Klagen gerechtfertigt werden: daher ergriff die allgemeine Stimme gern, um jener Abneigung Luft zu machen, jede Veranlassung zu Klagen, mochten dieselben gegründet seyn, und mochte ihre Abstellung in der Gewalt der Regierung liegen oder nicht. Solche Gegenstände der Klagen waren besonders folgende.

1. Dass die französische Herrschaft für die Rheinlande keine Zeit der Blüthe war, das werden alle diejenigen bezeugen, welche damals die mehr und mehr verfallenden Rheinstädte gesehen haben, und dieselben in ihrem jetzigen blühenden Zustande kaum wiedererkennen. Das linke Rheinufer war damals von dem rechten durch eine strenge Douane ganz getrennt: die Rheinschifffahrt lag völlig danieder. Dagegen hatte das Continentalsystem Napoleons die Entstehung einer Menge von Fabriken, theils für die Waaren, welche früher von England bezogen waren, theils für Surrogate der Colonialproducte veranlasst, welchen das ganze grosse Frankreich als Markt für ihre Fabrikate offen stand. Durch dieselben wurden einzelne Fabrikanten reich, und tausende von Arbeitern kümmerlich erhalten: es war keinesweges eine Industrie, wie sie den Kräften des gesegneten Landes entsprach, aber doch

immer eine, durch deren Störung eine grosse Anzahl von Menschen in bedeutende Verlegenheit gerathen musste. Nachdem das Continentalsystem gestürzt war, mussten diese Fabriken nothwendig, welcher Regierung sie auch zufielen, einen harten Stoss erfahren: denn da sie auf einen besondern künstlich herbeigeführten Zustand basirt waren, so hörten mit demselben ihre bedeutendsten Lebensbedingungen auf. Jetzt kam noch dazu, dass Frankreich und die Niederlande sich gegen die preussischen Rheinlande durch hohe Eingangszölle sogleich abschlossen, und dass das westliche Preussen allein für die vorhandene Industrie einen zu kleinen Markt bot, welcher ohnehin in den ersten Jahren gegen fremde Concurrenz nicht einmal gesichert war. So mussten viele Fabriken ganz eingehen, und andere ihre Thätigkeit sehr beschränken: und ehe Handel und Gewerbe die durch die neuen Verhältnisse ihnen eröffneten Bahnen gefunden hatten und benutzten, und ehe die Regierung diesen Bestrebungen durch Grenzzölle den nöthigen Schutz gewährt hatte: lag die Industrie mehrere Jahre dort sehr danieder, und die Gewerbe und Handel treibenden Einwohner führten bittere Klagen, die denn in dem Gesamtgeföhle einen verstärkten Wiederhall fanden, obgleich sie nur in unvermeidlichen Verhältnissen, nicht in Regierungsmaassregeln ihren Grund hatten.

2. Erst unter französischer Herrschaft hatten die Rheinlande eine wirksame Justiz kennen lernen. Vorher hatte die Getheiltheit des Landes unter zahlreiche Herrschaften dem Verbrechen einen der öffentlichen Sicherheit gefährlichen Schutz gewährt, und die Langsamkeit und Unvollkommenheit der Justiz hatte dem bösen Willen nicht die nothwendige Furcht einzuflössen

gewusst. Unter den Franzosen folgte dem Verbrechen die Strafe auf dem Fusse nach, und Processe, welche zum Theil länger als ein Jahrhundert unerledigt geblieben waren, wurden in kurzer Zeit entschieden. Wenn die Handhabung des Rechts auch nicht immer die gründlichste war, so war sie doch höchst wirksam, wie denn ja überhaupt die schnelle Justiz für das Leben vortheilhafter ist als die gründliche: die Verbrechen wurden seltener, und das Eigenthum sicherer; das Volk lernte in den öffentlichen Verhandlungen das Recht kennen, unter welchem es stand, und dasselbe floss ihm neben einer heilsamen Furcht, auch Achtung und Liebe ein, da es alle Stände mit der völligsten Gleichheit behandelte. Mit dem Eintreten der preussischen Herrschaft fing man an für diesen Rechtszustand zu fürchten, weil man bei der Regierung die Absicht voraussetzen musste, das preussische Landrecht einzuführen. Es war sehr zu bedauern, dass die Regierung diesen Zustand des Schwankens nicht durch eine definitive Erklärung beseitigte, sondern fortwährend mit einer Aenderung des Rechtes zu drohen schien, ohne dieselbe zu bewirken. Dadurch wurde unter dem Volke ein stetes Mistrauen rege erhalten, und die zahlreichen Juristen, welche an dem erlernten Code festhielten, und die Studien eines neuen Rechtes, und das Einströmen altpreussischer Juristen in die ersten Stellen fürchteten, geriethen zu der Regierung in eine natürliche Opposition, welche bei dem grossen Einflusse derselben auf das Volk nicht wirkungslos bleiben konnte.

3. Ausserdem erregte es Klage, dass so viele Altpreussen zur Besetzung der neuen Beamtenstellen in das Land gezogen wurden: man glaubte darin eine partheiische Begünstigung der

alten Provinzen gegen die neuen finden zu müssen. Unstreitig war dieser Verdacht ungerecht. Die höhern Beamtenstellen waren früher meist mit Franzosen besetzt gewesen, welche bei dem Eindringen der Alliirten entflohen waren: und so fand die neue Regierung in den höhern Stellen wenige Rheinländer vor. Eben diese Stellen musste aber dieselbe natürlich mit Männern besetzt wünschen, welche mit den Grundsätzen und dem Geschäftsgange der preussischen Administration genau bekannt waren: und solche Beamte fanden sich nur in den altpreussischen Landen. Da ferner unter französischer Herrschaft alle Arten von Bildungsanstalten durchaus vernachlässigt waren, so fand sich auch für die übrigen Beamtenstellen bei weitem nicht die nothwendige Zahl von geeigneten Rheinländern. Ungeachtet also die Regierung alle die Eingeborenen, welche die nöthigen Eigenschaften besaßen, anstellte, so musste sie doch noch viele altpreussische Beamte in das Land ziehen, und konnte es nur einer spätern Zeit, in welcher die von ihr in den Rheinlanden gegründeten Bildungsanstalten Früchte getragen hatten, überlassen, das Vorurtheil zu widerlegen, als begünstige sie partheiisch die Altpreussen gegen die Rheinländer.

Indess am meisten wurzelte doch die Unzufriedenheit der Rheinländer in den kirchlichen Verhältnissen, obgleich von der neuen Regierung aufs sorgfältigste alles vermieden wurde, was in Beziehung auf dieselben zu gerechten Klagen hätte Veranlassung geben können. Unter der vorhergegangenen französischen Herrschaft war allerdings Vieles geschehen, um den kirchlichen Partheigeist zu dämpfen, und dieses Bestreben war nicht ohne Erfolg geblieben, da der Rheinländer, von Natur heitern, leichten Sinnes, sich

wenig zum Fanatismus neigt. Unter den höhern Ständen war sogar durch die Franzosen kirchlicher Indifferentismus sehr verbreitet worden: das Volk hielt zwar treuer an der alten Kirche, nahm aber an der Unkirchlichkeit jener wenig Anstoss. Aller kirchliche Fanatismus musste sich, wie in Frankreich überhaupt, so auch in den Rheinlanden verbergen. Als nun aber die deutschen Heere in Frankreich eindringen, und der Papst triumphirend nach Rom zurückkehrte; da erwachte auch hier die Reaction zu Gunsten der lange unterdrückten Kirche, und die ultramontane Parthei, welche aus der deutsch-katholischen Kirche längst verschwunden zu seyn schien, jetzt aber allmählig aus ihrem Dunkel wieder hervortrat, fand auch hier einzelne Anhänger, deren Zahl sich besonders durch die Aussicht mehrte, dass in kurzem von Rom aus die neue Organisation der deutsch-katholischen Kirche, und mit derselben für treue Diener kirchliche Ehren und Würden zu erwarten wären. Es ist nicht zu verkennen, dass diese Zeit einer kirchlichen Reaction für den Beginn einer protestantischen Regierung, zumal derjenigen, welche allgemein als die bedeutendste Stütze des Protestantismus in Deutschland betrachtet wurde, sehr unvortheilhaft war. Der kirchliche Partheigeist wurde rege: man konnte es sich nicht denken, dass eine protestantische Regierung es ehrlich mit der katholischen Kirche meinen werde: man glaubte, wo nicht Verfolgungen des Katholicismus, doch eine Begünstigung des Protestantismus, und somit eine fortgesetzte Bestrebung, allmählig das Land zu protestantisiren, befürchten zu müssen. Scheinbar wurde diese Befürchtung auch dadurch begründet, dass — eine natürliche Folge der neuen Verhältnisse — die Zahl der Protestanten

in den Rheinlanden sich sehr mehrte, dass in Orten, wo man früher kaum einen Protestanten gesehen hatte, jetzt mehrere sich niederliessen, dass sich überall protestantische Gemeinden bildeten, und dass der grössere Theil der höheren Beamtenstellen mit Protestanten besetzt wurde. Alles dieses gefiel den katholischen Rheinländern natürlich eben so wenig, als gleichzeitig den Sachsen die grosse Zunahme der Katholiken: und man muss es den Rheinländern sogar rühmlich nachsagen, dass sie im bürgerlichen Verkehr meistens an den Unterschied der Religion wenig dachten, und dass sogar von katholischen Gemeinden hin und wieder rühmliche Beispiele religiöser Toleranz gegeben wurden. Indess das Vorurtheil, dass die Protestanten bevorzugt würden, verschwand deshalb noch nicht: man fühlte sich der Regierung gegenüber als Parthei, welche ihre Rechte zu verwahren habe, und dieses Partheigefühl wurde mit gleicher Lebendigkeit auch von denjenigen getheilt, welche nur äusserlich der katholischen Kirche angehörten, innerlich aber indifferent und ungläubig waren. Eine besondere Bitterkeit erhielt es durch das Vorurtheil, dass die Protestanten, auf eine höhere Bildung stolz, verächtlich auf die Katholiken und deren Religionsglauben hinabsähen: und es lässt sich nicht läugnen, dass einzelne Protestanten durch unbesonnene verletzende Aeusserungen zur Nährung jenes Vorurtheils vieles beitrugen. Auch hier konnte die Regierung nur von der Zeit eine heilsame Veränderung erwarten. Eine gegen alle kirchliche Bekenntnisse gleich gerechte Verwaltung musste in den Rheinlanden eben so wie früher in Schlesien allmählig allgemeine Anerkennung finden: und das Zusammenleben von Katholiken und Protestanten musste nach und nach von

beiden Theilen die störenden Härten abschleifen, die Vorurtheile beseitigen, und eine auf gegenseitige Anerkennung begründete Achtung hervorbringen.

So liess sich allerdings mit Grund hoffen, dass mit der Zeit alle Vorurtheile der Rheinländer gegen die neue Regierung schwinden würden: aber es war zu wünschen, dass diese Zeit bald kommen möge. Denn Preussen war zu einer im Vergleich zu seiner Grösse und Macht sehr bedeutenden politischen Rolle berufen, so dass es innere Einigkeit und Festigkeit wünschen musste, um alle seine Kräfte ungehindert entwickeln zu können. An Rathschlägen darüber, wie es zu diesem Ziele gelangen könne, welche Einrichtungen es zu treffen habe, damit das Volk glücklich und der Staat blühend und mächtig werde, fehlte es nicht, vielmehr traten damals, wo nach der Zertrümmerung der Napoleonischen Gewaltherrschaft die Völker ihre Blicke mit neuen Hoffnungen und Wünschen in die beginnende Zukunft richteten, die politischen Rathgeber in grosser Menge auf: indess ihre Rathschläge durchkreuzten sich untereinander, und mit den Wünschen der einzelnen Provinzen so sehr, dass es unmöglich war, Allen zu genügen. Der König von Preussen kündigte durch die Cabinetsordre vom 22ten Mai 1815 seine Bereitwilligkeit an, die Wünsche seiner Unterthanen zu vernehmen und zu beachten, indem er eine Volksrepräsentation verhiess, welche sich zunächst in Provinzialständen bilden, dann aber zu einer Landesrepräsentation entwickeln sollte.

Alle einsichtige Vaterlandsfreunde werden darin übereinstimmen, dass eine ständische Verfassung vorzüglich geeignet ist, das Glück eines Landes zu begründen, indem sie dem Rechte Sicherheit

gegen Willkühr gewährt, die Verbindung zwischen Fürst und Volk verengert, den Wünschen des Volkes ein Organ am Throne giebt, und unter dem Volke selbst Sinn für die gemeinsamen Angelegenheiten, Anhänglichkeit an die bestehende Regierung, und Liebe zu dem Fürsten zu wecken am meisten im Stande ist. Dagegen wird auch von Unbefangenen nicht verkannt werden können, dass für Preussen jene Zeiten, in welchen noch Unzufriedenheit und Misstrauen in den neuen Provinzen gährten, in welchen die letztern sich noch nicht als Theile des Gesamtstaates fühlten, und das Interesse dieses Staates über den Provinzialinteressen hinaus als das höchste erkannten und liebten, nicht geeignet waren, um eine solche Verfassung ins Leben treten zu lassen. Wenn man damals Provinzialstände versammelt hätte, und wenn in den Rheinischen aus dem Chaos ungeordneter Wünsche sich bestimmte Anträge an die Regierung entwickelt hätten; so würden dieselben gewiss nur dem Provinzialinteresse entsprochen haben, wie es damals einseitig und mit Misstrauen gegen den Staat aufgefasst wurde, und würden zum Theil gewiss dem allgemeinen Interesse des Staates entgegen gewesen seyn. Hätte die Regierung dieselben abgelehnt, so würde dadurch die allgemeine Stimmung ohne Zweifel sehr verschlimmert worden seyn: wäre die Regierung auf sie, und natürlich eben so auf die Anträge der andern Provinzen, eingegangen, so würden die Provinzen, anstatt allmählig zu einem Staate zusammenzuwachsen, ihre Interessen immer mehr von einander getrennt, und ganz verschiedene Entwicklungen begonnen haben, so dass sie am Ende eben so viele Staaten unter Einer Regierung geworden wären. Noch bedenklicher

aber wäre in jener Zeit eine Zusammenberufung von Reichsständen gewesen. Denn es ist wohl nicht zu bezweifeln, dass es in denselben eben so zu einer Spaltung zwischen den rheinischen Volksvertretern, und denen der östlichen Provinzen gekommen wäre, und dass diese Spaltung sich auf dieselbe verderbliche Weise festgewurzelt hätte, wie diess in dem Königreiche der Niederlande zwischen den belgischen und holländischen Deputirten wirklich geschah. Dieselben trennenden Elemente, welche dort endlich zu einer Losreissung Belgiens von dem Gesamtstaate führten, fanden sich auch hier. Ohne die Verschiedenheit der materiellen Interessen zu berücksichtigen, möge man zuerst nur an die Macht des kirchlichen Partheigeistes denken, welcher die Vertreter der katholischen Provinzen von denen der protestantischen getrennt haben würde. Dazu kam, dass die Rheinlande, so wenig auch unter französischer Herrschaft für wirkliche Bildung dort geschehen war, doch ein Uebergewicht politischer Bildung, welches durch die französischen Institutionen gewonnen seyn sollte, für sich in Anspruch nahmen, und sich dadurch über die östlichen Provinzen, welche sie als in allen Banden der Adelsaristocratie und des Feudalwesens liegend sich dachten, weit erhaben glaubten. Endlich trat noch der Argwohn hinzu, dass die älteren Provinzen vor den neupreussischen von dem Staate partheiisch begünstigt würden. Wollte man sagen, dass alle diese Vorurtheile gerade durch die von einer Reichsversammlung zu erwartenden Erörterungen und Verständigungen am sichersten beseitigt worden wären, so wird das Beispiel des Königreichs der Niederlande das Gegentheil lehren. Aller Wahrscheinlichkeit nach wäre es der preussischen Stän-

deversammlung, wie der niederländischen ergangen. Die altpreussischen Stände würden die Regierungspartei, die neupreussischen die Opposition gebildet haben, durch welche die Unzufriedenheit in den neuen Provinzen fortwährend genährt und gesteigert wäre. Und so wie es denkbar ist, dass die belgische Revolution von 1830 vermieden worden wäre, wenn Belgien und Holland getrennte Verfassungen und Ständeversammlungen, wenn auch unter einer Regierung, gehabt hätten; so ist es sehr möglich, dass in dem unruhigen Jahre 1830 die Bemühungen, welche wirklich angewendet wurden, den belgischen Aufstand auch nach den preussischen Rheinprovinzen zu verpflanzen, nicht ohne Wirkung geblieben wären, wenn durch eine erfolglose, und eben deshalb leidenschaftlich gesteigerte provinzielle Opposition in der Ständeversammlung das Gefühl der Unzufriedenheit in den Rheinlanden genährt worden wäre. Sonach konnte ein unbefangener und besonnener Beobachter erst dann Segen von einer allgemeinen preussischen Ständeversammlung erwarten, wenn die neuen Provinzen mit den alten sich enger verbunden, und zu einem Ganzen innig verwachsen fühlten, wenn die Gemüther Vertrauen zu der Regierung gefasst hatten, und wenn Handel und Gewerbe statt der frühern durch die Staatsveränderung gestörten Wege neue Bahnen gefunden, und sich wieder gehoben hatten, und wenn endlich eine grössere Einsicht in die allgemeinen Bedürfnisse und Interessen besonders durch Theilnahme an den Communal- und Kreisverwaltungen, und durch das Wirken der Provinzialstände verbreitet war. Und so darf man allerdings jetzt, nachdem diese Bedingungen so vielversprechend sich zu erfüllen angefangen haben, den Zeitpunkt als

nicht so gar fern betrachten, wo alle Hindernisse, welche bis dahin der Erfüllung des königlichen Wortes entgegenstanden, verschwunden seyn werden. In den ersten Jahren nach der preussischen Besitznahme waren dieselben aber in so grossem Maasse vorhanden, dass sie von unbefangenen Beobachtern gar nicht verkannt werden konnten.

Nichtsdestoweniger war das Versprechen des Königs kaum bekannt gemacht, als Görres in seinem Rheinischen Merkur im Namen der Rheinländer, zu deren Wortführer er sich schon länger eigenmächtig aufgeworfen hatte, laut und derb die Erfüllung desselben forderte, Bedingungen vorschrieb, Misstrauen gegen die redliche Gesinnung aussprach, und nach Kräften die vorhandene Aufregung vergrösserte; so dass die Regierung noch mehr Bedenken tragen musste, solchen Forderungen alsbald eine Verfassung zu gewähren, und so leidenschaftlicher Aufregung einen Einfluss auf die Regierungsmaassregeln zu eröffnen. Mit Recht kann man sagen, dass Görres durch sein Treiben, so viel an ihm war, die Erfüllung des königlichen Wortes aufgehalten, und die Verzögerung gerechtfertigt hat.

Görres hatte im Beginn dieser Zeit keinesweges das Vertrauen der Rheinländer: durch sein Jacobinerthum während der Revolution, und durch seine unbeschreiblich freche Verhöhnung der katholischen Kirche und ihrer Institute hatte er nicht bloss alle fromme Katholiken tief verletzt; seine mythologischen Schwärmereien hatten weder für seinen kirchlichen Sinn, noch für seinen practischen Verstand ein günstiges Vorurtheil begründen können: und so waren gewiss Wenige in den Rheinlanden, welche ihm einen bedeutenden einflussreichen Wirkungskreis wünschten.

Eben so wenig war die Verwirklichung der Volksvertretung dasjenige, auf welches aus eigener Ueberzeugung die Rheinländer das grösste Gewicht legten. Dennoch aber ergriff die allgemeine Unzufriedenheit mit Freuden das neue Oppositionswort, welches sich mit Schein geltend machen liess, und die Regierung in Verlegenheit setzte: und je kecker und derber Görres der Regierung entgegentrat, desto mehr freuete man sich seiner, als eines kräftigen Organs der Opposition. Da der anmassliche Mann von der Regierung mit überschwenglicher Nachsicht und Milde behandelt wurde, und es fast den Anschein gewann, als ob mit ihm wie mit einer unabhängigen Macht unterhandelt werde; so stieg sein Hochmuth dergestalt, dass seine immer verwegenerere Sprache endlich ernstere Maassregeln, und in Folge derselben seine Flucht herbeiführte. Die Regierung täuschte sich in der That über seinen Einfluss auf die Rheinländer, wenn sie ihn zu begütigen und zu gewinnen suchte, um vielleicht durch ihn auf das Volk zu wirken: seine Bedeutung hing allein von seiner Opposition gegen die Regierung ab, weil man eben Opposition wollte, und dieselbe von ihm so kräftig und nachdrücklich gehandhabt sah: mit seiner Opposition würde auch sein ganzer Einfluss auf die Rheinprovinzen sich in Nichts aufgelöset haben.

So viel über die allgemeinen Zustände in den Rheinlanden in den ersten Jahren nach der preussischen Besitznahme. Man kann dieselben zum Glücke gegenwärtig als verschwunden betrachten, sofern die neuesten kirchlichen Ereignisse nicht die alte Bitterkeit zum Theil wieder aufgeregt haben. Nachdem nämlich die Regierung Zeit gewonnen hatte, ihre wohlwollenden Absichten den Rheinländern in unendlich vielen

wohlthätigen Einrichtungen zu bethätigen, und diese Absichten immer allgemeinere Anerkennung finden mussten, nachdem dann auch Handel und Gewerbe in Folge des Zollverbandes neues Leben gewonnen haben, so wurde die anfängliche Missstimmung immer milder, und Regierung und Volk fassten immer mehr Vertrauen zu einander. Das Revolutionsjahr 1830 regte allerdings auch in den Rheinlanden mächtig auf: indess in demselben Grade, wie allmählig es hervortrat, dass weder die französische noch die belgische Revolution die goldenen Zeiten des allgemeinen Wohlbefindens, sondern zunächst nur mancherlei Stockungen und Mehrausgaben in ihrem Gefolge hatte, verloren sich die ersten Sympathien, und gerade die belgische Revolution bot in ihren nächsten Folgen so wenig aufmunternde Resultate, dass man froh seyn musste, ihren Versuchen, sich auch in die preussischen Rheinlande fortzusetzen, nicht entgegengekommen zu seyn. Ausserdem war in Folge der Trennung Belgiens von Holland den rheinpreussischen Fabricaten ein neuer bedeutender Absatz nach Holland eröffnet; und so fanden gerade von jetzt an die Rheinländer noch mehr Ursache, mit ihren Verhältnissen zufrieden zu seyn. Die einzigen trennenden Momente zwischen Regierung und Volk blieben nur die Ungewissheit, ob dem Rechtszustande des Landes noch eine Veränderung bevorstehe, und das Vorurtheil, stärker besteuert zu seyn, als die alten Provinzen: und es liess sich erwarten, dass diese durch definitive Erklärungen und Verständigungen auch bald verschwinden würden. Da wurde der kirchliche Partheigeist durch den Erzbischof Clemens August neu aufgeregt, und es entstanden neue bedenkliche Verwickelungen. Wenden wir uns nun,

um diese richtig zu würdigen, zu der Betrachtung des Verfahrens, welches die preussische Regierung in Beziehung auf die katholische Kirche in den Rheinlanden von Anfang an einschlug.

Der Zweck, welchen sie hier ununterbrochen verfolgte, war ein doppelter. Sie wollte zuerst ihren katholischen Unterthanen die beruhigende Ueberzeugung geben, dass sie, weit entfernt, die katholische Kirche zu beeinträchtigen, derselben eben die Freiheit und die Unterstützung zu gewähren bereit sey, wie es sich nur von einer katholischen Regierung erwarten lasse. Dann aber wollte sie für die vernachlässigte allgemeine Bildung das Möglichste leisten, in der Ueberzeugung, dass eine Menge von Uebelständen in Folge vermehrter Bildung von selbst verschwinden werde.

Die Regierung fand das französische Concordat von 1801, und die organischen Gesetze vom 18ten Germinal des 10ten Jahres der franz. Republik in Kraft. Hätte sie den dadurch begründeten gesetzlichen Zustand streng aufrecht erhalten; so hätte sie durch denselben für die Concordatsverhandlungen mit dem Papste manchen Vortheil gehabt. Denn es ist bekannt, wie sehr der päpstliche Hof den meisten jener Bestimmungen abgeneigt war: und es war zu erwarten, dass er, um die Aufhebung derselben zu bewirken, gern manche anderweitige Concessionen gemacht haben würde. Indess die Regierung glaubte vor Allem den rheinischen Katholiken Beweise von ihrer Geneigtheit für die katholische Kirche geben zu müssen, um ihr Vertrauen zu gewinnen, und so gab sie sogleich mehrere jener Gesetze freiwillig auf, und liess sogar Manches wieder aufleben, was besser ewig begraben geblieben

wäre. Die meisten katholischen Feste waren unter der französischen Regierung auf die Sonntage verlegt: jetzt fingen allmählig alle die alten Festtage wieder an gefeiert zu werden, vor allen das den Katholiken so werthe Fronleichnamsfest. Nach §. 45. jener organischen Gesetze durften in allen den Städten, in welchen protestantische Kirchen waren, die Processionen nicht ausserhalb der Kirchengebäude gehalten werden: jetzt wurden dieselben, namentlich die Fronleichnamsp procession, mit allem Pompe, selbst mit militärischer Begleitung, überall wieder durch die Strassen geführt. Die Wallfahrten waren unter französischer Herrschaft so erschwert, dass sie fast ganz verschwunden waren, und der Schmerz darüber war bereits ziemlich geheilt: jetzt wurden dieselben wieder gestattet, Pfarrer zogen an der Spitze ihrer Gemeinden meilenweit wieder nach Kevelaar, und man konnte in jenen Gegenden des Sommers nicht reisen, ohne solchen Processionen zu begegnen, welche den stechendsten Sonnenstrahlen barhäuptig sich preisgebend, und den Rosenkranz betend oder singend nach dem wunderthätigen Marienbilde zogen.. Auch Katholiken, selbst viele katholische Geistliche waren damit unzufrieden, dass dieser Unfug, durch welchen Müssiggang und Unordnungen aller Art befördert wurden, von der Regierung wieder gestattet war.

Dem grossen Haufen waren alle diese Veränderungen allerdings angenehm: dennoch bewirkten sie keinen merklichen Umschwung der öffentlichen Meinung. Schlimm aber war es, dass das zuvorkommende Benehmen der Regierung gegen die katholische Kirche einen grossen Theil der Geistlichen, welche sich desselben am meisten hätten freuen sollen, nur zu einem dreiste-

ren Umsichgreifen ermuthigte. Je unbekannter denselben die Grundsätze ächter Toleranz waren, desto weniger konnten sie die Handlungsweise der Regierung aus derselben erklären: da nun jene Begünstigungen aus einer gläubigen Anhänglichkeit gegen die Katholische Kirche nicht hervorgegangen seyn konnten, so bildete sich bei ihnen das Gefühl, dass der Regierung durch die grosse Menge der neuen katholischen Unterthanen imponirt, und dass sie nur dadurch, also durch eine Art von Furcht, gegen ihre innersten Ueberzeugungen und Wünsche zu solchen Gestattungen bewogen worden sey. So liessen sie also von ihrer mistrauischen Wachsamkeit keinesweges ab, befestigten sich aber zugleich in der Zuversicht, dass unter diesen Umständen auch die Keckheit zu Gunsten der katholischen Kirche auf Ungestraftheit rechnen könne. Sie wurden darin durch die allgemeine Stimmung bestärkt, sofern überhaupt alle Opposition gegen die Regierung sogleich alle Sympathien für sich hatte. Insbesondere begann nun die katholische Geistlichkeit ihr eigenmächtiges Verfahren bei gemischten Ehen in einer Weise, wie sie nicht nur zur französischen Zeit nicht geduldet worden wäre, sondern wie sie selbst in manchen dieser Landestheile dem früher gesetzlichen, von einer katholischen Regierung festgestellten, und von der katholischen Geistlichkeit streng beobachteten Verfahren widersprach *). Sie verlangte

*) In den Jülich - Cleve - Bergischen Landen war durch Religionsvergleiche zwischen Brandenburg und der Pfalz festgestellt, dass bei gemischten Ehen unbedingt von den Pfarrern beider Theile proclamirt, von dem Pfarrer der Braut Dimissoriales ertheilt, von dem Pfarrer des Bräutigams aber copulirt werden; dass aber die Disposition über das Religionsbekenntniss, in welchem die Kinder zu erziehen wären, den Eheleuten selbst lediglich überlassen bleiben

bei jeder gemischten Ehe, welche sie einsegnen sollte, von dem nichtkatholischen Theile das doppelte Versprechen, den katholischen Gatten in seinem Religionsbekenntnisse nicht zu beunruhigen, und die zu erwartenden Kinder katholisch werden zu lassen. Wenn das letztere Versprechen verweigert wurde, so versagte sie die Trauung; und wenn dieselbe von einem protestantischen Geistlichen dennoch vollzogen wurde, so bearbeitete sie den katholischen Theil fortwährend im Beichtstuhle, um durch ihn den protestantischen zur Nachgiebigkeit zu bringen, oder versagte wohl gar dem ersteren alle Sacramente.

Ein solches Treiben konnte der Staat nicht zugeben. Er konnte nicht dulden, dass eine Verhandlung, welche allein das Brautpaar anging, und zwischen diesem allein abgemacht werden musste, in einen Streit zwischen zwei Religionspartheien verwandelt wurde, und sonach den Frieden nicht nur der Familien, sondern ganzer Ortschaften und Provinzen unaufhörlich von neuem bedrohte. Wenn sich der Clerus Einer Kirche solche Einwirkungen auf die zwischen Brautpaaren verschiedener Bekenntnisse zu treffenden Bestimmungen erlauben darf; so steht natürlich dasselbe Recht auch den Geistlichen aller andern Bekenntnisse zu. Wäre nun aber jedes dieser Brautpaare den Bearbeitungen der Geistlichen von zwei entgegenstehenden Seiten her ausgesetzt: welch ein Brennstoff für kirchlichen Streit und Hass wäre alsdann gegeben? Die Abschliessung einer jeden

solle. — Der Grafschaft Steinfurt, welche freilich nicht zu den Rheinlanden, aber doch zum westlichen Preussen (zum Regierungsbezirk Arensberg) gehört, gestattete sogar der Bischof von Münster Franz Arnold in einem Vertrage v. J. 1716, dass bei gemischten Ehen die Söhne dem Vater, die Töchter der Mutter in dem Religionsbekenntnisse folgen sollten.

gemischten Ehe würde alsdann zu einem offenen Kampfe zwischen zwei Religionspartheien Anlass geben; die öffentliche Ruhe würde dadurch in bedenklichem Grade gestört, und die verschiedenen Religionsbekenntnisse, statt sich allmählig freundlich einander zu nähern, würden immer schroffer und feindseliger einander gegenübertreten. Nicht minder wird aber durch solche Einmischungen das Familienglück in jeder gemischten Ehe, und die Gewissensruhe eines Eheheils ernstlich bedroht. Wird die Bestimmung über die religiöse Erziehung der Kinder bloß zwischen den Gatten ohne fremde Dazwischenkunft verhandelt; so wird entweder ein vermittelndes Abkommen getroffen werden, oder der schwächere Theil wird nachgeben, oder es werden überwiegende Verhältnisse den Ausschlag bilden; aber auch der nachgebende Gatte kann sich dann noch damit beruhigen, dass Nachgiebigkeit von einer Seite unumgänglich nothwendig gewesen sey, und dass er überwiegenden Gründen nach gewissenhafter Prüfung aus freiem Entschlusse nachgegeben habe; und seine Nachgiebigkeit wird ihm durch die Liebe zu dem Gatten versüßt. Anders stellt sich aber die Sache, wenn ein Eheheil durch einen ihm fremden Clerus zur Nachgiebigkeit gezwungen ist; wenn er fühlt, dass der Gatte, durch welchen auf ihn gewirkt ist, nur ein Werkzeug in fremder Hand gewesen, und nicht aus eigener Bewegung, sondern auf fremden Antrieb solche Bedingungen ihm abgedrungen hat; wenn er sich sagen muss, dass bei diesen Verhandlungen nicht etwa durch sein Gewissen auf ihn gewirkt sey, sondern dass er sogar durch äussere Rücksichten verleitet worden sey, ohne Rücksicht auf sein Gewissen zu handeln. Dadurch wird unvermeidlich ein Stachel in sein Herz gedrückt, welcher das Glück

der Ehe verbittert: und wenn er sich nun bemühet, das gegebene Versprechen von dem Gatten zurückzuerhalten, wenn der eine Theil dem andern Zugeständnisse abzugewinnen, der andere die leichtsinnig ihm bewilligten zu behaupten strebt: so kann davon nichts anderes als ehelicher Unfrieden, oder Gewissensangst des einen Theils die Folge seyn.

Die Regierung musste also hier einschreiten, nicht weil sie eine protestantische Regierung war, sondern weil sie die Anmaassung eines Clerus nicht dulden durfte, durch welche der innere Friede des ganzen Landes bedroht wurde. Hatte doch selbst die streng katholische österreichische Regierung sich dieser Anmaassung entgegensetzen müssen, und allen Umtrieben des katholischen Clerus durch feste Bestimmungen darüber, wie es mit der religiösen Erziehung der Kinder in gemischten Ehen gehalten werden sollte, Schranken gesetzt. Allerdings hatte sie in diesen Bestimmungen die katholische als die herrschende Kirche sehr begünstigt; sie hatte doch aber auch die Rechte der protestantischen Ehemänner nicht völlig verkannt, sondern zu deren Gunsten verordnet, dass in den gemischten Ehen, wo die Männer Protestanten wären, die Söhne der Religion des Vaters folgen sollten. Der katholische Clerus in Oestreich muss auch in solchen Fällen Aufgebot und Trauung vollziehen, und es fällt schon lange keinem Geistlichen mehr ein, dagegen Widerspruch zu erheben. Die preussische Regierung ging indessen lange so weit nicht. Sie verlangte nur, dass die katholische Geistlichkeit von gemischten Brautpaaren nicht ein Versprechen über die Erziehung der Kinder fordere, gestand derselben aber zu, dass sie zum Aufgebote und zur Trauung nicht genöthigt werden

solle, und verordnete, dass im Falle ihrer Weigerung der Pfarrer des andern Theiles trauen solle. Aber gerade diese Nachsicht machte alle Verordnungen erfolglos. Die katholischen Brauttheile gemischter Paare wollten auf die katholische Trauung nicht verzichten, und konnten es auch nicht, wenn sie nicht sich fortwährenden Quälereien im Beichtstuhle, oder wohl gar der Ausschlössung von den Sacramenten aussetzen wollten. Die katholischen Priester forderten nun zwar nicht mehr direct jenes Versprechen, aber sie erklärten doch, dass sie nur in dem Falle, dass dasselbe von dem protestantischen Theile gegeben würde, trauen dürften. So war die Form eine andre geworden, die Sache blieb unverändert dieselbe. Die Regierung war hier in grosser Verlegenheit, da sie auf der einen Seite den Schein vermeiden wollte, als griffe sie in die innern Ordnungen der katholischen Kirche ein, und wolle über die Ausspendung von Sacramenten Verfügungen treffen; auf der andern Seite doch aber den Brennstoff eines sich stets erneuenden Haders unter den zusammenlebenden Religionspartheien nicht dulden konnte. In französischer Zeit hatte man ein doppeltes Mittel, die widerspenstigen Geistlichen zu zwingen. Die Staatsgehälter derselben wurden für jede Zahlung von dem Cultminister durch den Präfecten angewiesen: war der letztere mit einem Geistlichen unzufrieden, so hielt er die Zahlung zurück, wie in Fällen des Missbrauchs der geistlichen Gewalt schon immer von den Parlamenten der Clerus durch Sperrung der Temporalien zur Nachgiebigkeit genöthigt zu werden pflegte. Ausserdem war aber auch in den organischen Artikeln vom 18ten Germinal d. J. 10 §. 6 zu den Fällen, wo eine Appellation gegen Missbrauch der geistlichen Ge-

walt stattfinden sollte, ausdrücklich jedes Unternehmen gerechnet, welches die Gewissen der Bürger willkürlich beunruhigen könne, was hier offenbar der Fall war. Eben dort war der Staatsrath statt der früheren Parlamente als die Behörde bezeichnet, welche über solche Appellationen zu entscheiden habe: und es fehlte nicht an Fällen, wo dieser Recurs wirklich ergriffen wurde*). Die preussische Regierung konnte nun diesen durch die bestehenden Gesetze gewiesenen Weg festhalten; sie konnte aber auch allem Ha-der dadurch ein Ende machen, dass sie nach dem Vorgange Oestreichs allgemeine Gesetze über die religiöse Erziehung der Kinder in gemischten Ehen erliess, und dieselbe ganz von der Bestimmung der Eltern unabhängig machte. Sie that indess nichts von Allem diesen, sondern blieb bei allgemeinen Verordnungen und Drohungen stehen: und da die letztern nie ausgeführt wurden, so blieb der katholische Clerus beharrlich und hartnäckig bei seinem Verfahren. Unter den rheinischen Protestanten verbreitete sich das bittere Gefühl, dass die Katholiken von der Regierung gegen sie begünstigt würden: aber auch auf die Katholiken machten die steten Wiederholungen von Befehlen und Drohungen, welche nie zur Ausführung kamen, einen unvortheilhaften Eindruck. Zuneigung konnte durch diese Nachsicht nicht eingeflösst werden, welche offenbar ungern geübt wurde, und nur gewissen Ver-

*) Reinhard's neue Organisation des Religionswesens in Frankreich. Cöln im Fructidor 10 J. der Rep. S. 384: „im Falle wirklicher Misbräuche oder absichtlich erregter Zwietracht lassen die Präfecte sogar den weltlichen Arm ins Mittel treten, und ein Geistlicher, welcher der katholischen Ehefrau eines protestantischen Bürgers die Sacramente verweigerte, weil die Copulirung nicht nach katholischen Gebräuchen geschehen war, ist den Tribunälen denunciirt worden.“

hältnissen und Rücksichten zu verdanken war. Sonach lag die Deutung nicht fern, dass Rücksichten der Furcht auf die grosse Zahl katholischer Unterthanen dieses Benehmen veranlasse: eine solche Deutung war aber der Regierung besonders unvortheilhaft in dem Lande, welches bis dahin von dem mächtigsten Arme in Europa in unbedingtem Gehorsame gehalten worden war. Wohlwollende glaubten es bedauern zu müssen, dass die Regierung nicht mehrere tüchtige katholische Canonisten in ihre unmittelbaren Dienste zog. Im Ministerio der geistlichen Angelegenheiten war nur ein katholischer Rath, welcher nach der allgemeinen Meinung allein die katholischen Kirchenangelegenheiten bearbeitete. Man glaubte zu bemerken, dass die unvermeidliche Einseitigkeit des Einzelnen der Behandlung dieser Angelegenheiten schade, während eine Berathung derselben durch mehrere gewiegte Canonisten vielleicht zu ersprieslicheren Resultaten führen würde.

Wenn indess die preussische Verwaltung in Beziehung auf die katholischen Kirchenangelegenheiten nicht die Resultate gewährte, welche wohlgesinnte Beobachter wünschen mussten; so waren dagegen ihre Bemühungen zur Beförderung der allgemeinen Bildung so ausgezeichnet, sowohl in Rücksicht auf einsichtige Thätigkeit, als auch durch ihre Wirkungen, dass dieselben eine Glanzseite der preussischen Regierung bilden, für welche sich schwerlich anderswo ein völlig entsprechendes Seitenstück auffinden lässt.

Der Zustand der Schulen unter der französischen Regierung war im höchsten Grade traurig. die Elementar- oder Primärschulen hingen ganz von dem guten Willen des Maire ab, die Besoldung der Schullehrer war höchst erbärmlich, es durfte in diesen Schulen nach einer d. 15ten

Nov. 1811 erneuerten kaiserlichen Verordnung nichts gelehrt werden, als Lesen, Schreiben und Rechnen: da aber kein Schulzwang bestand, da ferner in vielen Dörfern es an Schulen ganz fehlte; so wuchs die Mehrzahl von Kindern auf, ohne sich auch nur diese Fertigkeiten zu erwerben. Die Secondärschulen hatten vorzugsweise die practisch wichtigen Wissenschaften, und wie sich diess auch in ihrer militairischen Organisation zu erkennen gab, vorzugsweise die Vorbereitung zu höherer militairischer Tüchtigkeit im Auge. Alle classisch gelehrte Bildung lag völlig danieder. Die Geistlichen wurden allein in den bischöflichen Seminarien gebildet. Die jungen Leute, meistens den niedern Ständen angehörig, und eben deshalb ohne alle Vorbildung durch Leben und Sitte, wurden hier schon aufgenommen, wenn sie nur die ersten Elementarkenntnisse inne hatten. Sie wurden hier in streng klösterlicher Zucht gehalten, zuerst nothdürftig im Lateinischen unterrichtet, dann oberflächlich mit den theoretischen Disciplinen der Theologie bekannt gemacht, vor allem aber für die geistliche Praxis nicht sowohl ausgebildet, als abgerichtet. So traten sie dann ohne alle wahre Entwicklung des Geistes und ohne Kenntniss des Lebens, mit mönchischer Beschränktheit, und statt aller Sitte nur einen mönchischen Anstand kennend, in die Welt, um dort Berather, Tröster und Lehrer in Verhältnissen zu werden, die ihnen völlig fremd waren, und oft bei Personen, welche ihnen an Geistesbildung weit überlegen waren.

Bewundernswerthes leistete die preussische Regierung gleich in den ersten Jahren für das so gänzlich vernachlässigte Unterrichtswesen der Rheinlande. Ueberall wurden die fehlenden Elementarschulen gegründet, neue Schulhäuser ge-

baut, und ein regelmässiger Schulbesuch der Kinder eingeführt. Um die vorhandenen Lehrer für ihren Beruf einigermaassen tüchtig zu machen, wurden sie auf Staatskosten zu Lehrcursen, welche einige Monate währten, zusammenberufen, und in dem Nothwendigsten unterwiesen. Um für die Zukunft tüchtige Volksschullehrer zu bilden, wurden Schullehrerseminarien gebildet: um wenigstens für die vernachlässigte reifere männliche Jugend nachzuholen, was sich nachholen liess, wurden bei den Regimentern Schulen eröffnet, und mancher Soldat hat dort erst lesen und schreiben gelernt, und in diesen Fähigkeiten ein Mittel gewonnen, um später selbst etwas zu seiner weiteren Bildung thun zu können. In den Städten wurden Gymnasien errichtet, und in denselben für tüchtige humanistische Bildung Sorge getragen. Bei allen diesen Einrichtungen nahm man die achtungsvollste Rücksicht auf die katholische Geistlichkeit, welcher in französischer Zeit das Schulwesen ganz entzogen gewesen war. Die Elementarschulen wurden unter die Aufsicht der Ortsgeistlichen gestellt, die Schulinspectoren, welche die Elementarschulen eines Bezirkes zu beaufsichtigen hatten, wurden aus der Zahl der Pfarrer gewählt. An Seminarien und Gymnasien wurden nicht nur für den katholischen Religionsunterricht Geistliche angestellt, welche von der kirchlichen Behörde zuvor als tüchtig und zulässig anerkannt worden waren; sondern an den für katholische Elementarschullehrer gegründeten Seminarien wurden von jeher, und an den katholischen Gymnasien, sobald sie nur zu haben waren, blos katholische Lehrer angestellt. Da diese Bestrebungen mit rastloser Thätigkeit fortgesetzt und durch eine ausgezeichnete königliche Freige-

bigkeit unterstützt wurden *); so konnten auf diesem Gebiete Resultate gewonnen werden, welche denjenigen in Erstaunen setzen müssen, welcher den Zustand des rheinischen Schulwesens unter französischer Regierung mit dem gegenwärtigen zu vergleichen im Stande ist.

Von vorzüglicher Bedeutung wurde nun aber die Universität Bonn, deren Stiftungsurkunde der König den 18ten October 1818 in Aachen vollzog. Sie war dazu bestimmt, den Schlussstein unter den neuen Lehranstalten der Rheinlande zu bilden, und ein höheres geistiges Leben und Licht in denselben zu begründen. Wie sie dieser Aufgabe entsprochen hat, davon giebt die Menge von ausgezeichneten Geistlichen und Gymnasiallehrern, von Juristen und Aerzten, welche in Bonn gebildet worden sind, und jetzt in den Rheinlanden zerstreut leben, hinreichendes Zeugniß. Für unsern Zweck ist es nun aber von besonderer Wichtigkeit, die Anstalten, welche auf der rheinischen Universität für die Bildung katholischer Geistlichen getroffen worden sind, näher ins Auge zu fassen.

Die Rücksichten, welche sich der Regierung bei der Vocation der Männer, von denen die Bildung der katholischen Geistlichen ausgehen sollte, von selbst aufdrangen, waren nothwendig folgende:

1. Diese Männer mussten von ihrer Kirche als rechtgläubig anerkannt seyn, so dass von

*) Nach den Nachweisungen, welche die Schrift: die kathol. Kirche in der preuss. Rheinprovinz u. der Erzbischof Clemens August v. Köln (Frankf. a. M. 1838) Beilage B giebt, betrugen die Summen, welche im J. 1833 allein von der Regierung für das Unterrichtswesen in der Rheinprovinz angewendet wurden, für Seminarien 13430 Rthlr., für Gymnasien 22025 Rthlr., für Elementarschulen 11850 Rthlr. Man kann wohl fragen: wo giebt es ein Land von gleichem Umfange, wo die Regierung so viel für diese Zwecke thut?

dieser Seite her die hin und wieder bestehende Abneigung gegen alle Universitätsbildung katholischer Geistlichen keine Waffen entnehmen konnte;

2. sie mussten bei aller Anhänglichkeit an ihre Kirche doch voll ächter Toleranz seyn, um einen toleranten Clerus zu bilden;

3. sie mussten in ihrer Wissenschaft tüchtig und gründlich seyn, damit aus ihren Hörsälen ein wahrhaft gebildeter und denkender Clerus hervorginge, der einen wohlthätigen Einfluss auf alle Classen des Volkes zu gewinnen im Stande wäre.

Vor allem aber mussten

4. diese Männer so gewählt seyn, dass sich von denselben ein harmonisches Zusammenwirken für diese Zwecke erwarten liess. Um die Wichtigkeit dieser Forderung zu erkennen, erwäge man, dass eine wissenschaftliche Bildung der katholischen Geistlichen hier erst überhaupt beginnen, und dass namentlich die Universitätsbildung derselben gegen mannichfache Besorgnisse und Anfeindungen erst Boden gewinnen, und sich Anerkennung erwerben musste. Unter diesen Umständen kam es natürlich nicht darauf an, dass die verschiedenen Richtungen der katholischen Theologie auf der neuen Universität repräsentirt wurden; sondern dass die Männer, welchen die Bildung der katholischen Geistlichen übertragen wurde, in einem engen harmonischen Zusammenwirken die Kraft fanden, um den zu erwartenden äussern Angriffen zu widerstehen, und sich und der Sache, welche sie vertraten, durch ihre Persönlichkeit und Wirksamkeit Achtung zu verschaffen.

Diese letzte Bedingung scheint leider nie recht beachtet zu seyn: Gleich Anfangs wurden streitende Elemente zusammengebracht, und nach und

nach durch neue vermehrt; es gab sich von oben her Unsicherheit und Schwanken kund, wodurch Entmuthigung bewirkt, und Partheiung begünstigt wurde; und so wurde der Erfolg dieser wahrhaft königlich ausgestatteten Lehranstalt gerade in seinem wichtigsten Theile verkümmert. Dadurch aber, dass die rheinische Universität als katholisch - theologische Lehranstalt während ihres zwanzigjährigen Bestehens nie zur kräftigen harmonischen Wirksamkeit gelangt ist, und dass der Ultramontanismus hier von Anfang an thätige Organe gefunden hat, ist es zum grossen Theile erst möglich geworden, dass die neuesten Ereignisse den gefährlichen Charakter angenommen haben, welchen jeder Wohlgesinnte so sehr beklagen muss.

Anfangs schien es, als wollte man die katholisch - theologische Facultät mit liberalen Theologen der süddeutschen Schule besetzen: man berief zunächst Gratz von Tübingen, welcher als neutestamentlicher Kritiker und Exeget einen achtungswerthen Namen hatte, und für die systematische Theologie Seber, damals Director des Gymnasii in Cöln, einen Schüler des Landshuter Theologen Zimmer. Neben ihnen nahm aber Windischmann, der durch mystische Philosophie den Ultramontanismus*) stützende und vertheidigende, den katholischen Lehrstuhl der Philosophie ein: und so traten schon gleich von vorn herein Kräfte in Widerstreit, welche aufs

*) Der Verfasser bemerkt hier ein für allemal, dass Ultramontanismus ihm nichts anderes ist, als die Bezeichnung der theologischen Richtung des Katholicismus in dogmatischer und kirchenrechtlicher Beziehung, welche ultra montes, d. i. vornämlich in Rom die geltende ist. Dass er nichts persönlich gehässiges in diesen Ausdruck legen will, wird ihm hier, wo er sich desselben in Beziehung auf Windischmann bedient, jeder gern glauben, welcher die ehrenwerthe Persönlichkeit dieses Mannes kennt.

innigste verbunden hätten wirken sollen. Völlig unbegreiflich war es aber, dass auf die junge Universität, welche vor allem Religionsverträglichkeit befördern sollte, auch ein gewisser Freudenfeld berufen wurde, welcher allein dadurch, dass er von der protestantischen zur katholischen Kirche übergetreten war, sich einigermaassen bekannt gemacht hatte, und zwar nicht mit dem Character eines Lectors, wodurch er auf das ihm zugedachte Fach der südeuropäischen Sprachen beschränkt worden wäre, sondern als ausserordentlicher Professor der Philosophie, als welcher er zu allen Vorlesungen der philosophischen Facultät berechtigt war. Dieser Mann, ein Werkzeug jener *Familia sacra*, deren ritterlicher Katholicismus bei den neuesten Ereignissen wieder so bedeutend hervorgetreten ist, weihte sogleich mit dem fanatischen Eifer eines Convertiten seine ganze Thätigkeit der Verherrlichung der katholischen Kirche, und bestimmte nach diesem Zwecke, ohne auf eigene Befähigung Rücksicht zu nehmen, seine Vorlesungen. So las er Einleitung zu den Universitätsstudien, Einleitung in die Philosophie, Naturrecht, Religions- und Sittengeschichte, Geschichte des Mittelalters und der drei letzten Jahrhunderte, alles nur in *majorem Dei gloriam*, um den Katholicismus zu empfehlen, und den Protestantismus herabzusetzen. Nicht weniger thätig war er im Privatverkehre mit Studirenden, um seine Gesinnung und Grundsätze zu verbreiten, und Protestanten zur katholischen Kirche herüberzuziehen. Und so gelang es ihm dann auch, zwei Brüder Gossler zum Uebertritte zu bewegen, von denen der Eine als Franciscaner-Pater Henricus jetzt in Paderborn lebt, und durch sein Pro-Memoria über die jetzt schwebende Cölnische Sache der Welt kürzlich bewiesen hat, theils

dass er bei aller juristischen Gelehrsamkeit doch die Streitpuncte gründlich missverstanden habe, theils durch das Mönchsgewand die weltliche Eitelkeit in ihm noch keinesweges erstickt sey: denn schwerlich hat je ein Schriftsteller die Aemter und Würden, die er je bekleidet hat, und gegenwärtig noch bekleidet, so vollständig verzeichnet, als dieser Mönch auf dem Titelblatte seiner Schrift es gethan hat. Als Freudenfeld endlich im Sommer 1821 durch die plumpestes und rohesten Schmähungen gegen Luther in einem Collegio nicht blos seine protestantischen, sondern auch den grössten Theil seiner katholischen Zuhörer zu lauten Ausbrüchen des Unwillens veranlasste; so musste er entfernt werden, und begab sich zu den Jesuiten in Freiburg in der Schweiz.

Zum Vortrage der Kirchengeschichte und des canonischen Rechtes wurde anfangs ein alter trierischer Geistlicher, Namens Schwarz, nach Bonn geschickt. Er gehörte noch der alten freisinnigen trierischen Schule an, und es war anerkennungswerth, dass er, was seitdem von keinem Canonisten in Bonn wieder geschehen ist, dem Kirchenrechte des preussischen Landrechtes eine eigene Vorlesung widmete: die Form seiner Vorträge war aber so geist- und geschmacklos, und stach von den übrigen Collegien so wunderlich ab, dass er nach einem Jahre nach Trier zurückzukehren veranlasst werden musste. Indessen fing auch der Professor Walter an, sich mit dem canonischen Rechte zu beschäftigen, und wendete sich alsbald mehr und mehr dem ultramontanischen Standpuncte zu. Wenn er auch anfangs, wie diess Juristen so häufig begegnet, sich nur durch die strenge Consequenz und die legislative Vollendetheit des Papalsystems ange-

zogen fühlte, so wurde er doch dadurch bald auch für die dogmatischen Grundlagen dieses Systems gewonnen, und zu dogmatischen und polemischen Erörterungen in seinen Vorlesungen verleitet, welche eben so sehr gegen den katholisch-theologischen Catheder, als gegen den Protestantismus gerichtet waren.

So hatte die neue katholisch-theologische Facultät das Unglück, dass diejenigen Lehrer der anderen Facultäten, welche sie vorzüglich unterstützen, und mit ihr Hand in Hand arbeiten sollten, katholischer seyn wollten, als sie selbst, und ihr mehr entgegenwirkten, als ihre Wirksamkeit förderten. Dazu kam nun noch, dass sie lange Zeit unvollständig blieb, was freilich nicht in dem Willen der Regierung, sondern darin seinen Grund hatte, dass die Zahl der geeigneten katholischen Theologen damals sehr gering war. Erst seit Ostern 1822 wurde alttestamentliche Exegese durch Professor Scholz, seit Ostern 1823 Kirchengeschichte durch Professor Ritter, und seit Michaelis 1826 practische Theologie durch Professor Achterfeldt vertreten.

Diese Verhältnisse der katholisch-theologischen Facultät waren um so bedauerlicher, da sie auch in der damaligen Hierarchie der Rheinlande mit Uebelwollen zu kämpfen hatte. Unter den beiden Generalvicarien, welche damals die katholische Kirche in den Rheinlanden regierten, zeigte sich zwar der Herr v. Hommer in Ehrenbreitstein (der nachmalige Bischof von Trier) sogleich als Freund und Begünstiger der neuen rheinischen Universität, und des theologischen Studiums auf derselben: dagegen war der Generalvicarius Fonk in Aachen, zu dessen Diocese Bonn gehörte, beidem abgeneigt, weil ihm sowohl der gemischte Character der Universität

zuwider war, als auch weil er überhaupt die Seminarien allein zur Bildung katholischer Theologen für ersprieslich hielt. Zum Glück war, als die Universität Bonn gestiftet wurde, die päpstliche Esposizione vom 10ten Aug. 1819, welche den süddeutschen Fürsten auf ihre Anträge zuzuging, und in welcher die Vorbereitung der Geistlichen auf Universitäten so stark gemisbilligt wurde*), noch nicht erlassen: sonst würden sich wahrscheinlich schon der Gründung einer theologischen Facultät grosse Hindernisse entgegengestellt haben. So wagte es aber der Generalvicar Fonk im J. 1818, als er zur Begutachtung der ersten Theologen, welche man zu berufen gedachte, aufgefordert wurde, noch nicht, Schwierigkeiten zu machen, und erklärte, dass er gegen die Rechtgläubigkeit derselben nichts einzuwenden habe. So konnte er denn auch bei den spätern Berufungen, über welche er stets von der Regierung zum Gutachten aufgefordert wurde, dasselbe nicht verweigern: die Facultät war also von Anfang an in Gemeinschaft der Kirche, und von dieser Seite liess sich der neuen Anstalt nicht beikommen. Dagegen weigerte sich Fonk beharrlich, dieselbe als die ordentliche Vorbereitungsanstalt der Geistlichen seiner Diocese anzuerkennen: und während v. Hommer, so viel er konnte, seine jungen Theologen zum Besuche der Universität aufmunterte, wurden in der Cölnischen Diocese offenbar diejenigen begünstigt, welche nach wie vor allein in dem tief verfallenen Cölnischen Priesterseminare gebildet waren. Denjenigen, welche nach vollendeten Universitätsjahren sich behufs der practischen Bildung in dasselbe aufnehmen

*) S. die neuesten Grundlagen der deutsch-katholischen Kirchenverfassung. Stuttgart 1821. S. 350.

liessen, wurden ihre Studien nicht nur nicht angerechnet, sondern sie wurden auch hart und verächtlich behandelt, und es wurde ihnen auf jede Weise fühlbar gemacht, dass sie der Purification bedürften, und zu diesem Zwecke am besten thäten, alles zu vergessen, was sie gelernt hätten.

Nichts war der katholisch-theologischen Facultät wohl nothwendiger, als innere Einigkeit, um allen diesen ungünstigen Verhältnissen zu widerstehen, aber auch diese wurde gestört, nachdem Hermes, von Münster berufen, Ostern 1820 in die Facultät trat.

Hermes war unstreitig ein ausgezeichnete und höchst achtungswerther Mann. Er war von geringem Herkommen, hatte sich unter drückenden Verhältnissen dem geistlichen Stande gewidmet, und seine Bildung in einer Schule empfangen, welche mehr geeignet war, aufkeimende Talente niederzuhalten, als zu entwickeln. Unter geistigem und leiblichem Druck hatte er seine Selbstständigkeit bewahrt, und aus wahrem Gewissenstrieb und mit seltener Kraft sich zu einer klaren und festen Ueberzeugung hindurchgearbeitet. Er hatte mit Zweifeln begonnen, hatte dieselben Schritt vor Schritt besiegt, und war so zu einem dogmatischen Systeme gelangt, welches in seinen Resultaten durchaus mit der katholischen Kirchenlehre übereinstimmte. Seine Richtung war eine reine Verstandesrichtung, aller Phantasie feindlich entgegengesetzt. Den Glauben so viel als möglich dem Verstande klar zu machen, und der Vernunft durch zwingende Gründe aufzunöthigen, das war das Ziel seiner Dogmatik: dagegen hasste er alle Glaubensphantasieen und alles Glauben ohne zureichenden Grund. Er hatte in Münster am Gymnasio und an der Aca-

demie als höchst geschätzter Lehrer gewirkt, und eine Menge von Schülern gebildet, welche mit der innigsten Liebe an ihm hingen. So schien es, dass seine Versetzung nach Bonn der dortigen katholisch-theologischen Facultät zum bedeutenden Gewinne werden, und dass das allgemeine Vertrauen, welches er damals unter der katholischen Geistlichkeit in Westphalen genoss, sich auch auf die neue Facultät übertragen werde. Indess Hermes war, wie gewöhnlich die Männer, welche allein ihrer Kraft eine bedeutende geistige Errungenschaft verdanken, in Beziehung auf dieselbe einseitig und schroff. Während er in andern Verhältnissen wohlwollend und liebenswürdig, und namentlich seinen Schülern wahrhaft väterlich zugethan war; so vermogte er doch nicht anderen theologischen Richtungen Gerechtigkeit widerfahren zu lassen: er hatte für sie nur verwerfende Urtheile. Er fand Gratz und Seber als Collegen vor, beide höchst ehrenwerthe Männer, welche aber der Hermesischen Methode, durch welche alles, auch die ersten Religionswahrheiten, demonstriert werden sollte, sich nicht befreunden konnten. Hermes dagegen war der Zimmerschen Schule, zu welcher Seber gehörte, im Innersten abgeneigt, und urtheilte hart über sie, wie über alle Schulen, welche ohne strenge Beweise verfahren. Gratz und Seber ermunterten ihre Zuhörer, neben den eigentlich theologischen Disciplinen auch philosophische, philologische und historische Studien zu treiben, um eine umfassendere Bildung zu gewinnen. Hermes wirkte zwar nicht dagegen: es schien aber wenigstens anfangs, als ob manche seiner Schüler Alles, was sie von Philosophie bedürften, in Hermes philosophischer Einleitung zur Dogmatik zu erhalten meinten, und andere Studien mehr als billig

vernachlässigten. An diese wissenschaftlichen Gegensätze, welche sich in der Facultät zusammenfanden, knüpften sich bald auch andere Zwistigkeiten, und so wurde die Facultät in kurzem so merklich und entschieden innerlich entzweit, dass sich die Spaltung bald auch auf die Studierenden übertrug.

Unterdessen erschien die päpstliche Bulle *De salute animarum* v. 16ten Jul. 1821, gewöhnlich das preussische Concordat genannt. Die Aussicht, dass jetzt die katholische Kirche eine feste Ordnung gewinnen werde, und die Freigebigkeit, mit welcher der König die neuen bischöflichen Stühle, Capitel und Seminarien ausgestattet hatte, musste einen sehr guten Eindruck auf die katholischen Unterthanen Preussens machen. Auch die Regierung durfte jetzt eine günstigere Gestaltung der katholischen Kirchenangelegenheiten erwarten. Sie durfte hoffen, mit wohlmeinenden und ihre Rechte kennenden Bischöfen weit besser, als mit Generalvicarien, welche, weil sie nur eine vom Papste empfangene Gewalt besaßen, zu sehr von Rom abhängen, manche Schwierigkeiten zu beseitigen, welche eine völlige Harmonie zwischen Staat und Kirche noch hinderten. Namentlich durfte die Regierung erwarten, ihre Bemühungen für allgemeine Bildung sowohl, als für die Bildung der katholischen Geistlichen auch von geistlicher Seite her anerkannt und befördert zu sehen: und so ging auch für die katholisch - theologische Facultät, welche nur von den neuen Bischöfen ein besseres Gedeihen erwarten konnte, in jenem Concordate ein neuer Hoffnungsstrahl auf.

Für das Erzbisthum Cöln schien von Anfang an der Graf v. Spiegel, damals Domdechant in Münster, ein hochgebildeter, wohl-

meinender und in Geschäften gewandter Mann, zugleich der entschiedenste Gönner von Hermes, bestimmt zu seyn *): aber die Unterhandlungen mit demselben, der die grossen Schwierigkeiten, welche sich ihm in diesem Amte entgegenstellen würden, nicht übersehen konnte, und deshalb auch einmal dem Vernehmen nach völlig zurücktrat, verzögerten seine wirkliche Ernennung bis zum Jahre 1825. Die Schwierigkeiten, welche er als Erzbischof zu bekämpfen haben würde, kündigten sich ihm besonders in den unausgesetzten Bemühungen an, welche die ultramontane Parthei in Rom anwendete, um seine Ernennung zu hindern. In den Rheinlanden, wo der Generalvicar Fonk, Pfarrer Nellesen in Aachen, und Pfarrer Binterim in Düsseldorf für ihre Häupter galten, war diese Parthei zwar an Zahl nicht sehr bedeutend; sie war aber stark durch die genaue Verbindung, welche ihre Glieder unter sich und mit den Gleichgesinnten im Auslande unterhielten, besonders als in Frankreich nach Carls X. Thronbesteigung (1824) sich dort die Congregation ausbildete, und auch im Auslande Verbindungen anknüpfte. Seitdem in München wieder ein päpstlicher Nuntius residirte, und die heimlichen Communicationen mit Rom erleichterte, war diese Stadt der natürliche Mittelpunkt der Parthei für Deutschland geworden. Ueber München gingen daher auch jetzt Denunciationen gegen den Grafen v. Spiegel nach Rom, um dessen Ernennung zum Erzbischofe zu verhindern. Indess der damalige Papst Leo XII. war klüger als seine blinden Anhänger in den Rheinlanden, und erkannte, dass eine versöhnende Richtung

*) Vgl. über ihn den Nekrolog in der Darmstädtischen Allg. Kirchenzeitung J. 1835. S. 1231 ff.

und Beförderung der Bildung, wie beides von dem Grafen v. Spiegel zu erwarten war, der katholischen Kirche förderlicher seyn würde, als eine feindselige Abgeschlossenheit, wie jene Ultramontanen sie wollten. Spiegel wurde also Erzbischof, und ihm wurden sogar von Rom aus die gegen ihn eingegangenen Denunciationsschriften mitgetheilt. Er war verständig genug, seine Ankläger nur dadurch zu bestrafen, dass er ihnen ihre Denuncationen zurückgab.

Der neue Erzbischof Ferdinand August kam indess in eine sehr schwierige Lage. Mancherlei Misbräuche und Unordnungen, welche sich in die Kirche eingeschlichen hatten, verlangten dringend ein entschiedenes Eingreifen; die Regierung erwartete von ihm die Verbreitung eines versöhnlichen und verträglichen Geistes unter ihren dortigen katholischen Unterthanen, und eine Beförderung ihrer für Geistesbildung getroffenen Anstalten. Dagegen hatte der Erzbischof zu seinen Werkzeugen einen zum grossen Theile ungebildeten Clerus: meistens hatte derselbe seine Bildung nur in dem Priesterseminare von Cöln erhalten, ausserdem gehörten zu ihm aber auch noch viele ehemalige Mönche, welche nach der Aufhebung der Klöster zu Pfarrern verwendet worden waren. Bei allen seinen Schritten musste der Erzbischof aber von Seiten der ultramontanen Parthei eine höchst mistrauische Beobachtung erwarten. Diese hielt ihn einmal für einen mehr politischen als kirchlichen Mann, der also wohl im Stande wäre, der protestantischen Regierung etwas von der Reinheit und Strenge des Katholicismus aufzuopfern; so bewachte sie alle seine Handlungen mit grosser Aufmerksamkeit, begierig und bereit, jede bemerkbare Schwäche

und unkirchliche Nachgiebigkeit über München nach Rom zu melden.

Der Erzbischof v. Spiegel lösete seine schwere Aufgabe auf eine so ausgezeichnete Weise, dass die segensreichen Folgen seines Wirkens gewiss noch lange in den Rheinlanden sichtbar bleiben werden. Mit eben so grosser Klugheit und Umsicht, als mit Würde und Entschiedenheit wusste er Misbräuche zu beseitigen, Verwickelungen zu lösen, und gute Ordnungen zu gründen. Er gewann bald die allgemeine Stimme für sich, und erwarb sich so sehr die Achtung Aller, dass die ohnehin in den Rheinlanden nicht zahlreiche ultramontane Parthei ihm nichts mehr schaden, und ihrem ohnmächtigen Grolle nur noch in französischen Zeitungen, namentlich in der Etoile, Luft machen konnte. Eine seiner ersten Verordnungen verbot allen Briefwechsel mit auswärtigen Behörden, um dem heimlichen Denunciationswesen, welches in der Richtung über München nach Rom damals in lebhaftem Gange war, Einhalt zu thun *). Alsdann erliess er, nach-

*) Die Verordnung vom 23ten Jun. 1823, an welche, da sie noch immer in Kraft ist, jetzt wohl nicht unzweckmässig ist, zu erinnern, s. Darmstädt. Kirchenzeitung J. 1823. S. 1163. Es heisst in derselben u. a.: „das königl. hohe Ministerium der geistl. Unterrichts- u. Medicinalangelegenheiten hat sein Missfallen darüber gegen Uns geäussert, dass einige aus der Geistlichkeit unseres Erzbisthums sich des Vergehens, mit auswärtigen obrigkeitlichen Behörden geheimen Briefwechsel zu führen, sehr verdächtig gemacht haben. Es liegen unläugbare Thatsachen vor, dass dieser in unsern Gesetzen verbotene, daher unerlaubte und strafbare Briefwechsel auch in seinem Inhalte wider das Gebot der Nächstenliebe anstösst, und die hässliche unchristliche Absicht angenommen hat, achtungswerthe Männer vom Priesterstande zu verläumdern, und diese insbesondere höhern geistlichen auswärtigen Behörden, und dadurch bei unserm sichtbaren Kirchenoberhaupte, bei dem heil. Vater in Rom, verdächtig zu machen, und in übeln Ruf zu bringen. — Wir dürfen es Unserer Diöcesangeistlichkeit, welcher Wir vertrauen, nicht verheimlichen, dass die höhere Behörde es

dem unter der bisherigen Nachsicht der Regierung sich allmählig alle alte Festtage wiederhergestellt hatten, zuerst ein Verbot gegen diese willkührlichen Restaurationen, und gab dann eine neue Festtagsordnung, welche zwischen dem Napoleonischen Zuwenig, und dem alten Zuviel eine glückliche Mitte hielt. Die Wallfahrten nach entfernten Orten, welche die Regierung wiedererlaubt zu haben später bereuen musste, hob er auf, und verbot den unangemessenen Lärm, welcher bei öffentlichen Processionen durch begleitende Schützengesellschaften getrieben wurde, und den Misbrauch, Heiligenbilder mit grossem Pompe bei denselben umherzutragen. Um die Fortbildung der bereits in Aemtern stehenden Geistlichen zu befördern, verordnete er Conferenzen unter den Pfarrern jedes Decanats, in welchen Pastoralfälle besprochen, und Abhandlungen vorgetragen und beurtheilt wurden. Die besten Abhandlungen mussten dem Erzbischofe eingesendet werden, der alsdann den Verfassern aufmunternde Schreiben zugehen liess.

Eins der bedeutendsten Verdienste erwarb sich der Erzbischof v. Spiegel dadurch, dass er

Uns angelegentlichst empfohlen hat, sorgfältig darauf zu halten, dass weder von Unserm Domcapitel, noch von Unsern Behörden und der Diöcesangeistlichkeit auf verbotennem Wege mit dem Stuhle zu Rom oder dessen Geschäftsträgern Correspondenz geführt, vielmehr die über diesen Gegenstand ergangenen Gesetze und Vorschriften genauest beobachtet werden. Die Milde unserer Regierung, unseres religiösen, frommen, gegen seine katholischen Unterthanen so huldvoll handelnden Königs und Monarchen lassen Uns zwar auf Nachsicht und Verzeihung für die Vergangenheit hoffen, insoweit nicht unmittelbare Folgen des bezeichneten Briefwechsels Ahndung über Einzelne hervorrufen; hierfür werden Wir Uns bittweise verwenden; aber es ist auch wohl zu bedenken, dass der allerhöchste königliche Wille feststehe, „es solle mit der Strenge der Gesetze wider die Ungehorsamen, welche auf dem verbotenen Wege fortwandeln, verfahren werden.“

zur Aufrichtung einer festen Ordnung bei gemischten Ehen die Hand bot, durch welche endlich dem bisherigen unerträglichen Zustande ein Ende gemacht zu werden schien^{*)}). Es waren über diesen Gegenstand im Frühjahr 1828 Berichte der Bischöfe des westlichen Theiles der Monarchie nach Rom gegangen, in welchen die zwischen der weltlichen und kirchlichen Gesetzgebung bestehenden Widersprüche geschildert waren, und der Papst gebeten wurde, diesen Missverhältnissen und den Verlegenheiten der Bischöfe ein Ende zu machen. Es erfolgte darauf das Breve Pius VIII. vom 25ten März 1830, welches dadurch eine wesentliche Veränderung der bisherigen Praxis begründete, dass es die katholische Trauung auch für die Fälle gestattete, wo das Versprechen einer katholischen Kindererziehung nicht gegeben worden war. Darauf wurde von dem Erzbischofe v. Spiegel und dem Geheimen Legationsrathe Bunsen eine Einigung über die Ausführung dieses Breve den 19ten Juni 1834 abgeschlossen, durch welche die durch das Breve begründete mildere Praxis den Verhältnissen angemessen entwickelt und festgestellt wurde. Dieser Einigung traten die andern Bischöfe des westlichen Preussens bald darauf unbedingt bei: und so wurde in dem Sinne derselben von allen diesen Bischöfen den 22ten Oct. 1834 eine Instruction an die Generalvicariate erlassen, in deren Folge man hoffen konnte, diese schwierige Angelegenheit, welche bisher so viele Reibungen und dauernde Missverhältnisse zwischen den beiden Religionspartheien hervorgebracht, und dem

^{*)} Eine ausführliche mit allen Actenstücken belegte Erzählung findet man in der amtlichen „Darstellung des Verfahrens der Preuss. Regierung gegen den Erzbischof von Köln.“ Berlin 1838. 4. S. 14 ff. Beilagen S. 4 ff.

kirchlichen Fanatismus unaufhörlich neue Nahrung gegeben hatte, auf eine für beide Theile befriedigende Weise für immer beigelegt zu sehen.

Eine Hauptsorge richtete indess der Erzbischof v. Spiegel von Anfang an mit Recht auf die Veranstaltungen zur Begründung einer bessern Bildung der Geistlichen, auf die theologische Facultät in Bonn, und das geistliche Seminarium in Cöln: denn alles Bessere, was sich weiterhin noch wünschen liess, setzte einen gebildeten Priesterstand voraus, und konnte ohne Hülfe desselben nicht gedeihen. Zu den ersten Handlungen des neuen Erzbischofs gehörte es daher, dass er allen jungen Leuten, welche sich dem geistlichen Stande widmeten, Gymnasial- und Universitätsstudien zur Pflicht machte, und dass er das Seminarium in Cöln, welches bis dahin völlig roh eintretende Menschen bis zur Priesterweihe gefördert hatte, neu organisirte, und ihm den Zweck vorschrieb, nur solchen, welche die gehörige wissenschaftliche Vorbereitung sich bereits erworben hätten, die nöthige practische Bildung für die geistliche Wirksamkeit zu geben.

Bei diesen neuen Anordnungen war Hermes, schon von Münster her dem Erzbischofe eng befreundet, dessen vornehmster Rathgeber und Gehülfe. Er wurde Ehrendomherr in Cöln, und das bedeutendste Mitglied der Examinationscommission, welche fortan über Aufnahme in das Priesterseminarium und die Würdigkeit zum Empfange der Weihen zu entscheiden hatte. Dass Hermes nicht rein in der Lehre sey, das mochten sich vielleicht die wenigen Ultramontanen schon damals einander zuflüstern: ausser ihnen dachte Niemand daran. Vielmehr galt er für strenger im Dogma, als seine nächsten Collegen, und wurde in einem weiten Kreise als eine Stütze

der katholischen Rechtgläubigkeit betrachtet. Als einer von den vielen Beweisen des allgemeinen Vertrauens, welches er genoss, mag hier nur angeführt werden, dass der Generalvicar von Osnabrück den aus seiner Diöcese in Bonn Theologie Studirenden es den 6ten April 1820 zur Pflicht machte, nach Verlauf jedes Trimesters ein von dem Decane der theologischen Facultät und von dem Professor Hermes unterzeichnetes Zeugniß beizubringen *). Sein bedeutendes Lehrtalent und sein grosser Einfluss auf den Erzbischof verschafften ihm jetzt bei den Studirenden der katholischen Theologie das höchste Ansehen, und das grösste Auditorium reichte kaum zu, die Hunderte seiner Zuhörer zu fassen.

Indess auch Hermes hatte so gut wie die Ultramontanen die Neigung ausschliesslich zu herrschen. So wie ihm für die unpartheiische Würdigung anderer Richtungen durchaus das Vermögen fehlte, so wie ihm alle Systeme ausser dem seinigen für seicht und willkürlich oder abgeschmackt galten; so schien ihm die studirende Jugend durch alle von ihm abweichende Lehrer nur irre geleitet zu werden, und er arbeitete darauf hin, die Bildung der katholischen Theologen ausschliesslich in seine und der Seinigen Hände zu bringen.

Von den beiden ihm im Wege stehenden Lehrern der Theologie Gratz und Seber war der Erste schon vor dem Antritte des neuen Erzbischofs ohne Hermes Zuthun von dem academischen Catheder entfernt. Sein Commentar über den Matthäus war heftig angefeindet, und von

*) Andere Zeugnisse deutscher Bischöfe über Hermes Rechtgläubigkeit, und die Tüchtigkeit seiner Schüler s. in D. Baltzers Schrift über das Treiben in der Aschaffenburg. Kirchenzeitung. Osnabrück 1836. S. 10 u. 15 ff.

Münster aus sogar dem Ministerio denunciirt worden. Das Letztere wollte wahrscheinlich zu lauten Discussionen über diese Angelegenheit, welche dem theologischen Studium in Bonn hätten nachtheilig werden können, vorbeugen, und so war Gratz, ungeachtet er unausgesetzt auf Untersuchung drang, Ostern 1823 mit Beibehaltung seines vollen Gehaltes quiescirt worden, und wurde erst nach mehreren Jahren einer unfreiwilligen Musse als Consistorial- und Schulrath bei der Regierung in Trier wieder angestellt. Der Unpartheiische konnte nicht umhin zu bedauern, dass dieser Mann der Universität entzogen wurde. Aus sehr angenehmen Verhältnissen in Tübingen hatte ihn nur die Aussicht auf einen grössern Wirkungskreis, und die Hoffnung, ein lange brach gelegenes Feld mit sichtbarem Erfolge wieder zu bebauen, an den Rhein gelockt: er lehrte in Bonn zunächst neutestamentliche Critik, Hermeneutik und Exegese auf sehr gründliche Weise, und wusste für diese unter den Katholiken oft sehr vernachlässigten Disciplinen ein reges Interesse unter den Studirenden zu wecken: dann aber beförderte er auch nach Kräften eine vielseitigere Bildung, indem er zum gründlichen Studium der Hülfswissenschaften ermunterte, eine zweckmässige Lectüre unter den Studirenden der katholischen Theologie leitete und beförderte, und in einer zahlreichen theologischen Societät zu ruhiger und vielseitiger Erwägung theologischer Gegenstände, und zum Selbstdenken aufmunterte und hinleitete. Er war ein durchaus biederer Mann, wahrhaft religiös und seiner Kirche innig zugethan, und dennoch liberal im edeln Sinne des Worts. Dass er nicht indifferent war in kirchlicher Beziehung, davon zeugte sein Apologet des Katholicismus. Wenn er aber

auch in diesem Werke zuweilen mit einiger Derbheit fremden Angriffen entgegentrat; so war er doch stets mild und freundlich gegen die abweichenden Ueberzeugungen derer, welche die seinen achteten, und war ganz geeignet, auf einer gemischten Universität als katholischer Theolog eine würdige und freundliche Stellung zu behaupten.

Nachdem Gratz aus der academischen Thätigkeit ausgeschieden war, stand Seber allein noch der neuen theologischen Alleinherrschaft entgegen, und zwar als Lehrer der Dogmatik und Moral auf dem eigensten Gebiete von Hermes, nicht ohne Beifall bei den Studirenden, welche nicht zur Cölnischen Erzdiöcese gehörten, und also auf den äussern Einfluss von Hermes nicht Rücksicht zu nehmen hatten. Das Verhältniss zwischen beiden bildete sich immer schroffer und bitterer aus, bis endlich Seber, gewiss nicht ohne Mitwirkung des Erzbischofs und Hermes, auf eine nicht gewöhnliche Weise beseitigt wurde. Nicht in Folge einer Anklage, sondern nur weil seine Lehrweise zu den Verhältnissen nicht mehr passen wollte, wurde ihm die Nothwendigkeit seine academische Wirksamkeit aufzugeben angekündigt, und zugleich ein Canonicat in Cöln mit Beibehaltung seines Gehaltes angetragen. Seber weigerte sich beharrlich auf diesen Antrag einzugehen: zum Glücke traf gerade in dem entscheidenden Zeitpunkte für ihn ein Ruf an das neugestiftete Collegium in Löwen ein. Er ging Michaelis 1825 dorthin ab, fand daselbst eine bedeutende Wirksamkeit, starb aber schon, allgemein geliebt und geehrt, nach wenigen Jahren.

Es war sehr hart für diese Männer, auf eine solche Weise einem fruchtbaren Wirkungskreise, welchen sie lieb gewonnen hatten, ent-

rissen zu werden: man konnte diese Härte nur durch die Absicht erklären, der theologischen Facultät die innere Uebereinstimmung zu verschaffen, deren sie zu einer fruchtbaren Wirkksamkeit in einem Lande zu bedürfen schien, in welchem bis dahin so wenig für theologische Bildung geschehen war, und wo eine innere Spaltung der Facultät ihren noch immer heimlich thätigen Gegnern zu gefährliche Blößen gegeben haben würde. Nach Sebers Abgange herrschte Hermes ganz unbestritten in der Facultät, Scholz und Ritter, welche Exegese und Kirchengeschichte lehrten, schlossen sich ihm an; weiterhin wurden zunächst nur Schüler von Hermes berufen. So traten Achterfeldt Ostern 1826 als Professor der Moral und practischen Theologie, Braun für Kirchengeschichte und Exegese, zuerst Ostern 1828 als Privatdocent, dann als ausserordentlicher Professor, endlich auch seit Michaelis 1829 Vogelsang als Gehülfe für Dogmatik, und Müller für Exegese hinzu. In der juristischen Facultät lehrte Hermes vertrautester Schüler der Professor v. Droste-Hülshoff das canonische Recht, in der philosophischen ein anderer Schüler Elvenich die Philosophie.

So waren alle von den Studirenden der katholischen Theologie zu betreibenden Lehrfächer von Hermes und seinen Schülern und Anhängern in Besitz genommen: die Vorlesungen der ältern katholischen Lehrer, welche nicht dieser Schule angehörten, über canonisches Recht und Philosophie wurden von den katholischen Theologen völlig verlassen.

Dass auf diese Weise eine grosse Einseitigkeit in das Studium der katholischen Theologie auf der Rheinuniversität kam, ist nicht zu läugnen: es war indess eine unter den damaligen

Umständen für den Zweck der Bildung der katholischen Geistlichkeit gewiss erspriesliche, und auch eine an sich betrachtet achtungswerthe Einseitigkeit. Die theologische Facultät war unter sich, mit ihrem Erzbischofe und den kirchlichen Behörden, und nachdem die Seminarien in Cöln und Trier umgestaltet, und auch mit Schülern von Hermes besetzt waren, auch mit diesen Anstalten in völligster Uebereinstimmung. Nichts trat ihrer Wirksamkeit hindernd in den Weg, von allen Seiten wurde sie unterstützt und gefördert. So konnte von ihr Bedeutendes geleistet werden, und es wurde es auch. Unter den damaligen Verhältnissen war vielleicht die Hermesische Schule diejenige, deren ausschliessliche Herrschaft dem grossen Zwecke am förderlichsten war. Mochte immerhin ihre demonstrative Methode ihre grossen Schwächen haben, und mehr zu demonstrieren meinen, als sie wirklich vermochte; mochte die Schule eben so ausschliesslich und absprechend seyn, wie diess gewöhnlich alle herrschenden Schulen sind: es war doch eine verständige Einseitigkeit, welche aller vagen Gefühlsschwärmerei, und dem sich an diese so leicht anknüpfenden Fanatismus wehrte; sie verbreitete doch unter der anwachsenden Geistlichkeit klare Begriffe, und führte zum deutlichen und scharfen Denken an. So wie bei dem Einzelnen eine umfassende und gründliche Bildung mit einer einseitigen beginnen muss, so auch bei einer Gesamtheit: es kann aber für die weitere Entwicklung nur wohlthätig seyn, wenn die grundlegende Einseitigkeit so klar und anregend ist, wie die der hermesischen Schule. Dabei darf nicht unbemerkt bleiben, dass diejenige Einseitigkeit, mit welcher, wie es schien, anfangs manche Schüler von Hermes dessen philosophi-

sche Dogmatik für das Ein und Alles der Wissenschaft hielten, sich auf der Universität, welche so mannichfache Bildungsmittel darbot, sehr bald verlor. Namentlich gewann unter den jüngern Hermesianern eine recht wackere philologische Bildung, und auf deren Grunde eine tüchtige Exegese der heil. Schriften Eingang. Und so dürfte wohl jetzt keine andere katholisch-theologische Schule so viele Fächer mit achtungswerthen Gelehrten besetzen können, als die Hermessische es gethan hat. Für den Staat war es daneben von grosser Wichtigkeit, dass das canonische Recht dieser Schule, welches in dem Droste-Hülshoffschen Lehrbuche vorliegt, durchaus liberal war, und alle ultramontanen Theorien ernstlich bekämpfte, obgleich es keinesweges einer unwürdigen Schmiegsamkeit gegen den Staat bezüchtigt werden konnte, sondern die Rechte der Kirche eben so gut als die Rechte des Staates wahrte und vertheidigte. Die Regierung konnte mit Freude auf diesen geordneten und beruhigten Zustand blicken; sie sah bald eine Menge junger Geistliche aus dieser Schule hervorgehen und in allen Theilen der Provinz ihre Wirksamkeit beginnen, welche eben so sehr sich eines besondern Beifalls ihrer Bischöfe erfreueten, als auch den Erwartungen des Staates durch ihre Einwirkung auf Volksbildung und ihre Behandlung der kirchlichen Verhältnisse entsprachen, da sie eben so gut ihre Pflichten gegen den Staat als gegen die Kirche kannten. Hätten diese Verhältnisse nur einige Jahrzehnte ungestört fortdauern können, so würden sie gewiss herrliche Früchte getragen haben.

Leider sollten sie aber nicht ungestört bleiben. Hermes und seine Schule waren längere Zeit von den ultramontanen Zeitschriften ziemlich

in Ruhe gelassen: höchstens hatten sie hin und wieder gehässige Anspielungen und Sticheleien auf sich beziehen müssen, meistens waren sie mit einer gewissen Scheu ignorirt. Nachdem aber diese Schule in Bonn zur Alleinherrschaft gelangt war, und mit unläugbarer Schroffheit die ultramontanischen Elemente zurückstiess und unwirksam machte; regte sich Neid und Hass gegen sie, und es begann eine bittere Polemik in jenen Zeitschriften hervorzutreten. Hätte dieselbe durch verletzte Persönlichkeiten nicht immer neue Nahrung empfangen, so würde sie gewiss bald ermüdet seyn, wie sie ja in den Angriffen gegen die katholischen Facultäten in Freyburg und Tübingen bald ermüdete. Für die Regierung waren diese Zänkereien ohne Bedeutung, so lange die Landesbischöfe mit dem Wirken der Hermesianer so zufrieden waren als bisher; am wenigsten liess sich aber erwarten, dass sie jener feindlichen Parthei im eigenen Lande neue Haltpuncte geben, dadurch ihren Muth erhöhen, und ihren Angriffen neue Nahrung und neue Kraft zuführen werde.

Dennoch geschah diess. In das einträchtige Wirken der Facultät wurde ein störendes Element dadurch gebracht, dass Michaelis 1829 der Professor Klee in dieselbe berufen wurde, ein Schüler von Liebermann in Mainz, also ein Zögling jener Schule, deren Organ die bekannte ultramontane, und wegen ihrer Anfeindungen der Protestanten und aller liberalen Katholiken berühmte Zeitschrift „der Katholik“ war, und deren Abneigung gegen die Hermesianer und gegen den Erzbischof v. Spiegel bekannt genug war, und sich auch bereits in dieser Zeitschrift einigemal Luft gemacht hatte. Dass der Erzbischof das neue Facultätsmitglied ungern zuge-

lassen hatte, ungeachtet er gegen die Rechtgläubigkeit desselben keine Einwendungen hatte machen können, war hinlänglich bekannt. So wurde durch diese Berufung der Erzbischof verletzt, welchem in seinem schwierigen Amte doch wohl Freudigkeit und die Ueberzeugung von der Regierung nur fördernde Unterstützung erwarten zu dürfen, zu wünschen war: und auf der Rheinuniversität begann der Kampf der Schulen von neuem. Es war in der That schwer abzusehen, was eigentlich mit dieser Berufung bezweckt wurde. Sollte der Einseitigkeit der Facultät abgeholfen werden? das war jedenfalls damals viel zu früh, wo es noch darauf ankam, die Universitätsbildung der katholischen Theologen feste Wurzel fassen zu lassen, und zu diesem Ende ein einträchtiges Wirken der Facultät zu sichern, und derselben Vertrauen und Ansehen in den Rheinlanden zu verschaffen. Ueberhaupt dürfte die Absicht, in einer katholisch-theologischen Facultät mehrere Richtungen der Theologie zu vereinigen, leicht zu gefährlichen Misgriffen führen, da dieselben meistens nicht so verträglich neben einander bestehen können, wie die verschiedenen Richtungen der protestantischen Theologie. Denn der Kampf zwischen den Schulen der katholischen Theologie hält sich immer hart an der Gränze des unfehlbaren Dogmensystems, und es gehört zu den gewöhnlichen Fechterkünsten der Partheien, denselben auf dieses Gebiet hinüberzuspielen, um hier den Gegner mit unfehlbaren Auctoritäten zu erdrücken. So wird derselbe alsbald zu einem Kampfe, bei welchem zeitliches und ewiges Leben auf das Spiel gesetzt wird, und kann nicht anders als mit Erbitterung geführt werden.

Unter den Bonner Theologen stand der neue

Ankömmling sogleich völlig isolirt, das gespannte Verhältniss verbarg sich nicht einmal anfänglich hinter conventionelle Formen, sondern trat sogleich unverhüllt hervor. Dagegen erhielten die ultramontanen Reste der frühern Zeit jetzt neues Leben und neue Hoffnung: und so entzündete sich ein neuer Kampf, welcher gewiss zum grossen Theile die Ursache der folgenden betrübenden Ereignisse geworden ist.

Je entschiedener den Ultramontanen von der Hermesischen Schule Widerstand geleistet wurde, und je weniger sie zu der erwünschten Wirksamkeit in Bonn gelangen konnten; desto lebhafter wurden jetzt in den auswärtigen verbündeten Zeitschriften die Angriffe auf Hermes und dessen Theologie. Und jetzt erst begann die Verketzerung dieses Theologen, der seit einer Reihe von Jahren öffentlicher Lehrer und Schriftsteller gewesen war, dessen theologisches System also lange genug offen da gelegen hatte, und unangefochten geblieben war, und welcher von allen Bischöfen, auf deren Sprengel er als Lehrer irgendwie eingewirkt hatte, mit dem grössten Vertrauen beehrt, und als eine Säule der katholischen Rechtgläubigkeit betrachtet worden war. Die Hermesianer blieben die Antworten nicht schuldig, sie entgegneten mit grosser Derbheit, und zuweilen nicht ohne Uebermuth: und so entzündete sich ein wüthender Streit, der nur mit dem Untergange einer Parthei endigen zu können schien.

Hermes wurde diesem widrigen Gezänke um Pfingsten 1831 durch den Tod entnommen. Aber seine Schule behauptete unter des Erzbischofs v. Spiegel Schutze auch nachher in Bonn fortwährend die Oberhand, und der einmal angeordnete Bildungsgang der angehenden katholischen Geist-

lichen befestigte sich immer mehr. Des Erzbischofes Klugheit gelang es sogar, der katholisch-theologischen Facultät eine Art päpstlicher Anerkennung zu verschaffen, und dadurch die Gegner aller Universitätsbildung der Geistlichen zum Schweigen zu nöthigen. Auf einen Bericht des Erzbischofs über die Facultät erfolgte nämlich den 11ten August 1832 ein päpstliches Breve an denselben, in welchem der heilige Vater die bestehenden Verhältnisse der Facultät nach ihrem ganzen Umfange guthieß und bestätigte. Auf dieses Breve gestützt eröffnete der Erzbischof derselben, nachdem ihr wie den übrigen Facultäten den 29ten December 1834 von Seiten der Regierung ihre Statuten übergeben waren, in einem Schreiben vom 31ten December, dass sie in allen ihren kirchlichen Beziehungen von der kirchlichen Oberbehörde anerkannt sey: die Facultät konnte nun ohne weitere Hindernisse von ihrem bis dahin suspendirten Promotionsrechte Gebrauch machen, und that diess auch alsbald durch die Ernennung von fünf Doctoren der Theologie.

Indessen ging die Bestreitung der hermesianischen Schule in den ultramontanen Zeitschriften, und deren Vertheidigung in einem eigenen Journale*) mit Heftigkeit fort. Da die Ultramontanen indess in Bonn selbst durchaus kein Terrain gewinnen konnten, so strebten sie auf einem anderen Wege dahin, den Gegnern einen entscheidenden Schlag beizubringen: sie bearbeiteten nämlich den Nuntius in München, um durch ihn die Hermesianische Theologie von dem Papste

*) In der Zeitschrift für Philosophie und katholische Theologie, herausgegeben von v. Droste-Hülshoff, Achterfeldt, Braun, Scholz und Vogelsang.

verdammen zu lassen. So lange der Erzbischof v. Spiegel lebte, waren ihre Bemühungen ohne Erfolg: nachdem dieser aber den 2ten August 1835 gestorben, und damit eine bedeutende Rücksicht für Rom beseitigt war, gelang ihre Absicht, und es erfolgte das Breve Dum acerbissimas vom 26ten September 1835 *).

Man kann sich in der That der Verwundung nicht erwehren, wenn man dieses Breve aufmerksam durchlieset. Es ist so leicht, in jeder beliebigen Dogmatik Ketzereien aufzuspüren, dass es für Hermes schon ein sehr günstiges Vorurtheil erweckt, dass das Breve ihm in irgend einem einzelnen Dogma durchaus keine Ketzerei aufbürdet, sondern dass allein seine philosophische Grundlegung zur Dogmatik Gegenstand der Censur geworden ist. Er fange mit dem positiven Zweifel seine theologische Forschung an, und erkläre die Vernunft für die höchste Norm und das einzige Mittel, durch welches der Mensch zur Erkenntniss der übernatürlichen Wahrheiten gelangen könne**): dass sind die einzigen bestimmten Vorwürfe, die ihm gemacht werden; die übrigen sind allgemeine Phrasen, wie sie die väterliche Liebe in Rom gewöhnlich über missfällige Söhne auszuschütten pflegt, aus denen sich aber nichts Bestimmtes entnehmen lässt***).

*) S. dasselbe u. a. in der Schrift: Die Wahrheit in der Hermes'schen Sache, Darmstadt 1837. S. 49 ff.

**) Tenebrosam ad errorem omnigenum viam molitur in Dubio positivo, tanquam basi omnis theologiae inquisitionis, et in principio, quod statuit, rationem principem normam ac unicum medium esse, quo homo assequi possit supernaturalium veritatum cognitionem.

***) Illis in locis contineri doctrinas absonas a catholicarum veritatum principiis, plura reperiri perperam disputata, plura ex ambiguo dicta, plura flexiloqua, et obscura ad implicandam et vitiandam catholicorum dogmatum intelligentiam arte et apte concinnata, et ut plurimum ex A catholicorum commentis

Was nun den ersten jener bestimmten Vorwürfe betrifft, so sollte man denken, der heilige Vater könne wohl damit zufrieden seyn, dass ein wissenschaftlicher Theolog mit dem Zweifel anfängt, wenn er denselben nur besiegt, und, wie diess bei Hermes der Fall ist, durch ihn zu der unveränderten Kirchenlehre gelangt. Jede Theologie, welche es auch seyn mag, wenn sie einen wissenschaftlichen Charakter in Anspruch nehmen will, muss doch in der menschlichen Vernunft eine feste Grundlage nachweisen können: diese sichert sie sich aber erst dadurch, dass sie entgegengesetzte Zweifel besiegt: die Zweifel kann sie doch aber erst besiegen, nachdem sie dieselben erwogen hat: und so ist das blosse Anfangen mit dem Zweifel wahrlich kein Verbrechen. — Wenn der zweite Vorwurf heissen soll, dass Hermes die Vernunft zum materiellen Princip der Glaubenslehre, und zur höchsten Richterin über religiöse Wahrheit gemacht habe; so ist die Unwahrheit desselben etwas stark. Hermes will mit Hülfe der Vernunft nur die allgemeinen religiösen Wahrheiten, deren Erkenntniss jedem Offenbarungsglauben vorangehen muss, erweisen, dann aber zeigen, warum man die christliche Offenbarung in ihrer katholischen Form für eine göttliche zu halten, und warum sich die Vernunft also, ohne sich über den Inhalt weiter ein Urtheil zu erlauben, derselben zu unterwerfen habe. Will aber der heilige Vater auch diesen Vernunftgebrauch in der Theologie verbieten; so ist nicht wohl zu begreifen, auf welche Weise die Menschen die wahre Offenbarung von der blos

erroribusque congesta. Später werden allerdings viele Lehren aufgezählt, über welche Hermes Irriges behauptete: dieses Irrige selbst wird aber durchaus nicht angegeben.

vorgeblichen unterscheiden sollen: der heil. Vater hat alsdann auch die Protestanten völlig davon dispensirt, durch Vernunftgebrauch sich von der Wahrheit der katholischen Lehre zu überzeugen.

Jedenfalls ist die päpstliche Verdammung nicht sowohl auf die Hermesische Auffassung einzelner Dogmen gerichtet, als auf die philosophische Begründung der ganzen Dogmatik. Es ist aber klar, dass die Hierarchie auch nach katholischen Grundsätzen weder Grund noch Recht hat, auf philosophische Bestrebungen ihre Blitze zu schleudern, wenn diese nicht irgendwie die Glaubenslehre antasten, sey es, dass sie Dogmen wegläugnen, oder ungewiss machen, oder umgestalten. Da diess Alles nun bei Hermes nicht der Fall ist, so begreift man wirklich nicht, wie der heilige Vater sich auf das seinem Berufe ganz fremde philosophische Gebiet hat verirren können.

Ueberhaupt müssen auch dem gläubigsten Katholiken bei Gelegenheit dieser päpstlichen Verdammung sich manche Bedenken aufdrängen. So manche Erscheinungen auf dem Gebiete der deutsch-katholischen Literatur, welche von dem römischen Standpunkte aus sich ungleich gefährlicher und abweichender ausnehmen mussten, als die Hermesische Theologie, sind dennoch unangefochten geblieben. Höchstens gelangten einige derselben in den römischen Index, welcher bekanntlich in Deutschland gar nicht beachtet wird. Hermes selbst konnte eine lange Reihe von Jahren die Lehre, welche jetzt verdammt worden ist, mündlich und schriftlich vortragen, und genoss bei den deutschen Bischöfen die höchste Achtung und das unbedingteste Vertrauen: erst nachdem er auf Erden zu wirken aufgehört hat, wird plötzlich seine ganze Thätigkeit verworfen und verdammt. Es ergibt sich aus allem diesen

doch wohl deutlich, dass es nur von zufälligen Umständen abhängt, und insbesondere von der Art der Betriebsamkeit seiner Gegner, ob ein deutscher Theolog in Rom verdammt werden soll, oder nicht. Man kann sicher annehmen, dass unter den jetzt wirksamen deutsch-katholischen Theologen nur Wenige sind, bei welchen, wenn sie von eifrigen Gegnern römischen Visitatoren in die Hände gespielt würden, nicht eben so leicht und noch leichter wie bei Hermes, allerlei Ketze-
reien gefunden werden könnten. Die jetzigen Ultramontanen dürften aber davor am wenigsten sicher seyn. Denn die mystisch-philosophische Grundlage, welche dem Ultramontanismus, um ihn mit der modernen Philosophie zu alliiren, in Deutschland gegeben worden ist, und welche der christlichen Auffassung der ersten allgemeinen Religionsbegriffe nicht geringen Eintrag thut, dürfte doch in Rom, wenn man es anders dort bis zum Verständnisse derselben bringen kann, sehr ernsthaft angesehen werden. Ferner ergiebt sich aus diesen Betrachtungen doch wohl deutlich, dass es mit der Reinheit der katholischen Lehre sehr übel stehen würde, wenn sie auf dieser römischen Aufsicht beruhet. Jahre lang hat der Irrthum für Rechtgläubigkeit gegolten, ist von den Bischöfen geehrt und geachtet, ja von Einigen getheilt, und hat sich weit verbreitet und festgesetzt. Der Meister ist unangefochten in der Gemeinschaft der Kirche gestorben, Tausende von Jüngern haben sich in seine Lehre als in den reinen Katholicismus hineingelebt, und wirken und lehren viele Jahre hindurch in seinem Geiste: da erst fällt ein Blitzstrahl von Rom unter die Erstaunten, um, was ihnen bisher für Wahrheit galt, als verderblichen Irrthum zu vernichten. Lässt sich denn nun dieser Irrthum, nachdem er mit dem geistigen Leben

so vieler Tausende zusammengewachsen ist, mit allen feinen Wurzelfasern aus dem Innern derselben entfernen, ohne alle Zuversicht zur Wahrheit mit herauszureissen, und sie an aller Wahrheit irre zu machen? Aber können diese Armen auch bei dem besten Willen den verderblichen Irrthum von sich thun, da der heilige Vater in seinem Breve denselben so wenig deutlich angegeben hat? Ist es endlich auch zu wünschen, um der Menschenwürde willen zu wünschen, dass der Mensch im Stande sey, seine innersten Ueberzeugungen auf den Wink eines Priesters ausziehen, und zu wechseln wie ein Kleid?

Bekanntlich wurde das päpstliche Breve weder der weltlichen Regierung noch den geistlichen Behörden amtlich mitgetheilt, sondern von Belgien aus in die Rheinlande eingeschwärzt. Am 10ten October hatte man es schon in Aachen, am 12ten gelangte von dort aus die erste Abschrift nach Cöln, am 14ten kamen schon gedruckte Exemplare dorthin *), verbreiteten sich in kürzester Zeit in der Diöcese, und regten die Gemüther gewaltig auf. Der damalige Generalvicar der kölnischen Diöcese Hüsgen handelte, wie die Umstände es erforderten, er erliess den 29ten October ein Rundschreiben an seine Geistlichkeit**), und forderte sie zum Schweigen über diese Angelegenheit auf, bis die amtliche Mittheilung des Breve erfolge.

Indess wurden bald auch die Zeitschriften aller Farben über dasselbe laut. Bekanntlich haben die Hermesianer in allen ihren öffentlichen Aeusserungen sich dahin erklärt, dass auch sie

*) Die Wahrheit in der Hermes'schen Sache S. 7.

**) S. dasselbe in der Schrift: Die römisch-hierarchische Propaganda in Deutschland. Leipzig 1858. S. 68.

die in dem päpstlichen Breve bezeichneten Irrthümer als solche anerkannten, aber das Factum läugneten, dass Hermes dieselben gelehrt habe. Gerade so behaupteten die Jansenisten, als Innocenz X. durch die Bulle Cum occasione im Jahre 1653 fünf Sätze des Jansenius verdammt hatte, dass auch sie diese Sätze in dem Sinne, in welchem der Papst sie nähme, für Ketzereien hielten, dass aber dieselben von Jansenius nicht gelehrt worden wären. So bildet nun also eben so wie früher in den Jansenistischen, so jetzt in den Hermesianischen Streitigkeiten, nach der Behauptung der Angegriffenen nur eine Quaestio de facto den Streitpunct, während die Angreifer über falsche Auffassung des päpstlichen Breve Klage führen. Der Reise zweier Hermesianer, der Professoren Braun und Elvenich, nach Rom, um dem heiligen Vater Aufklärungen über die verurtheilte Lehre zu geben, und in Folge davon die Zurücknahme der Verdammniss zu bewirken, kann nur mit Verwunderung darüber gedacht werden, dass noch immer deutsche Gelehrte so gutmüthig und so selbstvertrauend seyn können zu hoffen, durch die ihnen unwidersprechlich erscheinende Wahrheit Rom zum Geständnisse eines Irrthums zu nöthigen; da doch gerade das Geheimniss der päpstlichen Macht darin beruhet, dass Rom nie retractirt, nie einen begangenen Missgriff anerkennt, nie einen Irrthum zurücknimmt. Darum eben hat ja Rom an den in Jahrhunderten allmählig angehäuften Irrthümern eine so schwere Last zu tragen, und kann ernstlich an eine Reformation nicht denken, weil das Geständniss, menschlich geirrt zu haben, ihm seinen Nimbus rauben, und die Völker enttäuschen würde.

Nach einer Praxis von Jahrhunderten, welche erst bei dieser Sache von einigen leidenschaftli-

chen Ultramontanen wieder in Frage gestellt worden ist, und über welche daher später noch etwas zu bemerken seyn wird, lässt keine Europäische Regierung zu, dass in ihrem Gebiete von irgend einer päpstlichen Verfügung ein amtlicher Gebrauch gemacht werde, bevor ihr dieselbe zur Prüfung vorgelegt ist, und von ihr das landesherrliche Placet erhalten hat. Da nun jenes Breve über Hermes der preussischen Regierung nicht amtlich mitgetheilt wurde, so kam dieselbe gar nicht in den Fall, dieses Placet entweder zu ertheilen, oder zu verweigern: indess konnte sie auch die Verbreitung des Breve nicht hindern, welche theils durch auswärtige Zeitungen, theils durch besondere Abdrücke in reichem Maasse geschah. Es ergab sich nun ganz natürlich folgendes rechtliche Verhältniss. Jedem einzelnen Katholiken, der sich von der Aechtheit des Breve überzeugt hatte, und sich zum Gehorsame gegen dasselbe für verpflichtet hielt, blieb es unbenommen, für seine Person diesen Gehorsam, so weit wirklich sein Gewissen denselben fordern konnte, zu leisten. Er konnte sein Exemplar von Hermes Schriften in der Stille verbrennen, konnte sich, was ihm etwa von Hermesianischer Lehre angeflagen war, aus dem Sinne schlagen, konnte die gehegten Irrthümer beichten, und sich von denselben absolviren lassen, konnte endlich die Lehrvorträge der Hermesianer meiden. Damit war denn aber auch sein Gewissen völlig befriedigt: denn dem Breve weitere äussere Folgen zu geben, und allgemeine Maassregeln in Folge desselben zu veranlassen, das war vermöge bestehender Gesetze, welche für die Gewissen eben so bindend waren, wie die dogmatischen Erklärungen des Papstes, nicht Sache des Einzelnen, sondern der Behörden. Die Behörden

aber, sowohl geistliche als weltliche, durften das Breve weder öffentlich noch heimlich geltend machen, und ihm irgend eine wirksame Folge geben, bevor dasselbe das landesherrliche Placet erhalten hatte. Die Beichtväter mussten die Gewissensscrupel, welche ihnen in Beziehung auf diese Angelegenheit vorgetragen wurden, nach ihrer besten Ueberzeugung lösen: aber sie durften, wenn sie nicht gewissenlos handeln wollten, den Beichtstuhl nicht misbrauchen, um dem Breve auch die äussere Wirksamkeit zu geben, welche demselben noch nicht zustand. Thoren nur konnten klagen, dass der katholischen Kirche auf diese Weise eine dogmatische Entscheidung des Papstes vorenthalten würde, oder dass ein Eingriff in die Glaubensrechte der Katholiken geschähe. Wird es doch mit den Decreten allgemeiner Concilien in allen katholischen Staaten nicht anders gehalten! So würde namentlich in Frankreich zu jener Zeit, wo das Tridentinum mit Beschränkungen seiner Disciplinarverfügungen noch nicht genehmigt worden war, jeder Versuch, die Beschlüsse desselben, mogten sie dogmatischer oder disciplinarischer Art seyn, heimlich geltend zu machen, hart geahndet worden seyn, obgleich die Regierung es natürlich jedem Unterthanen überliess, die dogmatischen Decrete desselben in seinem Gewissen als verbindlich anzuerkennen. Und das geschah, nachdem fortwährende Versuche gemacht worden waren, die französische Regierung zur Ertheilung ihres Placet und zur Publication zu bewegen: in Preussen war aber das Breve der Regierung gar nicht mitgetheilt, und so konnte dasselbe Verfahren hier noch weit weniger befremden.

Wenn nun wirklich der preussischen Regierung das Breve von Rom aus mitgetheilt, und

sie um Placetirung desselben angegangen worden wäre; so würde ihr zuverlässig nicht eingefallen seyn, die Hermesianische Theologie gegen die päpstliche Entscheidung in Schutz zu nehmen, und über die philosophische Begründung katholischer Dogmen sich mit dem heiligen Vater in Controversen einzulassen. Ihr kann nur daran liegen, dass aus den in ihren Staaten bestehenden theologischen Schulen gebildete, denkende und verträgliche Geistliche hervorgehen: für diesen Zweck ist aber die hermesianische Theologie so wenig als die hermesianische Schule die notwendige Bedingung, und unter den deutschen katholisch-theologischen Schulen ist die ultramontane die Einzige, welche die preussische Regierung zu perhorresciren Ursache hat.

Wenn aber, wie es scheint, die ultramontane Parthei verlangte, dass in Folge jenes Breve die Hermesianischen Geistlichen, namentlich die Bonner Professoren, ohne Weiteres aus ihren Aemtern entfernt werden sollten*); so hätte die Regierung, auch wenn sie dem Breve ihr Placet ertheilte, in eine solche Rechtsverletzung nicht einwilligen können. Denn Hermes und seine Schüler sind erst, nachdem die bischöflichen Behörden, als Repräsentanten der katholischen Kirche, ihre Rechtgläubigkeit bezeugt haben, angestellt worden; sie haben viele Jahre hindurch öffentlich gelehrt, ohne dass ein Zweifel gegen ihre Rechtgläubigkeit erhoben worden wäre; nicht sie haben ihre Lehre geändert, sondern das kirchliche Urtheil über dieselbe ist ein Anderes geworden. Wenn nun jetzt diese Männer selbst ihre Differenz mit der Kirche eingestanden hät-

*) S. die Aschaffenburg. kathol. Kirchenzeitung Nr. 45 vom 14ten April 1857.

ten, und gegen die letztere eigenthümliche Meinungen vertheidigten; so würde der Staat allerdings sie ihrer Wirksamkeit für diese Kirche haben entheben müssen: da sie doch aber gegen die Bedingungen ihrer Anstellung sich nichts hätten zu Schulden kommen lassen, so würde der Staat ihnen ihren ganzen Gehalt lassen, und sich deshalb über die Kirche beklagen müssen, welche auf ihre Unveränderlichkeit so hohes Gewicht lege, und dennoch in ihrem Urtheile so wechsele, dass sie dieselben Männer bald approbire, bald reprobire. Da nun aber die Hermesianer alle wahre Differenz mit der Kirche in Abrede stellten, da sie den ganzen dogmatischen Inhalt des Breve völlig anzuerkennen behaupteten; so war auch zu ihrer Quiescirung nicht eher Veranlassung gegeben, als bis die über ihre Lehrerwirksamkeit Aufsicht führenden geistlichen Behörden nachwiesen, dass sie ungeachtet ihrer Versicherung dem dogmatischen Inhalt des Breve fortwährend zuwider lehren.

Die preussische Regierung kam indess fürs Erste gar nicht in den Fall, sich über diese Fragen zu erklären, da ihr das Breve zur Placetirung nicht vorgelegt wurde. Man musste glauben, dass Rom auf die ganze Sache kein grosses Gewicht lege, da es doch sonst in Beziehung auf die mit Hermesianern besetzten geistlichen Lehranstalten bei der preussischen Regierung Schritte gethan haben würde. Es schien, als ob das Breve nur zur Direction einzelner zweifelnden Gewissen erlassen sey, und eine Publication und äussere Geltendmachung nicht beabsichtigt werde. Und so durfte man hoffen, dass, wenn die Hermesianer zur stillschweigenden Berücksichtigung des Breve, und zur Aufhebung des Streites veranlasst würden, wie diess in der

That geschah, und wenn insbesondere Spiegeis Stelle durch einen ihm ähnlichen, weisen und wohlwollenden Nachfolger besetzt werden würde, der Streit nur noch in den ultramontanen Zeitschriften eine Zeitlang fortleben, und dann vergessen werden würde.

Aber gegen alle Erwartung, und zur höchsten Verwunderung und Betrübniß aller Freunde eines vernünftigen Fortschreitens und christlicher Duldsamkeit, wurde Spiegels Nachfolger ein Mann, der in jeder Beziehung demselben unähnlich, sogar dessen persönlicher Gegner gewesen war — Clemens August Freih. v. Droste-Vischering.

Wenden wir uns jetzt zu der Persönlichkeit dieses Mannes, der gegenwärtig eine so beklagenswerthe Berühmtheit erlangt hat.

II.

Des Freiherrn Clemens August v. Droste-Vischering Leben und Thaten vor 1836.

Clemens August, Freiherr v. Droste-Vischering, geboren den 22ten Januar 1773, begann seine kirchliche Laufbahn als Domcapitular in Münster, und wurde von dem dortigen Capitel im Jahre 1805 sede vacante zum Generalvicar gewählt, an die Stelle des trefflichen Fürstenberg, der als Generalvicar und Minister so grosse Verdienste um das Münsterland sich erworben hatte. In diesem Amte erlebte er die grossen Umwälzungen, durch welche Münster der Krone Preussen, der es erst kurz vorher zugefallen war, wieder entrissen, zuerst an das Grossherzogthum Berg, dann an Frankreich kam.

Schon nach der ersten preussischen Besitznahme von Münster waren auch dort bald die Schwierigkeiten der Frage über gemischte Ehen hervorgetreten: indess der weise Fürstenberg hatte diese Angelegenheit so geschickt zu behandeln gewusst, dass es zu keinen Irrungen über dieselbe kam. Auch sein Nachfolger, der Freiherr Clemens August v. Droste war damals noch fern von den hierarchischen Anmaassungen, welche er später geltend machte. Zum Beweise diene

nur ein Bericht, welchen er auf Erfordern der damaligen bergischen Regierung über einen Fall, wo ein protestantischer Bräutigam katholische Kindererziehung hatte versprechen müssen, abstattete. Damals glaubte der Freiherr als kirchliche Obrigkeit noch also der weltlichen Regierung antworten zu müssen.

Münster den 16ten Mai 1809.

„Auf das anhero eingegangene Communicatum der Regierung vom 1ten hujus, die durch den hiesigen Kaplan Schl. verrichtete Copulation des R. R. v. B. mit der A. N. betreffend, haben wir dem etc. Schl. sofort aufgegeben, sich anhero vernehmen zu lassen, was es mit der quästionirten Copulation für eine Bewandtniss habe.

Indem wir die dieserhalb unterm 13ten hujus anhero eingegangene Vernehmlassung des etc. Schl. in Abschrift hieneben überreichen, sehen wir uns zugleich veranlasset zu bemerken, dass wir die Pfarrer der hiesigen Diöcese auf ihr Anfragen, wie sie sich bei den gemischten Ehen zu verhalten hätten, dahin beschieden haben, in den Fällen, wo der akatholische Bräutigam nicht versprechen wollte, alle Kinder in der katholischen Religion erziehen zu lassen, dem Ehe-Contract als testis ad valorem matrimonii in ratione contractus requisitus, ohne allen Kirchen-Ornat und absque benedictionibus zu assistiren *).

*) Es ist diess die sogenannte passive Assistenz, wo der Pfarrer blos ein stummer Zeuge der gegenseitigen Eheerklärung der Brautleute ist, und darauf die so geschlossene Ehe in

Aus diesem Schreiben erhellet nicht nur, dass damals der Freiherr von Droste doch der weltlichen Regierung über kirchliche Angelegenheiten noch zur Berichterstattung verpflichtet zu seyn glaubte; sondern dass er auch einer wesentlich milderen Praxis bei gemischten Ehen folgte als späterhin. Und diese mildere Praxis, durch welche der Geistliche in jedem Falle zur Assistenz bei der Schliessung gemischter Ehen verpflichtet wurde, ordnete Droste damals aus eigener Machtvollkommenheit an, ohne eine päpstliche Erlaubniss zu derselben zu haben, ungeachtet die von ihm festgestellte Praxis über die Gestattungen, welche Pius VI. für die Cleveschen Länder (keinesweges für Münster) bewilligt hatte, noch weit hinausging. Denn nach der Instruction Pius VI. sollte bei allen gemischten Ehen von den katholischen Geistlichen nur eine passive Assistenz geleistet werden: nach der Drostischen Verordnung aber nur in den Fällen, wo die katholische Erziehung der Kinder nicht versprochen war, wodurch also die solenne Einsegnung derjenigen Eheleute, welche dieses Versprechen gegeben hatten, zugleich gestattet wurde.

Noch bei einer andern Gelegenheit finden wir den Generalvicarius von Droste in der französischen Zeit auffallend ruhiger handelnd, als in der spätern preussischen. Nachdem nämlich Napoleon das Bisthum Münster mit allen zu demselben gehörigen geistlichen Körperschaften aufgehoben hatte (2ten Dec. 1811)*), richtete er

das Kirchenbuch einträgt, Nach canonischen Grundsätzen ist eine so geschlossene Ehe vollkommen eben so gültig, als eine feierlich vom Priester eingesegnete.

*) Beiläufig werde hier erwähnt, dass nicht der Generalvicar Clemens August von Droste, sondern sein älterer Bruder Caspar Maximilian, damals Bischof von Jericho und Weihbischof von Münster, jetzt wirklicher Bischof von Münster,

durch einen Befehl aus Smolensk den 24ten August 1812 ein neues Domcapitel aus den alten Capitularen, welche Priester waren und Residenz hielten, auf, und ernannte den 14ten April 1813 den Domdechanten Ferdinand August von Spiegel zum Bischofe von Münster. Spiegel musste sich, so wenig er auch dazu geneigt war, dieser Ernennung fügen. Da nun damals wegen der Streitigkeiten des Kaisers mit dem Papste die von dem Ersteren ernannten Bischöfe die canonische Institution von dem Letztern nicht erhielten, Napoleon aber doch den neu ernannten Bischof in Wirksamkeit treten lassen wollte; so liess er dem Domcapitel befehlen, demselben als Generalvicar die Verwaltung der Diöcese zu übertragen. Der bisherige Generalvicar Clemens August von Droste stand keinen Augenblick an, allen diesen kaiserlichen Befehlen zu gehorchen, und sowohl als Generalvicarius das neue Domcapitel anzuerkennen, als auch nachher, den 31ten Aug. 1813, dem von demselben zum zweiten Generalvicarius ernannten Herrn von Spiegel die Regierung der Diöcese zu überlassen. Diese Willfährigkeit war um so auffallender, da der Papst von Savona aus die vom Kaiser ernannten Bischöfe für unfähig erklärt hatte, vor ihrer Präconisation als Verweser der Diöcesen zu fungiren, und der Generalvicarius also nicht ohne Protestation der Gewalt hätte weichen müssen. Besonders sticht aber diese Willfährigkeit gegen die spätere Schroffheit ab, mit welcher der Letztere unter Anderem dem Herrn Minister von Altenstein den 21ten März 1820

es war, welcher auf dem Nationalconcilium in Paris im Juni 1841 den Antrag machte, den Kaiser um Befreiung des Papstes anzugehen, s. Melchers das National-Concilium zu Paris im J. 1841. Münster 1844. S. 41. Diese Bemerkung nur deshalb, weil diese Handlung nicht selten irrig von dem jüngern Bruder erzählt ist.

zu erkennen gab, dass ihm zur Erfüllung seiner geistlichen Pflichten Auftrag von dem heiligen Geiste geworden sey, und dass er sich durch Drohungen von dem pflichtmässigen Benehmen nicht ableiten lasse *). Dem gewaltigen Arme Napoleons gegenüber scheint er doch damals der hier behaupteten Sendung und Pflichttreue nicht sehr eingedenk gewesen zu seyn: wie hätte er sich sonst von einer irdischen Macht der ihm vom heiligen Geiste übertragenen Pflichten entledigen lassen können? Nachdem indess die Franzosen verjagt waren, reisete Herr von Droste im Sept. 1814 nach Rom, stellte hier die an den Herrn von Spiegel geschehene Uebertragung der Verwaltung als eine blosser Substitution vor, und erwirkte sich vom Papste nebst einem Verweise die Erlaubniss, jene Substitution zu widerrufen. In Folge davon machte er den 31ten März 1815 seinen Wiederantritt des Generalvicariats bekannt, und erklärte zugleich, dass er weder das neue von Napoleon gebildete Capitel, noch die Substitution des Herrn v. Spiegel anerkennen könne. Spiegel gab sogleich die Verwaltung zurück: das Capitel aber veranlasste den Professor Hermes, den Canonisten Cordes, und den Franciscaner-Provincial in Münster zu Gutachten über diese Gegenstände, über welche der Herr v. Droste sich jetzt in völligem Widerspruche zu seinen früheren Handlungen vernehmen liess. Hermes und Cordes erklärten sich darauf dahin, dass das von Napoleon eingesetzte Domcapitel alle Befugnisse und Rechte eines canonischen Domcapitels habe, und dass die von demselben vollzogene Ernennung des Herrn v. Spiegel zum zweiten

*) S. dieses Schreiben in der Augsburger Allgemeinen Zeitung v. 9ten Jan. 1858. S. 63.

Generalvicarius (der also nicht als von dem Herrn von Droste substituirt zu betrachten sey) erlaubt und gültig gewesen sey. Diese Erklärung begründete zuerst das Missverhältniss zwischen Droste und Hermes, welches auf die neuesten Ereignisse so bedeutend eingewirkt hat.

Nachdem Herr von Droste zum zweitenmale das Generalvicariat übernommen hatte, nahm er alsbald gegen die indess eingetretene preussische Regierung eine ganz andere Stellung an, als der vorhergegangenen französischen Regierung gegenüber. Die Furcht vor Napoleons eisernem Arme war von ihm gewichen. Schon die Art, wie die preussische Regierung in jener Capitelsstreitigkeit zuerst den Herrn von Spiegel zu begünstigen schien, dann aber nachgab, und den Herrn von Droste als Generalvicar gewähren liess, diente dazu, den Letztern zu ermuthigen; die Milde und Nachsicht, mit welcher überhaupt jetzt gewaltet wurde, und welche zu der despotischen frühern Weise einen sehr sichtbaren Gegensatz bildete, konnte leicht als furchtsame Schwäche gedeutet werden, welche bei einer protestantischen Regierung, die über 5 Millionen katholischer, meist neuer Unterthanen, zu gebieten habe, nicht zu verwundern sey. Und so liess Herr von Droste denn jetzt dem ihm natürlichen Widerwillen, einer protestantischen Regierung gehorchen zu müssen, freien Zügel, und entwickelte dieser Regierung gegenüber eine solche geistliche Anmassung, dass es schien als ob er das unter Napoleon versäumte Märtyrthum jetzt nachzuholen beabsichtige. Er sprach die Grundsätze, die ihn leiteten, offen aus in der Schrift: Ueber die Religionsfreiheit der Katholiken bei Gelegenheit der von den Protestanten in dem laufenden Jahre zu bege-

henden Jubelfeier. Im Oct. 1817. Münster bei Theissing.

Der Inhalt derselben soll unten näher besprochen werden. Hier genüge es, zu bemerken, dass Herr von Droste in derselben es zur Religionsfreiheit der Katholiken rechnet, dass die Kirche als ein selbstständiges von den Staaten unabhängiges Universalreich anerkannt werde; dass der Staat nicht das Recht in Anspruch nehme, alle Handlungen der Kirchengewalt zu genehmigen, oder zu beaufsichtigen; dass der Verkehr mit Rom durchaus unabhängig von der Staatsgewalt sey; dass die Kirche ein zureichendes Vermögen besitze; dass die Geistlichkeit den Hauptantheil bei der Beaufsichtigung der Elementarschulen und Gymnasien, und die ausschliessliche Aufsicht über die Religionslehre habe; dass aber die Anstellung der Lehrer der Theologie und des Kirchenrechtes, ihre Entlassung, die Aufsicht über ihre Lehre und Wandel, und die Aufsicht über das Seminar ausschliesslich Sache der geistlichen Obrigkeit sey.

Im Allgemeinen ist über diese Schrift zu bemerken, dass in derselben eine Art von Abhängigkeit der Kirche vom Staate bekämpft wird, welche gar nicht vorhanden war, dass aber eine Art von Unabhängigkeit derselben gefordert wird, welche von einem Staate nie gewährt werden kann. Der preussische Staat enthielt sich wirklich aller positiven Einwirkung auf die innern Kirchenverhältnisse: aber der Aufsicht über die Kirchenregierung, und des Rechts, Handlungen derselben, welche den Staat irgendwie verletzen, zurückzuweisen, konnte er sich natürlich nicht begeben.

Nach den hier aufgestellten Grundsätzen handelte Herr von Droste auch schon damals.

Er protestirte gegen die Dienstinstruction des Münsterschen Consistorii, weil dasselbe auch die Aufsicht über katholische Schulen führen sollte, ungeachtet der Geistlichkeit die Beaufsichtigung des Religionsunterrichtes hinreichend gesichert war. Er fand es fürchterlich, dass die katholische Academie in Münster den protestantischen Oberpräsidenten als Curator anerkennen sollte, ungeachtet derselbe nicht den geringsten Verdacht erweckt hatte, dass er irgendwie auf die theologischen Vorlesungen einwirken, oder die Einwirkung der geistlichen Behörde auf dieselben hindern wolle. Am meisten Noth machte er aber der Regierung in der ohnehin so schwierigen Angelegenheit der gemischten Ehen, und hier ging er bald zu offenem Trotze gegen dieselbe über. Er verbot seinen Pfarrern nicht nur die Trauung, sondern selbst das Aufgebot jeder gemischten Ehe, für welche nicht die katholische Kindererziehung verbürgt war; und da nun mehrere Betheiligte sich von protestantischen Pfarrern trauen liessen, so schritt er zu der Maassregel, den in solcher Art verehelichten Katholiken die Sacramente zu verweigern. Um recht deutlich zu zeigen, wie verschieden sich der Generalvicarius von Droste jetzt im Vergleiche zu der früheren französischen Zeit benahm, möge hier ein Schreiben seine Stelle finden, welches er den 15ten Jan. 1819 an die Preussische Regierung in Münster erliess.

„Ich nehme die Freiheit, in dem folgenden die hiesige Königl. Regierung mit der Lage der Sache hinsichtlich der Verehelichung des katholischen Herrn L. Sch. mit der reformirten v. H. zwar bekannt zu machen, aber keinesweges, als wollte ich mich verantworten, da ich in diesem Falle, wie in ähnli-

chen Fällen, wo ich in Religions-Angelegenheiten als Kirchen-Obrigkeit handle, nur der höhern Kirchen-Obrigkeit Verantwortung schuldig bin."

Nach einer kurzen Erörterung über den vorliegenden Fall fährt er fort:

„Was das geforderte zweifache Versprechen betrifft, so kann ich nicht umhin, hier das zu erklären, was ich schon vor mehreren Monaten Einem Hohen Ministerio erklärt habe; dass ich die erforderliche Dispensation in dem Impedimento impedienti disparitatis Cultus nicht anders ertheilen darf, mithin auch selbe nicht anders ertheilen werde, als nachdem vorläufig Seitens des protestantischen Theils jenes zweifache Versprechen geleistet seyn wird. Ich nehme hier das Recht der Gewissensfreiheit als katholische Kirchen-Obrigkeit in Anspruch.

Anbei darf ich nicht unterlassen zu bemerken, dass dergleichen wiederholte Schwierigkeiten zuletzt mich zwingen werden, alle Gesuche um Erlaubniss solcher gemischten Ehen, es sey denn, dass periculum in mora ist, nach Rom zu verweisen. Die Bittsteller mögen dann sehen, wie sie ihr Gesuch nach Rom bringen und unterstützen; ich werde solches nur dann übernehmen, wenn der protestantische Theil vorläufig jenes zweifache Versprechen wird geleistet haben!

Es ist wohl unnöthig, auf die grosse Verschiedenheit in Ton und Inhalt näher aufmerksam zu machen, welche sich zwischen diesem Schreiben, und dem zehn Jahre früher an die Bergische Regierung gerichteten, oben mitgetheiltem Berichte findet. Abgesehen von der allen Anstand verletzenden Form, von dem unverhüll-

ten Trotze, welchen dieses Schreiben athmet; spricht der Generalvicarius von Droste in derselben Angelegenheit hier ganz andere Grundsätze aus, als früher, nämlich:

1. Er bestreitet der weltlichen Regierung geradezu das Recht, in die Angelegenheit der gemischten Ehen irgendwie einzugreifen, und sich einzumischen; ungeachtet er der Bergischen Regierung einen erfordernten Bericht ohne Weigerung erstattete, und auf ihre Veranlassung die Vernehmung eines Geistlichen vornehmen liess;

2. Er verlangt hier unbedingt das Versprechen der katholischen Kindererziehung, und versagt, wenn es nicht gegeben wird, die kirchliche Trauung; ungeachtet er zehn Jahre früher für gleiche Fälle den katholischen Geistlichen die passive Assistenz befohlen hatte.

Wie in dem ganzen Schreiben eine für einen Geistlichen besonders unangemessene Leidenschaftlichkeit durchscheint; so ist auch eine leidenschaftliche Steigerung hierarchischer Anmassung, hervorgerufen durch eine für Schwäche gehaltene Milde der weltlichen Regierung, unverkennbar. Wer aber mag behaupten, dass dem Generalvicarius von Droste es zustand, die Bedingungen gemischter Ehen von seiner Seite willkürlich zu verändern; und dass der Staatsregierung bei solchem Treiben, welches auf das Glück vieler Familien, ja auf die Ruhe ganzer Provinzen den bedeutendsten Einfluss haben musste, keine Einmischung gebühre?

Nicht minder anmasslich war das Benehmen des Generalvicars von Droste gegen die neu entstandene katholisch-theologische Facultät in Bonn. Nachdem nämlich Hermes den Ruf nach Bonn angenommen hatte, und dem beliebten Lehrer eine grosse Zahl der Theologiestudirenden zu

folgen im Begriff war, so dass die Münstersche Lehranstalt grossen Verlust fürchten musste; machte der Generalvicarius den studirenden Theologen den 18ten Febr. 1820 bekannt, dass keiner von ihnen ohne seine Erlaubniss anderswo als in Münster „irgend einen Zweig der Theologie“ hören dürfe, und dass er keinem, welcher solches ohne seine Erlaubniss thun würde, die heiligen Weihen ertheilen lassen werde. Es war offenbar der Zweck dieser Maassregel, den Besuch von Bonn zu hindern, ungeachtet doch diese Lehranstalt so gut wie die Münstersche mit Theologen besetzt war, denen von der zuständigen kirchlichen Behörde ihre Orthodoxie bezeugt, und gegen welche bis dahin durchaus keine Anklage vorgekommen war. Sonach war es nicht Eifer für Rechtgläubigkeit, sondern Eifer für die Münstersche Lehranstalt, welche diesen Schritt eingegeben hatte. Dass der Staat es aber nicht dulden konnte, dass auf diese Weise seine Lehranstalten in Opposition zu einander gesetzt wurden, das wird jedem Unbefangenen einleuchten. Indess gelang es der Regierung nicht, den halsstarrigen Priester zur Zurücknahme jener Bekanntmachung zu bewegen, und sie musste, um dieselbe unwirksam zu machen, den 19ten April 1820 die Thätigkeit der theologischen Facultät in Münster suspendiren*). Was für eine blinde Leidenschaftlichkeit und welch ein fanatischer Hass damals den Generalvicar beseelte, das spricht sich deutlich in den kürzlich bekannt gemachten Auszügen aus einem Schreiben aus, welches derselbe in dieser Angelegenheit an den Minister von Alten-

*) S. die hierhergehörigen Actenstücke in der Schrift: Der Erzbischof von Köln, seine Principien u. Opposition, Leipzig 1837. S. 18 ff.

stein den 21ten März 1820 richtete *). Da sie für die Charakteristik des Mannes wichtig sind, so mögen sie hier folgen:

„Was ich nicht unerwähnt lassen darf, ist 1) dass auch von dem Wenigen, was der Reichsdeputationsschluss von 1803 zu Gunsten der katholischen Kirche verfügt hat, und nur von diesem eben das Wesentlichste unerfüllt geblieben ist; 2) dass insbesondere hinsichtlich der katholischen Kirche nicht nach dem status quo von 1803, sondern nach protestantischen Grundsätzen verfahren wird. Was das Erste betrifft, so hat z. B. der §. 35 alle Güter der fundirten Stifter, Abteien und Klöster der Katholiken sowohl, als A. C. Verwandten der freien und vollen Disposition deren Landesherrn überlassen, aber hinzugesetzt, zu welchem Behuf jene Güter überlassen sind; nämlich sowohl zum Behuf des Aufwandes für Gottesdienst, Unterrichts- und andere gemeinnützige Anstalten, als zur Erleichterung ihrer Finanzen, und unter dem bestimmten Vorbehalte der festen und bleibenden Ausstattung der Domkirchen, welche werden beibehalten werden. Wie wenig von diesem Theile des vorliegenden Paragraphen erfüllt ist, das ist Ew. Excellenz bekannt, und nachdem nun seit 1803 über 16 Jahre verflossen sind, ist noch keine Domkirche dortirt, noch haben die Katholiken, und zwar bloß wegen der Seitens der weltlichen Regierungen kommenden Hindernisse, keine

*) Mitgetheilt aus der Neuen Würzburger Zeitung in der Augsburger Allgem. Zeitung v. 9ten Jan. 1838. S. 65.

Bischöfe *). Der §. 65 hat den Katholiken doch wenigstens ihre Religionsfreiheit sichern wollen. Wie diese Verfügung unberücksichtigt bleibt, das zeigt die Militairpflichtigkeit der Geistlichen und der für diesen Stand sich Bildenden**), und der Schullehrer; das zeigt sich darin, dass einem protestantischen Curatorium sogar die katholische Theologie unterworfen seyn soll ***); das zeigen die Verhandlungen über den freien Verkehr mit Rom, über Anstellungen der Geistlichen, über gemischte Ehen, über das Schulwesen, über das sogenannte Placet, über Ressort, über Ablasszettel u. s. w. †), wo immer ich pflichtmässig nur das erhalten wollte, was der katholischen Kirche von Gott und Rechtswegen zukömmt. Was nun das Zweite betrifft, dass nämlich hinsichtlich der katholischen Kirche nach protestantischen

*) Eine so grundlose Beschuldigung konnte nur unbesonnene Leidenschaft so keck der Preussischen Regierung hinwerfen. Preussen war damals 5 Jahre wieder im Besitze des Landes, und hatte schon lange Unterhandlungen mit Rom angeknüpft, über deren Gang der Generalvicarius höchstens einseitige Nachrichten haben konnte. Dass Preussen bei der Dotirung der Bisthümer nicht geizen wollte, das hat das ein Jahr nachher erschienene Concordat wohl glänzend bewiesen.

**) Danach sollte man glauben, die preuss. Regierung hätte auch ordinirte Geistliche zu Soldaten machen wollen: so unüberlegt kann nur der Hass sich ausdrücken.

***) Nicht die katholische Theologie, sondern die theologische Lehranstalt, sofern sie Lehranstalt ist. Die Aufsicht über Lehre und Rechtgläubigkeit ist stets der geistlichen Behörde überlassen gewesen.

†) Man sieht, der Generalvicar rechnet zur Religionsfreiheit insbesondere auch einen ganz unbewachten Verkehr mit Rom: welcher katholische Staat giebt denselben zu? Ferner soll die Religionsfreiheit der Katholiken gefährdet seyn, weil er die Geistlichen nicht willkürlich an- und absetzen kann. Ob wohl die münsterschen Professoren und Pfarrer auf diese Freiheit grossen Werth gelegt haben würden?

Grundsätzen*) verfahren wird, so ist natürlich, dass die Grundsätze eines protestantischen Ministeriums verschieden sind von jenen eines katholischen Kirchenobern. Es ist auch nicht zu verwundern, dass ein protestantisches Ministerium gewisse Grundsätze als Staatsmaximen ansieht, welche die katholische Kirchenobrigkeit als sehr eingreifend in die Rechte und Freiheit der katholischen Kirche erkennt, und sich dagegen als gegen Eingriffe nach Pflicht und Gewissen benehmen muss**). Die Frage, auf welcher Seite die Wahrheit ist, zu beantworten, dafür kann das protestantische Ministerium nicht competent seyn, und die Competenz der katholischen Kirche wird von jenem Ministerium nicht anerkannt***). Es giebt daher nur Ein Mittel, dem immerwährenden Zweifel zuvorzukommen †), nämlich

*) Nämlich nach den Grundsätzen, der katholischen Kirche im Innern völlige Freiheit zu lassen, ihr im Aeussern alle ihr nothwendigen Unterstützungen zu gewähren, aber die Rechte des Staates gegen sie zu wahren.

**) Daraus folgt also, dass katholische Länder eigentlich nicht unter protestantischen Regierungen stehen sollten.

***) Der Generalvicar will also mit seiner weltlichen Obrigkeit auf dem Fusse einer unabhängigen Macht unterhandeln. Las er denn nicht auch Rom. 13, 1: Omnis anima potestatibus sublimioribus subdita sit: non est enim potestas nisi a Deo? Und findet sich unter allen seinen Klagen auch nur Eine, welche über Verletzung der Gewissens-, Lehr- und Cultusfreiheit der Katholiken geführt wird, obgleich doch in dieser dreifachen Freiheit die Religionsfreiheit völlig enthalten ist?

†) Es hätte wohl noch andere gegeben: das Eine, wenn die Regierung gleich von vorn herein ein entschiedenes Benehmen gegen den anmasslichen Priester angenommen hätte: das Andere, wenn sie aus dem einleuchtenden Grunde, dass einem Geistlichen, welcher die Rechte des Staates so verkenne, und so mit Wort und That dieselben verletze, eine fernere Amtsthätigkeit nicht gestattet werden könne, das ihm als Generalvicarius gegebene Placet zurückgenommen hätte.

dieses, sich fest an den status quo von 1805 zu halten*), und den Reichsdeputationsschluss von jenem Jahre sofort auch in dem, was zu Gunsten der Katholiken ist, in Erfüllung zu bringen. So lange aber anders, so lange, wie bisher, verfahren wird — Ew. Excellenz wollen mir das zu Gute halten, da ich nicht die Absichten beurtheile, noch auf die Absichten, sondern auf die Handlungen und ihre Wirkungen sehe, — so lange kann ich mir nicht verhehlen, dass die katholische Kirche auf die schlimmste Weise, nämlich mit Untergrabung ihrer Fundamente bedroht wird, und die Aeusserung: „Indem die „philosophische und theologische Facultät „dem Generalvicariate nicht untergeordnet „ist, sondern in der Person des Oberprä- „sidenten ihr besonderes amtliches Curato- „rium hat, ohne dessen Vorwissen und Bei- „stimmung weder an die Dekane, noch an „die Studirenden selbst, unmittelbar etwas „verfügt werden dürfte“ — sagt in andern Worten: dass der wesentlichste Zweig der Kirchengewalt, nämlich die Aufsicht über die katholische Glaubens- und Sittenlehre, von dem katholischen Bischof auf das protestantische Curatorium übergegangen seyn**) und den Katholiken dieser Diocese die in dem

*) Der leidenschaftliche Mann vergisst, dass er selbst, wie oben nachgewiesen, den status quo in Beziehung auf gemischte Ehen sehr geändert hatte. Er vergisst, dass der von ihm verlangte status quo sich in Münster schon deshalb nicht unbedingt wiederherstellen lässt, weil die weltliche Regierung und die kirchliche jetzt getrennt sind, welche damals in einer Person — dem Bischöfe — vereint waren.

**) Welch' eine muthwillige Missdeutung der Verhältnisse! Gehörte es denn zu der katholischen Glaubens- und Sittenlehre, dass die münsterschen Theologen in Münster und nicht in Bonn studirten?

Bischofthum durch des Gottmenschen Stiftung ihnen verliehene Sicherheit der Aufrechthaltung der reinen Lehre nunmehr ihnen genommen werden solle. Wenn Ew. Excellenz nun das Alles zu erwägen geruhen, so werden Hochdieselben selbst die Pflicht der verdoppelten Wachsamkeit und Festigkeit eines katholischen Kirchenobern, insbesondere auf die Freiheit der katholischen Kirche und auf die Reinheit und Vollständigkeit der Lehre, mithin ganz besonders auf diejenigen zu wachen, welche bestimmt sind, die Andern durch Wort und That zu belehren, anerkennen. Ew. Excellenz werden nicht verkennen, dass mir unter Anderm zur Erfüllung dieser Pflicht Auftrag von dem heiligen Geiste geworden ist, und dass ich mithin mich nicht der Gefahr aussetzen dürfte, mich in der Erledigung desselben hindern zu lassen; dieses aber würde ich gethan haben, wenn ich vorläufig hinsichtlich mehr erwähnter Verfügung an die Theologen angefragt hätte *). Ew. Excellenz wollen zugleich aus dem Gesagten entnehmen, dass ich nach Pflicht und Gewissen

*) Also der Generalvicarius sah vorher, dass das von ihm beabsichtigte Verbot, wenn er es den Gesetzen gemäss erst der weltlichen Regierung zur Placetirung vorlege, zurückgewiesen seyn würde. Und dadurch will er es rechtfertigen, dass er es nicht vorlegte! Und der heilige Geist, der doch auch Rom 13, 1 geredet hat, soll ihm diesen Ungehorsam gegen bestehende Gesetze zur Pflicht gemacht haben! Hier tritt der Fanatiker, der dem vorgeblichen kirchlichen Interesse, hinter welchem sich hier wie oft geistlicher Hochmuth und Herrschsucht verbirgt, die unlängbarsten Gebote der Moral zum Opfer bringt, deutlich hervor. — Die absurde Zumuthung an einen protestantischen Minister, dass er den katholischen Generalvicar als Beauftragten des heiligen Geistes anerkennen solle, möge auf sich beruhen.

meiner fraglichen Verfügung allerdings Folge geben muss, und die an einzelne Theologen ertheilte negative Bescheidung auf ihr Gesuch, zu Bonn zu studiren, keinesweges zurücknehmen darf. Uebrigens muss es Ew. Excellenz aus den früheren Verhandlungen bekannt seyn, dass ich mich nicht durch Drohungen von dem pflichtmässigen Benehmen ableiten lasse; was aber die Folgen betrifft, so werde nicht ich, da ich nach Pflicht und Gewissen handle, solche zu verantworten haben" *).

So benahm sich der Generalvicarius v. Droste gegen die Regierung. Wenn er nun von dem kirchlichen Geiste so ausschliesslich durchdrungen gewesen wäre, wie er der Regierung gegenüber scheinen wollte, so hätte er den ihm untergeordneten Geistlichen, als seinen Mitarbeitern, eine milde brüderliche Gesinnung zeigen müssen. Diess war aber nach dem allgemeinen Urtheile keinesweges der Fall: vielmehr benahm er sich gegen diese Männer hart und herrisch, und war ihnen schwer zugänglich. Apostolisch war dieses Benehmen nicht, sondern adlich hierarchisch. Im Münsterschen waren von jeher die höhern geistlichen Stellen von Adlichen eingenommen, und durch die Einmischung adlichen Stolzes in die hierarchischen Beziehungen hatte sich eine grosse Kluft zwischen den geistlichen gnädigen Herren und den in der Kirche unmittelbar thätigen Geistlichen gebildet, ein Verhältniss, welches freilich von einem Spiegel anders behandelt wurde, als von einem Droste. Dem Letzteren lag auch hier an der Erhaltung des

*) Ist diess nicht auch eine Drohung, die den Minister von seinem pflichtmässigen Benehmen ableiten soll?

status quo, und es erschien ihm als eine unerträgliche Verletzung desselben, dass die niedern Geistlichen dem gnädigen Herrn Generalvicarius nicht mehr schutzlos preisgegeben seyn sollten. Dass ein grosser Theil des Münsterschen Adels diese Meinung theilte, kann nicht befremden.

Indess ging bald nach dem so eben erzählten Vorgange das Drostische Reich zu Ende. Nachdem Herr von Droste — ob, und wie veranlasst, weiss der Verfasser nicht — das Generalvicariat niedergelegt hatte, wurde durch eine Bekanntmachung des Oberpräsidii v. 26ten Oct. 1820 die Wiedereröffnung der theologischen Vorlesungen für das Wintersemester angekündigt, die bisher so gespannten Verhältnisse zwischen der Regierung und dem Generalvicariate gewannen eine andere Gestalt, und es kehrte Ruhe und Friede in die durch die Anmassungen des Herrn von Droste bisher fortwährend in Aufregung erhaltene Diöcese zurück. Zur Charakteristik der im Münsterschen bestehenden Verhältnisse ist nur noch zu erwähnen, dass gleich nach dem Abschlusse des preussischen Concordats der ehemalige Fürstbischof von Corvey, Freiherr von Lüning, auf den Münsterschen Bischofsstuhl erhoben wurde, und den 7ten Jul. 1821 seinen Einzug hielt, dass derselbe aber durch die Schwierigkeiten, welche sich ihm entgegenstellten, entmuthigt, in Schwermuth verfiel, und schon im October Münster wieder verliess.

Der Freiherr Clemens August zog sich jetzt in die Einsamkeit und zu einem ascetischen Leben zurück, und beschäftigte sich vorzüglich mit der Leitung der Gesellschaft der barmherzigen Schwestern in Münster, welche ihm ihre Entstehung zu verdanken hatte. Auch seine Ernennung zum Weihbischöfe, welche nach der Berufung

seines Bruders auf den bischöflichen Stuhl von Münster erfolgte (1826), änderte in dieser Thätigkeit nichts. Es lässt sich wohl denken, dass diese Lebensweise für den frommen Katholiken sehr anziehend und erbaulich gewesen seyn mag: der unpartheiische Beobachter aber wird sich durch eine solche kirchliche Frömmigkeit allein nicht bestechen lassen. Zu oft haben heilige Fanatiker in der einen Hand das Kreuz, und in der andern die Brandfackel geschwungen!

III.

Des Freiherrn Clemens August von Droste-Vischering Grund- sätze über Kirche und Staat.

Ehe wir den Freiherrn Clemens August von Droste in sein neues amtliches Verhältniss, in welches er 1836 durch die Erhebung auf den erzbischöflichen Stuhl von Cöln trat, begleiten; müssen wir die Grundsätze über das Verhältniss der Kirche zum Staate, welche er sowohl in der oben angeführten Schrift

Ueber die Religionsfreiheit der Katholiken.
Münster 1817.

deutlich ausgesprochen, als auch in seinem Wirken als Generalvicarius befolgt hat, näher ins Auge fassen, und würdigen. Zuvörderst mögen dieselben mit seinen eigenen Worten aus jener Schrift dargestellt werden. Er redet dort also:

I. „Zur Religionsfreiheit der Katholiken ist erforderlich, dass die Staaten faktisch die Freiheit, die Unabhängigkeit der katholischen Kirche und ihrer Gewalt anerkennen. Denn sonst könnte diese Kirche als eine Gesellschaft, die anerkannt oder nicht anerkannt, mithin auch unter Bedingungen anerkannt werden konnte, angesehen und betrachtet werden; und bei solcher Ansicht wird

das Recht behauptet, alle Handlungen der Kirchengewalt durch Placet oder Veto vorläufig zu genehmigen oder zu beaufsichtigen. Nach der Lehre der katholischen Kirche ist die gesetzgebende, richterliche und ausführende, überhaupt die Kirchengewalt nach allen ihren Zweigen, in ihrer Art die höchste, in ihrem Umfang die einzige, und die Kirche selbst ist ein selbstständiges, von den Staaten unabhängiges Universalreich, das sichtbare Reich Gottes, das Himmelreich auf Erden."

II. „Zur Religionsfreiheit der Katholiken ist ferner erforderlich, dass die weltliche Gewalt auch die Unabhängigkeit der katholischen Kirche in Hinsicht des Verkehrs im Kirchlichen zwischen dem Oberhaupte der Kirche, den Kirchen-Obern, und sonstigen Mitgliedern, und die Einheit der Kirche faktisch anerkenne. Wo die Unabhängigkeit der katholischen Kirche in Hinsicht dieses Verkehrs nicht von Seiten der weltlichen Gewalt faktisch anerkannt wird; da wird die letztere jenen Verkehr kontrolliren wollen, sie wird die vorläufige Einsicht der Verhandlungen fordernd, die Verhandlungen selbst oder ihren Inhalt genehmigen wollen, und unverkennbar die Freiheit jenes Verkehrs beschränken; eine Freiheit, welche gewissenshalber weder Kirchenmitglieder noch Kirchenobere aufgeben dürfen; eine Freiheit, deren Beschränkung Hemmung der Religionsfreiheit ist."

III. „Die Entblössung der katholischen Kirche von den erforderlichen Personen ist nicht mit der Religionsfreiheit der Katholiken verträglich. Die Seltenheit der Bischöfe, eine Folge der neueren Säcularisationen, und die Seltenheit der Priester, welche vorzüglich durch die Suppression der Mannsklöster und durch die Allge-

meinheit der Verpflichtung zum Kriegsdienste veranlassen ist, ist nicht im Einklange mit der Religionsfreiheit der Katholiken."

IV. „Die katholische Kirche bedarf der Sachen, d. i. weltlicher Güter, theils zum Unterhalte ihrer Diener, theils als Mittel zur Bildung derjenigen, welche ihrem Dienste sich widmen wollen; theils zur Pflege des Gottesdienstes; theils zur Ausübung der Werke der Barmherzigkeit. Dass nebst der weltlichen Gewalt, auch die geistlichen Güter der Kirche genommen wurden, das kann mit der Religionsfreiheit der Katholiken nicht vereinbar seyn. Dass eine vom Staate zu zahlende Pension oder ein vom Staate zu zahlendes Gehalt ein sehr unzureichender Ersatz wäre, und überhaupt dies ganze Verfahren, wie die dadurch veranlasste Lage der Kirche nicht mit der Religionsfreiheit der Katholiken im Einklange sey, erhellet schon daraus, weil diese Religionsfreiheit fordert, dass das Wohl der katholischen Kirche, der Unterhalt und das Daseyn der Bischöfe und der Kirchendiener überhaupt, nicht von politischen Umständen abhängen."

V. „Die Religionsfreiheit der Katholiken fordert, dass die geistliche Obrigkeit an der Anstellung und Entlassung der Kirchspiels-Schullehrer und Lehrerinnen, und an der Aufsicht über ihre Lehre und ihren Wandel, da ihr Hauptlehrgegenstand die Religion ist, — so wie an der Aufsicht über die Anstalten zur Bildung der Schullehrer und Lehrerinnen, — an der Anstellung und Entlassung der Lehrer bei diesen Anstalten den Hauptantheil habe;

dass die geistliche Obrigkeit bei Anstellung, Entlassung, Aufsicht auf Lehre und Wandel der Gymnasiallehrer theils ausschliesslich, insofern von der Aufsicht über die Religionslehre

die Rede ist, theils vorzüglichen Antheil habe;

dass die geistliche Obrigkeit ebenfalls an der Aufsicht über die ganze Gymnasialbildung, über das Betragen der Lehrlinge (worunter auch die künftigen Geistlichen sich befinden) vorzüglichen Antheil habe;

dass die Anstellung der Lehrer der Theologie (wohin auch das Kirchenrecht gehört), ihre Entlassung, wo es nöthig, die Aufsicht über ihre Lehre und ihren Wandel, die Aufsicht über die Theologen; die Aufsicht über das Seminar mit allem, was dazu gehört, — ausschliesslich Sache der geistlichen Obrigkeit sey.

Es ist ferner nicht mit der Religionsfreiheit der Katholiken vereinbar, wenn Lehr- und Bildungs - Anstalten — Gymnasien, Universitäten, und Anstalten zur Bildung der Schullehrer und Lehrerinnen — welche bisher ganz katholisch gewesen sind, in gemischte verändert werden. Dass nach der Lehre der katholischen Kirche die geistliche Obrigkeit streng verpflichtet ist, zu wachen, dass nichts der katholischen Glaubens- und Sittenlehre Widersprechendes gelehret, mithin auch dass kein anderer Religionsunterricht, als der katholische in solchen Anstalten ertheilt werde, welche eigens zur Bildung der Katholiken angeordnet sind, das wird keiner Erörterung bedürfen.”

Soweit die Ansichten und Forderungen des Herrn von Droste, mit seinen eigenen Worten wiedergegeben.

Nach dieser Theorie soll also die Kirche völlig unabhängig und ohne Rücksicht auf den Staat in ihrer Sphäre handeln können: der Staat soll nicht einmal berechtigt seyn, von ihren Ver-

handlungen regelmässige Kenntniss zu fordern, noch weniger irgendwie hindernd und verbiethend einzuschreiten. Wenn nun die beiden Sphären der Kirche und des Staates so von einander getrennt wären, dass sie sich nirgends berührten; so würde ein so rücksichtsloses Wirken der Kirche ohne Collision mit dem Staate denkbar seyn: es finden aber allerdings viele und sehr bedeutende Berührungen statt. Die Kirche nämlich hat auch eine sichtbare Seite, durch welche sie sich mit dem Staate berührt; sie hat Besitzungen und andere weltliche Rechte, welche auf den Schutz des Staates Anspruch machen; ihre Angehörigen sind zugleich Unterthanen des Staates, und demselben zum Gehorsame verpflichtet; endlich erwartet die Kirche gewöhnlich auch noch besondere Unterstützungen vom Staate. Der Staat aber hat auch eine geistige, sittliche Seite, durch welche er sich der Kirche nähert: er ruhet auf einer sittlichen Basis, und macht sittliche Anforderungen an den Menschen. Da nun die Kirche das ganze sittliche Wirken ihrer Angehörigen bestimmen will, der Staat aber auf gewisse sittliche Thätigkeiten seiner Unterthanen Anspruch macht; so berühren sich die beiden Sphären so oft und in so wichtigen Puncten, dass, wenn beide ohne Rücksicht auf einander handeln, Collisionen ganz unvermeidlich sind.

Es fragt sich nun, welcher Theil, wenn solche Collisionen entstehen, nachgeben soll. Herr von Droste und die Ultramontanen behaupten: der Staat. Denn, sagen sie, die Kirche ist das höhere vornehmere Institut, als von Gott selbst geordnet, um das Heil der Seelen zu fördern: der Staat hat nur irdische Zwecke, welche dem Seelenheile weit untergeordnet sind. So weit also das Himmlische und Geistige über alles Ir-

dische und Sinnliche hinaus liegt; um so viel ist auch die Kirche über den Staat erhaben, und um so mehr muss der Staat sich in allen Collisionsfällen der Kirche unterordnen. Wenn nun diesen Forderungen nachgegeben wird, so verliert natürlich der Staat seine Einheit und Selbstständigkeit. Da alle Verhältnisse des Staates auch eine wesentlich sittliche Seite haben, also von der Kirche in den Bereich ihrer Beurtheilung gezogen werden können; so wird der nachgebende Staat allmählig ganz unter die Aufsicht der Kirche kommen, und bloss das Werkzeug werden, dessen sich die Kirche, wo der weltliche Arm nothwendig ist, bedient. So werden dann alle jenem Principe der Ultramontanen sich fügende Staaten zu Einem Kirchenstaate zusammenwachsen, in welchem der Papst das alleinige höchste Haupt ist, welches im Weltlichen durch die Fürsten, im Geistlichen durch die Bischöfe Alles leitet.

Diess ist das Ideal, welchem die Päpste des Mittelalters nachstrebten, und zum Theil sich näherten, und welches auch die heutigen Ultramontanen, wenn sie consequent und aufrichtig seyn wollen, als ihr letztes Ziel betrachten müssen.

Untersuchen wir nun zuvörderst, wie das Heil der Menschen durch einen solchen Kirchenstaat gewinnen würde, so kann das Resultat nicht sonderlich günstig ausfallen. Auch der gläubigste Katholik, der den Ursprung und die Institutionen seiner Kirche unbedingt als göttlich verehrt, wird weit davon entfernt seyn, auch die Regierungshandlungen der geistlichen Obern als irgendwie unfehlbar und göttlich anzuerkennen. Die Letztern gelten ihm für eben so fehlbar als die weltlichen Herrscher, und so würde also auch in seinen Augen das höchste Regiment im-

mer nur von fehlbaren Menschen auf andere fehlbare Menschen, aber von Personen, welche sich die Erforschung der Interessen des Staates, und der besten Mittel denselben zu genügen, zum Lebenszwecke gemacht haben, auf andere, denen diese Befähigung fehlt, übergegangen seyn. Noch bedenklicher aber muss es seyn, dass in einem solchen Kirchenstaate der Staat in der Kirche untergehen, und die Aufgabe des Staates von der Kirche übernommen werden soll. Denn den Häuptern der Kirche ist natürlich die Erreichung des Kirchenzwecks das höchste: und in jenem Falle liegt ihnen die Verirrung nur allzunahe, für diesen Zweck auch die Mittel, welche der Staat darbietet, auf eine solche Weise in Anspruch zu nehmen, dass dadurch die Kirche einen ganz andern ihr völlig fremden Charakter annimmt. Die Kirche ist eine Anstalt für religiös-sittliche Veredlung der Menschen, darf aber, eben weil Religiosität und Sittlichkeit nur die Blüthen einer freien Entwicklung seyn können, auf keinem andern Wege als dem der freien Einwirkung ihren Zweck verfolgen: des Staates erste Aufgabe ist es, das äussere Recht, auch durch äussere Zwangsmaassregeln, zu erhalten. Wenn nun der Kirche die Zwangsmittel des Staates zu Gebote stehen, und sie der nahe liegenden Versuchung unterliegt, dieselben für ihre Zwecke anzuwenden; so giebt sie dadurch ihren wesentlichen Charakter, den einer frei einwirkenden Anstalt, auf, nimmt den Charakter eines weltlichen Staates an, verzichtet aber damit auch zugleich auf ihren eigentlichen Zweck: denn nicht wahre Religiosität und Sittlichkeit kann sie auf jenem Wege bewirken, sondern nur ein äusserliches Wesen, welches den Schein der von der Kirche geforderten Religiosität und Sittlichkeit

annimmt. Das war erfahrungsmässig die Verirrung der katholischen Hierarchie im Mittelalter, die sich in den Ketzergesetzen und Ketzergerichten in ihrer ganzen Scheusslichkeit und Widersinnigkeit ausprägte, indem hier die Kirche durch die Zwangsmittel des Staates etwas zu bewirken suchte, was seiner Natur nach nur Product der Freiheit seyn, und als solches allein Werth haben konnte.

Freilich möchten unsere deutschen Ultramontanen sich von dieser Deduction, als von einem Kampfe gegen Windmühlen, lächelnd abwenden, da ein solcher Zustand, wie er im Mittelalter war, nicht wieder zurückkehren könne. Darauf ist aber zuerst zu erwidern, dass, wenn er nicht zurückkehrt, dies wenigstens nicht der römischen Curie zu verdanken ist; dass diese vielmehr, weit entfernt, irgend eine ihrer grässlichen mittelalterlichen Verirrungen eingestanden zu haben, noch immer dieselben Grundsätze und Bestrebungen hat, wie damals, einstweilen temporisirend und nachsehend, was sie nicht ändern kann, immerfort aber die Zeit noch erwartend, in welcher sie jene Grundsätze wieder geltend machen kann. Dann ist aber auch jenen Lächelnden zu bemerken, dass ein jeder Eingriff der Kirche in das Staatsgebiet ein Schritt zu jenem Ziele ist, und wenn auch noch so weit von demselben entfernt, doch mit Entschiedenheit zurückgewiesen werden muss, damit nicht dem ersten Schritte ein zweiter und mehrere folgen, und damit nicht die Verirrung so tief wurzele, dass ihre Bekämpfung grosse und bedenkliche Erregungen der Gemüther hervorrufe.

Ein protestantischer Staat findet nun in jenem ultramontanen Ideale eines allgemeinen Kirchenstaates gar keine Stelle: denn dieser kann nur Glieder dulden, welche sich zur allgemeinen

Kirche bekennen. Daher im Mittelalter die strengen Ketzergesetze, nach welchen auch die Fürsten, wenn sie sich von der Kirche trennten, oder derselben ungehorsam waren, ihrer Herrschaft beraubt seyn sollten *). Dass diese Grundsätze, wenn sie auch in Folge der Verhältnisse nicht mehr zur Ausübung gebracht werden können, doch von der römischen Curie keinesweges aufgegeben sind, erhellet nur zu deutlich aus der bekanntgewordenen, im J. 1805 von Rom aus dem in Wien residirenden Nuntius zugesendeten Instruction **), welche sich über die Entschädigungen welche damals auch mehreren protestantischen Fürsten durch Zutheilung geistlicher Fürstenthümer und Güter gewährt waren, also auslässt:

„Nicht nur hat sich die Kirche bemüht zu verhindern, dass die Ketzer sich nicht der Kirchengüter bemächtigen, sondern sie hat noch weiter, als Strafe gegen das Vergehen der Ketzer, die Confiscation und den Vermögensverlust derer, die sich dessen schuldig machten, festgestellt. Diese Strafe — ist verordnet, was die Güter von Privatpersonen betrifft, durch eine Bulle von Innocenz III. die in dem Cap. Vergentis X de Haereticis mitgetheilt ist: und in Rücksicht der Fürstenthümer und Lehen ist es

*) Sie finden sich in dem päpstlichen Gesetzbuche, *Decretalium Gregorii IX. lib. V. Tit. VII. C. 13.*

**) Dieses merkwürdige Actenstück ist in dem päpstlichen Archive, als dasselbe während der Gefangenschaft des Papstes nach Paris gebracht war, aufgefunden, und in dem *Essai historique sur la puissance temporelle des Papes, sur l'abus qu'ils ont fait de leur ministère spirituel et sur les guerres qu'ils ont déclarés aux Souverains* 2 Tomes 8. 4ième Edit. Paris 1818 im italienischen Originale bekannt gemacht. vgl. den Auszug in den Beiträgen zur Geschichte der katholischen Kirche im 19ten Jahrh. Heidelberg 1818. S. 57 ff.

„auch eine Regel des canonischen Rechts in dem
„Cap. Absolutos XVI de Haereticis, dass die
„Unterthanen eines offenbar ketzerischen Fürsten
„von jeder Lehnspflicht, Unterthaneneide und Ge-
„horsame gegen denselben gelöst bleiben. —
„In Wahrheit wir sind in Zeiten gerathen, die
„so unglücklich und voll so grosser Erniedrigung
„für die Braut Jesu Christi sind, dass es ihr
„nicht möglich ist, in Ausübung zu bringen, noch
„nützlich ins Gedächtniss zurückzurufen diese ihre
„heiligsten Grundsätze gerechter Strenge gegen
„die Feinde und Abtrünnigen des Glaubens. Aber
„wenn sie ihr Recht nicht ausüben kann, die An-
„hänger der Ketzerei von ihren Fürstenthümern
„abzusetzen und sie ihrer Güter für verlustig zu er-
„klären; wird sie dann jemals zugeben können, dass
„um jenen neue Fürstenthümer und Güter zuzu-
„wenden, sie selbst beraubt werde? — Welch
„ein Gegenstand des Spottes würde sie nicht den
„Ketzer selbst seyn und den Ungläubigen, wel-
„che, ihren Schmerz verhöhrend, sagen würden,
„dass man endlich die Mittel gefunden habe, sie
„tolerant zu machen!“

Wenn nun die Kirche, deren Oberhaupt fortwährend solche Grundsätze festhält, sich Eingriffe in die Rechte eines protestantischen Staates erlaubt, so ist der letztere wohl im höchsten Grade aufgefordert, diese Eingriffe zurückzuweisen: da dieselben, ungehindert fortgesetzt, am Ende seine Existenz bedrohen würden. Der protestantische Staat kämpft also in der That in einem solchen Falle für seine Existenz.

Freilich wird er dadurch den Ultramontanen noch nicht das Recht seines Widerstandes erweisen: da sie consequenter Weise dem protestantischen Staate das Recht zu existiren und seine Existenz gegen die katholische Hierarchie zu ver-

theidigen, absprechen müssen. Dies führt uns indess dahin, das Verhältniss zwischen Staat und Kirche überhaupt näher zu erwägen, um danach den Werth der ultramontanischen Ansicht zu prüfen.

Der Staat ist die Anstalt für diejenigen Interessen der Menschen, welche nicht anders als durch harmonisches von einer höhern Einheit geleitetes Zusammenwirken Aller verwirklicht werden können, und deren Leitung ohne Gewissensverletzung der Einzelnen einer höhern Einheit übertragen werden kann. Das erste und höchste Ziel des Staates ist Erhaltung des Rechtes, ohne welche ein Zusammenleben und eine gemeinsame Entwicklung irgend einer Art unter den Menschen nicht möglich ist. Ueber das was natürliches Recht und Unrecht ist, kann unter den Menschen, welche richtig denken und das Richtige wollen, gar kein Zweifel seyn; eben so wenig darüber, dass die Verhältnisse, welche durch Ausbildung einer Gesellschaft entstehen, neue positive Gesetze, die in dem natürlichen Rechte wurzeln, nöthig machen; endlich auch nicht darüber, dass ohne einen Staat die Handhabung des Rechtes unmöglich, dass also der Staat ein Bedürfniss für die Menschen ist, und die erste Bedingung für jede Art höherer Entwicklung.

Ausserdem giebt es aber noch andere Interessen, über deren Werth und Verfolgung die Meinungen zwar getheilt seyn können; welche doch aber gewiss nicht anders zu erreichen sind, als wenn alle Kräfte durch eine höhere Einheit verbunden und auf ein Ziel gerichtet werden, und in Beziehung auf welche der Einzelne ohne Verletzung des Gewissens seine Meinung einer höhern Einheit unterwerfen kann. Dazu gehören z. B. die Interessen der Gewerbe, des Handels, der Schulen. Ob der Staat auch in Beziehung auf diese Inter-

essen die höhere Einheit bilden soll, darüber mögen in der Theorie verschiedene Ansichten bestehen; in Deutschland ist er es kraft der bestehenden Ordnungen. Der Einzelne mag glauben, dass die für diese Interessen von dem Staate getroffenen Einrichtungen grosser Verbesserungen fähig seyen: zugleich muss er aber doch anerkennen, dass durch dieselben Resultate erreicht werden, welche einzelnen zersplitterten Kräften stets unerreichbar sind, und dass es nicht nur ohne Gewissensverletzung ihm möglich, sondern dass es auch Pflicht für ihn ist, sich den von dem Staate für diese Zwecke ergriffenen Maassregeln anzuschliessen.

Durch das Gesagte ist nun sowohl die Sphäre der Wirksamkeit des Staates angedeutet, als sein Recht begründet, in dieser Sphäre unbedingten Gehorsam zu fordern, und nöthigenfalls durch Zwang zu bewirken, ein Recht, welchem auf der andern Seite die Pflicht der Unterthanen zum unbedingten Gehorsam entspricht.

Der Staat kann in seinem Gebiete andere Gesellschaften sich bilden lassen, oder aufnehmen, welche die Verfolgung anderer Interessen zum Zwecke haben: aber da solche Gesellschaften erst durch die Existenz des Staates möglich geworden sind, und da das Bestehen des Staates die fortwährende Bedingung ihres Bestehens ist, so folgt von selbst, dass sie die Interessen des Staates nicht verletzen und in seine Sphäre keine Eingriffe sich erlauben dürfen. Der Vorwand einer solchen Gesellschaft, dass sie ein weit höheres Interesse als das des Staates verfolge, und zu Gunsten desselben das Staatsinteresse verletzen dürfe, ist in sich nichtig. Der Staat nämlich ist die Bedingung, ohne welche andere höhere Entwicklungen gar nicht möglich sind, und jede Ge-

sellschaft, welche Interessen sie auch habe, muss daher ihrer selbst wegen ein unbedingtes Interesse für die Unverletztheit des Staates haben. Die Interessen, welche sie verfolgt, können auch, wenn sie an sich zulässig sind, und auf zulässigem Wege verfolgt werden sollen, nie in eine solche Collision mit dem Staate, so lange sich derselbe in seiner Sphäre hält, kommen, dass es Gewissenssache werden könnte, sie gegen den Widerspruch des Staates zu vertheidigen. Denn die Anforderungen des Staates sind der Art, theils dass sie als natürliches Recht und Pflicht anerkannt werden müssen, theils ohne irgend eine Gewissensverletzung erfüllt werden können: und eine Gesellschaft also, welche sich in Opposition mit dem Staate setzt, muss entweder etwas dem Rechte und der Pflicht widersprechendes enthalten, oder fälschlicher Weise etwas für Gewissenssache erklären, was es nicht ist. Der Staat hat aber als die Grundlage aller menschlichen Entwicklung eine zu wichtige Bedeutung, als dass er solche Eingriffe, sie mögen moralische oder Verstandes-Verirrungen zum Grunde haben, dulden könnte: er muss seine Sphäre mit der ihm anvertrauten Gewalt sicher stellen.

Solche höhere Interessen, welche von besonderen Gesellschaften gemeinsam verfolgt werden, sind das wissenschaftliche und das religiöse. Der Staat ist bei denselben allerdings sehr betheilig: es muss ihm daran liegen, dass die Wissenschaft sich weiter entwickele und verbreite: noch mehr aber, dass Religion das Volk immer mehr durchdringe, da durch Religion alle sittliche Verhältnisse, und so auch die des Staates, gestärkt und befestigt werden. Diese Entwicklungen selbst liegen aber ausserhalb der Sphäre des Staates, da sie in Ueberzeugungen beruhen, welche im

Ganzen eine grosse Mannigfaltigkeit zeigen, zu denen aber doch der Einzelne sich durch sein Gewissen verpflichtet fühlt, und welche daher ihrer Natur nach frei und allem äusseren Zwange entnommen seyn müssen. Diese Entwicklungen können allerdings durch Unterstützungen des Staates sehr gefördert werden, und er wird ihnen dieselben in seinem eigenen Interesse gewähren: in den Gang derselben aber wird er nicht eingreifen dürfen, und wenn er sein eigenes Interesse versteht, auch nicht wollen.

So ergiebt sich nun in Beziehung auf die in einem Staate bestehenden Kirchen ihre hohe Bedeutung für den Staat, die Aufforderung an denselben, jene in ihrer höhern Wirksamkeit nach Kräften zu unterstützen, sie aber in ihrem Innern frei zu lassen.

Dagegen folgt eben so nothwendig, dass auch die Kirchen, so erhaben immer ihre Bestimmung ist, sofern sie äussere in einem Staate bestehende Gesellschaften sind, die Rechte des Staates eben so wie jede andere Gesellschaft achten, und sich in dieselben keine Eingriffe erlauben dürfen, vielmehr die Integrität des Staates als eine Bedingung ihres eigenen Bestehens betrachten müssen.

Wollten die Kirchen Eingriffe in die Rechte des Staates durch Berufung auf ihren göttlichen Ursprung, durch welchen sie über menschliche Ordnungen erhaben seyen, rechtfertigen; so würde der Staat — abgesehen davon, dass er doch nicht ohne innern Widerspruch allen von ihm beschützten Kirchen denselben göttlichen Ursprung zugestehen kann — ihnen zu erwidern haben:

1. Dass er das Urtheil über ihren göttlichen Ursprung lediglich der freien Ueberzeugung seiner Unterthanen überlassen müsse, und dass er nicht irgend ein kirchliches Dogma, über welches

die Meinungen seiner Unterthanen getheilt seyen, in seine Maximen aufnehmen könne, sondern nur die freie Ueberzeugung seiner Unterthanen von demselben, sofern dieselbe nicht gegen fremde Rechte verstosse, zu schützen habe, und zwar sowohl die beistimmende als die abweichende Ueberzeugung;

2. dass aber dagegen die christlichen Kirchen der Lehre ihres Stifters gemäss den Staat als göttlich geordnete Anstalt anzuerkennen gehalten seyen, und sich deshalb in die Rechte desselben keinen Eingriff erlauben dürften;

3. dass, wenn man auch die Frage über den göttlichen Ursprung der Kirchen dahin gestellt seyn lassen wolle, doch so viel einleuchte, dass die Kirche jetzt nicht nach ihrer für göttlich zu haltenden Grundlage mit dem Staate in Collision komme, sondern nur durch spätere Entwicklungen, und insbesondere durch neue Ordnungen und Handlungen ihrer Diener, für welche doch eine göttliche unfehlbare Autorität nicht in Anspruch genommen werden könne.

Man wende hier nicht ein, dass in diesen Antworten sich ein Indifferentismus ausspreche, welcher dem christlichen Staate nicht gebühre. Der christliche Staat soll allerdings nicht christlich indifferent seyn: er soll die allgemein von der Christenheit anerkannten religiösen und sittlichen Grundsätze in seine Maximen aufnehmen. Wohl aber muss er, wenn er mehrere Kirchen in sich aufgenommen hat, kirchlich indifferent seyn: er soll den Grundsätzen einer Kirche nicht einen Vorzug vor denen der andern Kirchen geben, weil er sonst partheiisch seyn würde, anstatt — wie er verpflichtet ist — die religiösen Ueberzeugungen aller seiner Unterthanen gleichmässig zu schützen.

Wenn also der Staat den von ihm zugelassenen Kirchen überhaupt solche Ansprüche nicht zugeben darf; so darf er noch weniger einer Einzelnen dieselben gestatten. Es würde unglaublich seyn, dass noch jetzt für eine einzelne Kirche solche Auszeichnung angesprochen würde, wenn nicht in jener Schrift des jetzigen Erzbischofes von Cöln, und so auch in vielen Vertheidigungsschriften, welche neuerdings für denselben erschienen sind, jene Ansprüche der katholischen Kirche auf göttliche Stiftung zum Grunde gelegt wären, und es zur Religionsfreiheit dieser Kirche gerechnet wäre, dass der Staat solche Ansprüche anerkenne. Dagegen leuchtet doch ein,

1. dass der Staat, welcher mehrere Kirchen in seinen Schutz genommen hat, die Eine vor der Andern nicht bevorzugen darf. Seine Pflichten gegen die Kirchen kann er nicht höher oder niedriger stellen, indem er der Einen eine höhere, der Andern eine mindere Würde beilegt: er ist den religiösen Ueberzeugungen aller seiner Unterthanen gleiche Achtung schuldig.

2. Er kann auf jene Anforderung mit Recht erwidern, dass, je lebendiger sich die katholische Kirche ihrer göttlichen Stiftung bewusst sey, desto lebendiger sie auch der Weisung ihres Stifters gemäss den Staat als göttlich geordnete Anstalt anerkennen müsse; und dass sie desto weniger durch äussere Bevorrechteungen ihre Sicherheit und ihre Blüthe zu bewirken suchen werde, je fester sie ihren Bestand durch einen höhern Willen verbürgt glaube.

Nachdem diese allgemeinen Bemerkungen vorausgeschickt sind, werden sich die Forderungen des Freiherrn von Droste leicht beurtheilen lassen. Wenn er nämlich

I. eine ganz unbedingte Freiheit der katho-

lischen Kirche verlangt, so würde diese Forderung ganz natürlich seyn, wenn er nur Gewissens-, Lehr- und Cultusfreiheit, d. h. alles was wesentlich zur Freiheit einer Kirche gehört, wollte: er will aber vielmehr Freiheit der kirchlichen Obern, ohne Rücksicht auf den Staat in der Kirche zu verfügen und zu verordnen. Gegen diese Forderung muss sich nothwendig der Staat durch die Einschränkung verwahren, dass diese neuen Verfügungen und Verordnungen nicht gegen sein Interesse verstossen, nicht Eingriffe in sein Gebiet enthalten dürfen.

Der Freiherr von Droste hat es gar nicht einmal für nöthig gehalten, den Staat wegen einer solchen Besorgniss zu beruhigen. Wir wollen indess ihm die Meinung zutrauen, dass durch solche kirchliche Handlungen das Staatsinteresse nicht gefährdet werden könnte: denn glaubte er dies nicht, so müsste er verlangen, dass der Staat sein Interesse ruhig verletzen lassen sollte, und dies wäre in der That eine zu naive Forderung.

Wenn er aber jene Ueberzeugung hegt, so ist es gar nicht abzusehen, weshalb er mit solcher Entschiedenheit das Jahrhunderte hindurch in allen katholischen Staaten bestandene Gesetz angreift, wonach alle kirchliche Verordnungen nur dann geltend gemacht werden dürfen, wenn sie mit dem Placet des Staates versehen sind. Denn wird das Staatsinteresse durch sie nicht verletzt, so wird auch der Staat keinen Grund haben, sein Placet zu verweigern: Heimlichkeiten, die nicht gern einem dritten mitgetheilt würden, enthalten aber jene Verordnungen nicht. Der Staat kann und darf auf jenes Recht nicht verzichten, selbst wenn er durchaus ohne alles Misstrauen gegen die Absichten der katholischen Kirchenobern ist. Denn die Verordnungen derselben können, da sich

Staat und Kirche im Leben so eng berühren, das Staatsgebiet, ohne dass es beabsichtigt wäre, verletzen: und oft wird es nur geringer unwesentlicher Modificationen bedürfen, um den Anstoss des Staates zu beseitigen. Eben deshalb aber muss der Staat jene Verordnungen, ehe sie in Wirksamkeit getreten sind, einsehen, weil eine Aenderung oder Beseitigung derselben nach ihrer Publication unendlich schwieriger ist als vorher.

II. Ganz dasselbe lässt sich auf die zweite Forderung des Herrn v. Droste erwidern, dass der Verkehr der Katholiken mit dem Papste durchaus ohne alle Beaufsichtigung des Staates stattfinden solle. Wenn in diesem Verkehre das Staatsinteresse nicht verletzt wird, so wird der Staat denselben gewiss nicht hemmen. Geheimnisse, weshalb man der weltlichen Obrigkeit denselben zu entziehen wünschen müsste, kann er nicht enthalten. Selbst die Dispensations- und Absolutions-Gesuche, welche nach Rom gehen, bedürfen des Geheimnisses nicht, da in denselben die Namen der Supplicanten stets fingirt sind, und nur nach der Beschaffenheit der Fälle entweder der Pfarrer allein, oder auch der Bischof um die wahren Namen weiss. Wenn die Bischöfe übrigens ihre Verhältnisse richtig überschauen, so können sie selbst den ungehinderten Verkehr mit Rom nicht wollen, da die Intriguen gegen sie durch denselben nur erleichtert werden würden.

In der That können beide Forderungen von einem deutschen katholischen Prälaten nicht ohne einige Schaamröthe erhoben werden. Hätte die katholische Kirche stets die Integrität des Staates respectirt, so liessen sich jene Forderungen durch die Erfahrung unterstützen, dass der Staat von jener Kirche nichts zu besorgen habe, ungeachtet deshalb doch unabsichtliche Verletzungen im-

mer noch möglich blieben. Da aber diese Kirche Grundsätze aufgestellt, im Mittelalter geltend gemacht, nie widerrufen, vielmehr in ihr Gesetzbuch aufgenommen hat, durch welche die tiefsten Eingriffe in die Rechte der Staaten systematisch begründet sind, einem nichtkatholischen Staate aber sogar das Recht der Existenz abgesprochen wird; so gehört wirklich eine Stirn dazu, für diese Kirche alle Staatscontrolle zu verbitten. Der katholische Prälat, welcher sich keiner bösen Absichten gegen den Staat bewusst ist, muss unter jenen Verhältnissen gerade wünschen, dass seine ganze kirchliche Thätigkeit dem Staate offen vorliege, damit aller Verdacht, als theile er jene verderblichen Grundsätze, verschwinde.

Was die Forderungen des Freiherrn v. Droste Nr. III und IV in Beziehung auf kirchliche Personen und Sachen betrifft, so dürfen dieselben für Preussen nach Ausführung des Concordats als erledigt betrachtet werden. Es drängt sich bei denselben nur die Bemerkung auf, dass die goldenen Zeiten der Kirche diejenigen waren, wo dieselbe noch von den Sachen nichts besass, welche der Freiherr v. Droste als zur Kirchenfreiheit nothwendig betrachtet.

V. Die letzte Forderung des Freiherrn von Droste bezieht sich auf die Beaufsichtigung der Unterrichtsanstalten durch die geistliche Obrigkeit. Er räumt zwar der weltlichen Obrigkeit bei den Volksschulen und Gymnasien eine Mitwirkung ein, will aber der geistlichen Obrigkeit einen vorzüglichen Antheil, und in Beziehung auf Religionslehrer bei den Gymnasien, und auf alle geistliche Bildungsanstalten die ausschliessliche Aufsicht vorbehalten wissen.

Die Beaufsichtigung des gesammten Religionsunterrichts in allen Schulen, so weit es die Er-

haltung der reinen Lehre und der Sitten betrifft, ist der geistlichen Behörde nie versagt worden: diese Aufsicht ist aber nicht mit dem Rechte eines unmittelbaren Eingreifens verbunden, weil alle Einheit des Unterrichtswesens nothwendig zerstört würde, wenn zwei von einander unabhängige Behörden mit gleicher Berechtigung in demselben verfügen könnten. Vielmehr muss die geistliche Behörde ihre Wünsche und Beschwerden der weltlichen Schulbehörde mittheilen, und von dieser die Erledigung erwarten. Wenn diese letztere in Sachen, wo es sich um Glauben und Sitten handelt, versagt worden wäre, so würde zur Klage Grund gegeben seyn. Das ist aber nicht die Beschwerde des Freih. v. Droste, sondern er findet Anstoss an der bestehenden Ordnung, wonach geistlicher Seits nicht einseitig und unmittelbar eingegriffen, und Einsetzung und Absetzung der Religionslehrer bei Gymnasien und sämtlicher Lehrer der Theologie ohne weiteres verfügt werden kann.

Dagegen ist aber doch mit Recht zu erinnern, dass das ganze öffentliche Unterrichtswesen eines Volkes, wenn es gedeihen soll, der Einheit bedarf, der Einheit im Plane, und der Einheit in der Leitung und Aufsicht; und dass es eben deshalb nicht zwischen zwei von einander ganz unabhängigen Behörden getheilt seyn darf. Was würde nur aus einem einzelnen Gymnasio werden, wo der Religionslehrer von dem Director ganz unabhängig, nur der geistlichen Obrigkeit zu gehorchen hätte, wo alle andern Lehrer bald von der weltlichen, bald von der geistlichen Seite, ohne dass die eine von der andern Kenntniss zu nehmen gehalten wäre, Weisungen zu empfangen hätten?

Nicht minder muss aber auch das ganze Unterrichtswesen eines Volkes unter einer höchsten

Leitung stehen, wenn es harmonisch und erspriesslich seyn soll: es kann nicht heilsam seyn, weder dass die verschiedenen Confessionen jede ihr eigenthümliches Unterrichtswesen haben, noch dass in jeder Confession die Geistlichkeit eine von der übrigen Bildung ganz abgeschlossene und getrennte Vorbereitung empfangen. Denn in dem ersten Falle würden die verschiedenen kirchlichen Confessionen nicht blos durch ihren religiösen Glauben, sondern durch ihre ganze Bildung mehr und mehr sich von einander trennen zum Schaden der Nationaleinheit; in dem zweiten Falle würden sich von dem übrigen Volke bald mehrere durch eigenthümliche Geistesbildung ganz verschiedene Priesterkasten absondern.

Der Staat hat aber ein grosses Interesse, dass die trennenden Principe im Volke nicht vermehrt und gestärkt werden, sondern dass dem unvermeidlich trennenden kirchlichen Principe ein versöhnendes in der allgemeinen Volksbildung zur Seite stehe. Nicht minder hat er ein grosses Interesse, dass es den Geistlichen der verschiedenen Confessionen nicht an der unter den gebildeten Classen vorhandenen höhern Bildung fehle, damit sie theils durch dieselbe vor beschränktem Fanatismus gesichert seyen, theils auf alle Classen der Gesellschaft den religiös-sittlichen Einfluss ausüben können, der für das Interesse des Staates so wichtig ist.

Offenbar ist der Staat allein geeignet eine so allgemeine harmonisch geordnete Volksbildung zu gründen und zu leiten. Dass es die verschiedenen Kirchen nicht können, liegt in der Natur der Sache: dass sie aber auch keine Ursache haben, diese Wirksamkeit dem Staate zu missgönnen, sofern nur ihren geistlichen Behörden der Antheil an der Beaufsichtigung der Schu-

len eingeräumt ist, der zur Erhaltung der Kirchenlehre und guten Sitte nothwendig ist, ist eben so klar. Ob sie diese Aufsicht durch unmittelbare Verfügungen oder mittelbar durch Einwirkung auf die Staatsbehörden ausüben: das ist blos Sache der Form, über welche am wenigsten eine geistliche Behörde, welcher eiteler Stolz und Anmasslichkeit am schlechtesten stehen, Klage führen sollte. Ausserdem können die Kirchen es nicht übersehen, dass der Staat bei dem Unterrichtswesen doch nie entbehrt werden kann, dass durch ihn die äussern Mittel herbeigeschafft, und unverständiger Widerstand Einzelner beseitigt werden muss: und es ist wahrlich unter den entwickelten Verhältnissen der Anmassungen grösste, wenn eine Kirche verlangt, dass der Staat ihr wenn auch nur einen Theil des Unterrichtswesens ganz und unbedingt überlassen, und jenen äussern Beistand ihr als blosses Werkzeug leisten solle.

Soll endlich die Erfahrung noch über diesen Gegenstand zu Rathe gezogen werden, so spricht diese ganz gegen die Forderung des Freih. v. Droste, dass die theologischen Bildungsanstalten allein der Leitung der kirchlichen Behörden überlassen würden. Was für Resultate hat die Seminarbildung in den katholischen Kirchen überall, wo sie bestand, gegeben? Man frage in Frankreich, in Belgien, in Oesterreich vor Joseph II. nach, und man wird finden, dass aus den Seminarien vorzugsweise ein unwissender und fanatischer Clerus hervorgegangen ist, der eben seines Mangels an Bildung wegen auf die höhern Classen der Gesellschaft nur einen sehr geringen, auf die niedern oft einen verderblichen Einfluss ausübte. Und man frage jetzt in den katholischen Ländern, wo Universitätsbildung des

Clerus gesetzlich oder gewöhnlich geworden ist, nach den Resultaten. Ist in Folge davon der Clerus wankend in der Lehre, und minder eifrig für die Kirche geworden? Der Ultramontanismus möchte freilich auf den meisten Universitäten nicht begünstigt worden seyn: aber eifrige Pfarrer haben dieselben in Menge geliefert, die durch höhere Bildung befähigt der Kirche ganz andere Dienste leisten können, als die aus klösterlicher Seminarzucht hervorgegangenen. Was die letztere gewirkt hat, wie sie eine slavische und gemeine Gesinnung gefördert, die unnatürlichsten geheimen Sünden veranlasst und sich nur darauf beschränkt hat, geistliche Handwerker abzurichten, alle höhere geistige Entwicklung aber und alles selbstständige Denken mehr unterdrückt als gefördert hat; das mag man aus den Erzählungen derer lernen, welche in reiferem Alter sich noch seufzend ihrer Seminarjahre erinnern.

Und wenn jetzt Bayern das Musterland der deutschen Ultramontanen geworden zu seyn scheint: sind denn dort alle theologische Lehranstalten so unbedingt den Bischöfen hingegeben? Steht die theologische Facultät in München unter der Regierung, oder unter dem dortigen Erzbischofe? und hat der letztere auf dieselbe eine andere Art von Einwirkung, als die ist, welche der Freiherr von Droste als durchaus ungenügend bezeichnet?

IV.

Über die Wahl des Freiherrn Clemens August von Droste-Vischering zum Erzbischofe von Cöln.

Wer gleich nach Spiegels Tode unter Männern, welche es mit dem Staate und der Kirche wohl meinten, Personen und Verhältnisse kannten, und das Bedürfniss der erledigten Erzdiöcese zu beurtheilen wussten, geäußert hätte, dass die Stelle des ausgezeichneten Todten der Freiherr Clemens August von Droste einnehmen werde, welcher damals als Bischof von Calama zu allseitiger Zufriedenheit in partibus infidelium ruhig untergebracht war: so würde gewiss die kecke Aeusserung mit bedenklichem Kopfschütteln aufgenommen worden seyn. Man würde erwidert haben, dass das wählende Domkapitel, dem Geiste und der Richtung des verstorbenen Erzbischofs treu, unmöglich einen Mann wählen könne, der in persönlichen Beziehungen wie in kirchlichen Grundsätzen ein entschiedener Gegner seines Vorgängers, allem Ansehn nach sogleich sich beeilen werde, den von jenem eben begonnenen Bau der kirchlichen Ordnungen zu zertrümmern, und die noch zarten Saaten desselben zu zertreten. Wenn aber auch jenes Capitel sich selbst so untreu werden könne,

um jenen Mann zu wählen, so könne und werde doch die Regierung, welche so bedeutende Erfahrungen über ihn gemacht habe, diese Wahl nie genehmigen.

Und dennoch geschah noch Unglaublicheres. Der Bischof von Calama wurde zum Erzbischofe von Cöln gewählt: aber nicht aus eigener Bewegung des Capitels, sondern die Regierung hatte demselben erst diesen Mann empfohlen, und allein diese Wahl veranlasst.

Je auffallender diese jetzt ganz klar zu Tage liegende Thatsache ist, desto mehr fühlt sich ein ruhiger Beobachter aufgefordert, bei seinem Urtheile nicht zu vergessen, dass es sich über eine Maasregel einer der weisesten Regierungen handle, dass hier Beweggründe entschieden haben können, welche der nicht Eingeweihte nicht einmal ahndet, und dass Bürgschaften gegeben worden seyn können, welche auch jetzt sich nicht vollständig mittheilen lassen.

Denn das darf man wohl als gewiss voraussetzen, dass die Regierung die mit unsäglichem Mühe hergestellte kirchliche Ordnung, die kaum aufgeblüheten Bildungsanstalten, das sichtlich zunehmende Vertrauen der katholischen Rheinländer zu ihrer protestantischen Regierung nicht einem Fanatiker preiszugeben beabsichtigte; und dass sie also von dem Erzbischofe von Droste ein wesentlich anderes Benehmen erwartete, als sie früher bei dem Generalvicarius v. Droste im höchsten Grade zu missbilligen genöthigt gewesen war. Da über diesen Gegenstand auch officiële Aeusserungen bekannt geworden sind, so ist bei der Wichtigkeit desselben es wohl der Mühe werth, zu prüfen, ob in denselben das Geheimniss vollständig aufgeschlossen werde.

Zuerst gehört hierher das Schreiben des Herrn

Ministers v. Altenstein an den Domherrn Schmüling in Münster v. 28ten Aug. 1855 *), aus welchem zugleich erhellet, dass die Regierung sogleich nach dem Tode des Erzbischofs v. Spiegel auf den Freiherrn v. Droste ihr Augenmerk richtete.

In diesem Schreiben gedenkt der Herr Minister zwar der früheren Irrungen und Zwiste des Candidaten mit unterschiedlichen Behörden des Staats, will indess auf dieselben ein wesentliches Gewicht nicht legen, und ergiebt sich gern der Meinung, „dass ein Mann, der die Religion „der Selbstverläugnung und der sich aufopfern- „den Liebe in seinem Berufe als Geistlicher so „einfach, so beharrlich und treu ausgeübt hat, „als solches von dem Bischofe von Calama seit „dessen Rückzuge von den Geschäften nach glaub- „würdigen Berichten gerühmt wird, den Versu- „chungen der Streitlust nicht unterliegen werde“.

Damit übereinstimmend heisst es in der officiellen Darlegung (S. 17), nachdem die Wichtigkeit des erledigten Stuhles angedeutet worden:

„Der Weihbischof von Münster schien dazu „in mancher Hinsicht vorzugsweise geeignet. „Seine Bemühungen für die Förderung der from- „men Anstalten der barmherzigen Schwestern, und „seine persönliche Frömmigkeit mussten ihn em- „pfehlungswerth für das erste katholische Bisthum „der westlichen Monarchie in den Augen einer „Regierung erscheinen lassen, welche furchtlos „und klar die Förderung christlichen Glaubens „und Lebens bei ihren Unterthanen, ohne Unter- „schied des Bekenntnisses, für ihr schönstes Vor- „recht, für ihre heiligste Pflicht achtet. Wohl „entging es ihr nicht, dass dieser Prälat früher „Beweise von Eigensinn und von priesterlicher

*) Darlegung des Verfahrens der preuss. Regierung gegen den Erzb. v. Cöln. Beilagen S. 17.

„Anmassung gegeben, und den Staatsbehörden
„dadurch viele Mühe und Arbeit verursacht hatte.
„Jenes Verfahren hatte ihm aber selbst bei sei-
„nen eigenen Glaubensgenossen geschadet, deren
„viele und achtbare ihn deshalb für einen zur
„Behandlung der Menschen und Führung der Ge-
„schäfte wenig brauchbaren Mann, mehrere ge-
„radezu für einen Fanatiker hielten und erklärten.
„Dagegen stellte sich die gegründete Annahme,
„es lasse ein gereiftes Alter, praktische Frömmig-
„keit und Uebung christlicher Liebe hoffen, dass
„er sich jetzt im Amte weniger starr und befan-
„gen benehmen werde. Allerdings würde eine
„nur auf die Leichtigkeit der Verwaltung bedachte,
„und nach der Popularität des Augenblicks stre-
„bende Regierung bei solchen Umständen, die
„klar erkannt und ins Auge gefasst wurden, kei-
„nen Augenblick angestanden haben, jenen Ge-
„danken fahren zu lassen. Die Preussische Re-
„gierung dachte anders. Sie war sich bewusst,
„nichts Unbilliges von dem neuen Erzbischofe
„zu verlangen, keine Aufopferung eigener Ueber-
„zeugung, keine Einengung seiner gesetzlich an-
„erkannten geistlichen Wirksamkeit. Warum
„sollte also selbst dem strengsten Katholiken
„nicht der erzbischöfliche Stuhl eingeräumt wer-
„den, wenn seine Frömmigkeit und geistliche Er-
„fahrung ihn dazu vorzugsweise zu bestimmen
„schien? Sollte die Regierung etwa annehmen,
„dass eine entschiedene, ja ascetische Frömmig-
„keit ihr weniger Garantie biete, als eine minder
„kirchlich erscheinende Richtung, ein weniger
„strenger Sinn und Charakter?“

Es leuchtet bald ein, dass eine vollständige
Darlegung der Gründe, welche die Regierung der
Wahl des Freih. v. Droste geneigt gemacht haben,
hier eben so wenig zu finden ist, als man das

Recht hat, sie von der Regierung zu erwarten. Denn es ist nicht glaublich, dass die eigenthümliche Frömmigkeit des Freiherrn auf eine protestantische Regierung einen so entscheidenden Eindruck gemacht haben sollte, nachdem sie derselben schon früher mit ihren Grundlagen und Richtungen hinlänglich bekannt geworden war.

Es giebt bekanntlich mehrere Arten von Frömmigkeit. Jene Hingebung des Menschen an Gott, welche das Wesen der Frömmigkeit bildet, wird ihrer Art und Weise nach durch die Gestalt der Gottesidee mannichfach bestimmt: eben daher rührt der grosse Unterschied zwischen heidnischer, jüdischer, muhammedanischer und christlicher Frömmigkeit. Aber auch innerhalb des Christenthums hat die Frömmigkeit, jenachdem die christliche Gottesidee in ihrer Reinheit festgehalten, oder getrübt und verunstaltet wurde, sich in sehr verschiedenen Gestalten gezeigt. Wo kirchliche Rechtgläubigkeit als das allein Gott Wohlgefällige aufgefasst, und die äussere Ehre der Kirche als eins mit der Ehre Gottes gedacht wurde; da errichtete die Frömmigkeit Scheiterhaufen für Andersdenkende, erregte Religionskriege, lösete heilige Eide und predigte Hass und Verfolgung. Und eben diese Frömmigkeit zeigte sich im härenen Gewande mit allen äussern Zeichen der Demuth, und eifrig in Liebeswerken, zu denen sie freilich auch jenes Verfahren gegen die Ketzer rechnete, weil sie nur die Körper zu verderben meinte, um die Seelen zu retten. Zu solchen Liebeswerken hatte nun freilich die Frömmigkeit des Freiherrn v. Droste keine Gelegenheit gehabt: indess hatte sie sich doch in glühendem Zorneseifer gegen Ketzerei und in hochmüthiger Verachtung aller weltlichen Ordnungen und Verhältnisse genugsam charakterisirt.

Solche mönchische Frömmigkeit kann unmöglich für eine protestantische Regierung etwas besonders Anziehendes haben: jedes Blatt der Kirchengeschichte zeigt, wie gerade sie den Staaten stets am gefährlichsten gewesen ist.

Die preussische Regierung kann um so weniger durch die Rücksicht auf die eigenthümliche Frömmigkeit des Freih. v. Droste zu dessen Empfehlung entschieden worden seyn, da offenbar dem wählenden Domcapitel die Beurtheilung der geistlichen Befähigung, der Regierung aber nur die der politischen Zulässigkeit zukam. Abgesehen davon, dass eine protestantische Regierung eben so wenig geeignet war, als sich gedrungen fühlen konnte, jene Aufgabe des Domcapitels zu übernehmen; so war auch durchaus kein Grund da, diesem achtungswerthen Collegio die ihm gebührende Beurtheilung zu entziehen, oder irgendwie in dieselbe einzugreifen. Wenn das Domcapitel ohne fremden Einfluss gewählt hätte, so würde es gewiss einen nicht minder frommen Mann, aber einen für das Amt geeigneteren, zum Erzbischofe erhoben haben. Höchst ehrenwerth ist es, wenn eine Regierung auf Frömmigkeit hohen Werth legt, und die mannichfaltigen Arten der Erscheinung derselben achtet: aber sie ist es sich selbst schuldig, von jeder Frömmigkeit zu fordern, dass sie für die ganze Moral, und so auch für die Pflichten gegen die Obrigkeit, eine feste Stütze gewähre.

Es ist Pflicht gegen die preussische Regierung sich diese Gedanken zu vergegenwärtigen, damit man ihr nicht die Gesinnungen einer politisch kirchlichen Repristinationsparthei unterschiebe, welche jetzt allerdings mächtig und einflussreich zu seyn scheint, aber doch gewiss auf die Handlungen einer so weisen Regierung nie Einfluss er-

langen wird. Diese Parthei will alles Heil davon erwartet wissen, dass in allen Kirchen der alte Zustand wieder hergestellt und festgehalten werde, erfreuet sich daher an allen mittelalterlichen Erscheinungen, welche hin und wieder in der katholischen Kirche wieder auftauchen, eben so sehr als an der symbolischen Rechtgläubigkeit in der protestantischen Kirche, und weiss alles dieses durch eine phantastisch-mystische Betrachtungsweise, die stets von Klarheit redet, ohne sich selbst je klar zu werden, mit einer neuesten Staatsweisheit in ganz vortreffliche Verbindung zu bringen. Sie ist selbst weder besonders fromm noch besonders gläubig: denn sonst würde sie sich nicht eines jeden alten Kirchenglaubens mit gleichem Eifer annehmen können: sie liebäugelt vielmehr nur mit Gläubigkeit und Frömmigkeit, theils aus einem schlecht verstandenen politischen, theils aus einem romantisch-ästhetischen Interesse. Man würde sie daher am passendsten als pietistische Parthei bezeichnen, wenn nicht diese Bezeichnung schon historisch fixirt wäre: von den ehrwürdigen alten Pietisten, denen die Frömmigkeit Herzensangelegenheit war, die alle weltliche Rücksichten ausschloss, sind diese modernen Pietisten himmelweit verschieden.

Dieser Parthei war denn allerdings auch der selige Erzbischof v. Spiegel nicht streng kirchlich genug, obwohl dieser wackere Mann mehr wahre Frömmigkeit besass, als sie, zugleich aber besser wusste, was er wollte und sollte. Ihr mag denn auch der Freiherr v. Droste auf dem erzbischöflichen Stuhle von Cöln anfangs eine willkommene Erscheinung gewesen seyn: so sehr dieser mittelalterliche Revenant auch nachher ihre Phantasieen durchkreuzt, und sie in Verlegenheit gebracht haben mag.

Eine weise Regierung, wie die preussische, ist über solch thörichtes Partheiwesen hoch erhaben. Ihr wird allerdings Frömmigkeit etwas sehr wichtiges und bedeutendes seyn: aber sie weiss, dass dieselbe nur dann Werth hat und auf das Leben wohlthätig einwirken kann, wenn sie in der innersten freiesten Ueberzeugung wurzelt, und dass sie nur dann von ihren Kirchen die Beförderung einer solchen Frömmigkeit erwarten kann, wenn sie denselben eine freie Entwicklung gestattet. Diese freie Entwicklung, durch welche Gläubigkeit und Frömmigkeit in Harmonie mit der allgemeinen Bildung erhalten wird, ist die Lebensbedingung für alle gesunde Entwicklung der Kirchen. Eine jede Begünstigung irgend einer Art von Gläubigkeit und Frömmigkeit durch den Staat bringt äussere und fremdartige Motive in die Wirksamkeit der Kirchen, durch welche ein blos äusserliches Wesen der Heuchelei oder Schwäche gegründet, und die naturgemässe kirchliche Entwicklung gestört und auf Irrwege geleitet wird.

Wie traurig solche Einmischungen des Staats in der protestantischen Kirche wirken, lehren leider neueste Erfahrungen. In den Hauptstädten weiss man sich die von oben herab begünstigte Art von Frömmigkeit gleich einer neuen Mode leicht anzueignen, auch mit der Welt und ihren Ansprüchen in leidliche Harmonie zu bringen, bis die hohe Protection, und damit auch die angenommene Gläubigkeit und die angekünstelte Frömmigkeit ein Ende nimmt: mit Ekel wendet sich der wahrhaft Fromme von dieser Carricatur des Heiligsten ab. Wo man es aber noch mit der Sache der Frömmigkeit ernster meint, da weckt entweder die verdächtige Begünstigung des Staates Opposition, oder verleitet die Eingehenden, um die officielle Frömmigkeit mit der anderweitigen

Bildung in einen Quasizusammenhang zu bringen, zu mannichfaltigen mystischen Theorien, die am Ende nur zu Spaltungen, Partheien und Secten führen können.

Auch in der katholischen Kirche bestehen innerhalb der Gränzen der kirchlichen Rechtgläubigkeit mehrere Richtungen der Gläubigkeit und Frömmigkeit: und auch hier wäre es höchst unweise vom Staate, wenn er dieselben nicht ihrer natürlichen Entwicklung überliesse, sondern die eine vor der andern begünstigen wollte. Es würde sich dies am deutlichsten in dem vorliegenden Falle zeigen, wenn wir annehmen könnten, dass der Staat wirklich durch die eigenthümliche Art von Frömmigkeit des Freiherrn von Droste zu dessen Empfehlung sich habe bestimmen lassen. Denn alsdann würde derselbe gegen die bis dahin in dem kölnischen Domcapitel und dem übrigen Clerus herrschende Gläubigkeit und Frömmigkeit, so ehrenwerth dieselbe auch war, indirect seine Missbilligung ausgesprochen, und im Gegensatze zu derselben ultramontane Gläubigkeit und mönchische Frömmigkeit für die ihm vorzugsweise gefällige erklärt, und mit dem ganzen Gewichte seines Ansehens empfohlen haben. Er würde alsdann absichtlich in die höchste geistliche Stelle des westlichen Preussens ein ganz fremdes Princip gebracht, und dadurch theils einen grossen Theil der gebildeten rheinischen Katholiken missvergnügt gemacht, theils den Clerus zu der ihm selbst gefährlichsten Richtung hingewiesen haben.

So gewiss also die preussische Regierung nicht absichtlich das zerstört haben wollte, dessen Bau erst begonnen war; so gewiss kann sie nicht durch die Rücksicht auf die eigenthümliche Gläubigkeit und Frömmigkeit des Freih. v. Droste zu dessen Wahl bestimmt worden seyn.

Hin und wieder hat man wohl, um dieselbe zu erklären, auf den alten Adel des Freiherrn hingedeutet, und die Absicht vermuthet, den etwas spröden katholischen Adel Westphalens durch diese Erhebung mit der Regierung zu befreunden. Allerdings scheint sich von einer Seite her für eine solche Berücksichtigung des Adels bei Besetzung der katholischen bischöflichen Sitze manches sagen zu lassen. Ein katholischer Bischof nimmt eine so hervorragende Stellung und eine so bedeutende Wirksamkeit ein, dass es für ihn allerdings wünschenswerth ist, sich schon früher in grösseren Lebensverhältnissen bewegt zu haben. Dagegen stammen die meisten bürgerlichen katholischen Geistlichen aus niedern Ständen, und könnten das Vorurtheil gegen sich haben, dass sie sich nicht leicht und glücklich in eine so bedeutende Stellung finden würden. Indess bei näherer Betrachtung verschwindet doch dieses Bedenken. Viele nichtadelige Geistliche haben jetzt als Generalvicarien und Consistorialräthe Gelegenheit genug, sich für einen bischöflichen Wirkungskreis auszubilden: an theologischer Bildung stehen sie in der Regel über den adligen Bisthums-candidaten, und in Lebenserfahrung und Lebensgewandtheit haben sie später reichlich nachgeholt, was ihnen bei ihrer Jugendbildung versagt wurde. Sollte vielleicht bei der Besetzung so wichtiger Aemter auf die alte Lehnstreue, welche den Adel auszeichne, Gewicht gelegt werden; so wird diese Rücksicht verschwinden, wenn man bedenkt, dass die Bischöfe dem Papste noch immer einen Eid, welcher der Form nach ein völliger Lehnseid ist, leisten müssen, und dass gerade bigotte Adelige am leichtesten in Gefahr kommen, die ihnen geläufigen Lehnverhältnisse auf ihre Beziehungen zum Papste zu übertragen, wodurch nothwendig

ihrem Unterthansverhältnisse Abbruch geschehen muss. Doch wozu bedarf es weiterer Beweise, um darzuthun, dass auch Nichtadlige zu bischöflichen Stühlen sich vollkommen eignen, als die Hinweisung auf Oesterreich und Süddeutschland, wo so viele nichtadlige Bischöfe ihren kirchlichen Wirkungskreis eben so ehrenwerth ausfüllen, als ihren Pflichten gegen den Staat genügen. Einen missgelaunten Adel wird aber eine weise Regierung durch solche Begünstigungen nicht gewinnen wollen, da sie dadurch nur ihn zu neuen Ansprüchen ermuntern würde: der sicherste Weg, ihn zur Besinnung zu bringen, ist der, ihn sich selbst zu überlassen.

Alles dies führt uns zu dem Resultate, dass wir die Motive, welche die preussische Regierung bewogen haben, den Freiherrn v. Droste dem kölnischen Domcapitel zu empfehlen, in völlig unbekannten Verhältnissen suchen, und eben deshalb darauf verzichten müssen, sie zu erkennen *). Dasselbe Resultat ergiebt sich bei der Frage, welche Bürgschaften die Regierung dafür hatte, dass sie hoffen durfte, der Freiherr v. Droste werde als Erzbischof nicht sogleich auf die alte Bahn zurücklenken, auf welcher er als Generalvicarius ihr früher so viele Noth gemacht hatte. Wir haben oben gesehen, dass derselbe auf die keckeste Weise Anmassungen nicht nur ausgesprochen, sondern auch nach Möglichkeit ausgeübt hatte, welche in die Rechte des Staates tief eingriffen, dass er namentlich schon damals gegen die von dem Staate in Bonn

*) Die Aufschlüsse, welche in der Schrift: Die kathol. Kirche in der preuss. Rheinprovinz u. der Erzb. Clemens August v. Köln. Frankf. a. M. 1858, S. 58 gegeben werden, rühren offenbar von einem mit den Vorgängen genau bekannten Manne her, lassen es aber auch unbegreiflich, wie die preuss. Regierung auf diese Wahl fallen konnte.

gegründete theologische Lehranstalt feindselig aufgetreten war, und gegen dieselbe auf völlig eigenmächtige und den bestehenden Gesetzen widersprechende Weise eine Verordnung erlassen hatte. Wir müssen voraussetzen, dass die Regierung irgendwie die Gewissheit zu besitzen geglaubt habe, dass er alle seine früheren ultramontanen Grundsätze aufgegeben habe: indess worin diese Bürgschaften bestanden, das wissen wir nicht. Nur in Beziehung auf einen Punct, den der gemischten Ehen, ist bekannt geworden, dass der Hr. Minister v. Altenstein sich der Gesinnung des Freiherrn zu versichern suchte. Er liess nämlich durch den Domherrn Schmülling bei ihm anfragen, ob er, im Falle er auf einen bischöflichen Stuhl erhoben werden würde, nicht allein das über jenen Gegenstand getroffene Uebereinkommen vom 19. Juni 1834 nicht angreifen oder umstossen, sondern vielmehr solches aufrecht zu erhalten, und nach dem Geiste der Versöhnung, der es eingegeben habe, anzuwenden bereit und beflissen seyn werde. Und der Freiherr v. Droste gab darauf die, wie es schien, völlig genügende Erklärung, welche hier mit seinen eigenen Worten wiederholt werden möge:

„Dass ich mich wohl hüten werde, jene
„gemäss dem Breve vom Papste Pius VIII. dar-
„über getroffene und in den benannten vier
„Sprengeln zur Vollziehung gekommene Verein-
„barung nicht aufrecht zu halten, oder gar, wenn
„solches thunlich wäre, anzugreifen oder umzu-
„stossen, und dass ich dieselbe nach dem Geiste
„der Liebe, der Friedfertigkeit anwenden werde“ *).

Unmöglich kann aber die Regierung sich begnügt haben, sich der Gesinnung des Freiherrn über diesen Einen Punct zu versichern. Ohne

*) S. Darlegung. Beilagen S. 19.

Zweifel hat man auch über die anderen bedeutenden Fragen von ihm genügende Erklärungen empfangen, darüber, ob er noch immer das Placet des Staates für verwerflich halte, ob er eine unbeschränkte Freiheit der kirchlichen Obern, ohne Rücksicht auf den Staat in der Kirche Verordnungen zu erlassen, und ohne alle Beaufsichtigung des Staates mit Rom zu communiciren, anspreche, ob er endlich die Aufsicht über die Schulen in der von ihm früher angegebenen Ausdehnung, und die ausschliessliche Beaufsichtigung der theologischen Lehranstalten für ein unveräusserliches bischöfliches Recht halte. Wären über diese Punkte nicht die erforderlichen Retractionen von ihm geleistet, wäre er nur in Beziehung auf die gemischten Ehen zu einer Erklärung veranlasst: so könnte es freilich nicht befremden, wenn er sich, nachdem es ihm gelungen war, eine jesuitische Umdeutung jener Erklärung mit seinem Christenthume und seiner adeligen Ehre zu vereinigen, für die Anwendung seiner alten Grundsätze völlig ungehemmt gefühlt hätte. Indess auch hier glauben wir eher unbekannte Verhältnisse und Verhandlungen annehmen zu müssen, als dass wir zugeben könnten, eine so weise Regierung, wie die preussische, habe einem Fanatiker ohne alle Bürgschaften einen so wichtigen Wirkungskreis eingeräumt.

V.

Des Erzbischofs Clemens August Treiben und Ausgang.

Wie es der Freiherr Clemens August von Droste, nachdem er d. 29ten Mai 1836 als Erzbischof v. Cöln inthronisirt war, getrieben, und zu welchem Ausgange sein Treiben geführt hat, das ist bereits so vielfach dargestellt und beurtheilt, dass wir nur noch etwas vielleicht Manchem Willkommenes zu leisten hoffen können, wenn wir nach den glaubwürdigsten Quellen seine charakteristischen Handlungen mit möglichster Vollständigkeit, zugleich aber auch mit möglichster Gedrängtheit erzählen, und nur durch kürzere Bemerkungen die Erzählung unterbrechen, um auf den Geist seines Wirkens hinzuweisen und denselben zu würdigen.

Auffallend war gleich anfangs die finstere Weise, mit welcher der neue Erzbischof sich von allen Berührungen mit Menschen zurückzog, und die durch den Anstand geforderten Besuche, auch der höhern Beamten, weder annahm noch erwiderte; nicht minder die auffallende Hast, mit welcher er auf die sofortige Entfernung der trefflichen Bibliothek, welche sein Vorgänger der Cathedralkirche geschenkt hatte, drang, als ob

durch sie seine Atmosphäre verpestet werde. Man erkannte alsbald, dass der Genius der Humanität, welcher unter Spiegel in dem erzbischöflichen Palaste gewaltet hatte, einem feindseligen Dämon habe weichen müssen.

Nicht lange so wurden Klagen darüber laut, dass der Erzbischof die von den Bischöfen des westlichen Preussens in Beziehung auf die gemischten Ehen im J. 1834 getroffene und auch von ihm ausdrücklich angenommene Vereinbarung nicht mehr achte, dass gemischte Brautpaare, welche das Versprechen katholischer Kindererziehung nicht geben wollten, von den Pfarrern zurückgewiesen, und katholische Wöchnerinnen, welche in solchen Ehen lebten, nicht ausgesegnet würden. Dennoch sagte er sich von der eingegangenen Vereinbarung noch keinesweges los, und gab eben so wenig zu erkennen, dass er einzelne Theile desselben dem Breve nicht entsprechend achte. In diesem Sinne sprach er in seinem Berichte an den Papst v. 23ten Sept. 1836 *) von der Angelegenheit der gemischten Ehen als glücklich geordnet, ohne Bedenklichkeiten über die gemäss jener Vereinbarung hergestellte Ordnung zu äussern, was er doch gemusst hätte, wenn er damals schon solche Bedenklichkeiten hegte. Als sich darauf der Oberpräsident der Provinz, Hr. v. Bodelschwingh, wegen der jener Vereinbarung widersprechenden geistlichen Uebergriffe mit dem Erzbischofe in Erörterungen einliess; so erkannte auch da noch der Letztere jene Vereinbarung und die auf dieselbe gestützte Instruction, so wie er es vor seiner Erhebung gethan hatte, für sein

*) S. denselben in der (Römischen officiellen) urkundlichen Darstellung der Thatsachen, welche der gewaltsamen Wegführung des Erzb. v. Cöln vorausgegangen und gefolgt sind. Regensburg 1838. S. 152.

Verhalten als Norm gebend an, und wollte nur für einige Stellen derselben eine abweichende Erklärung geltend machen. In diesem Sinne fasste er noch die Anweisung an den Domprobst Claessen in Aachen v. 25sten Dec. 1836 ab, welche er zur Verdeutlichung seiner Ansichten zu erlassen von dem Oberpräsidenten veranlasst wurde *). Bald aber griff er zu der unwürdigen Ausflucht, dass er damals, als er dem Minister das Versprechen gegeben habe, an jener Vereinbarung festzuhalten, diese Vereinbarung nicht gekannt, und nur der Versicherung des Ministers geglaubt habe, dass dieselbe in Gemässheit des Breve Pius VIII. abgefasst sey. Zuerst gab er diese Erklärung nur historisch in einem Schreiben an den Minister vom 1ten März 1837 **), ohne aus derselben Consequenzen zum Nachtheile seiner Verpflichtung zu ziehen; später sprach er es aber ohne alle Schaam aus, dass er die Vereinbarung und die darauf gegründete Instruction nur so weit befolgen könne, als sie mit dem Breve übereinstimme ***); noch später stellte er es in Abrede, dass in seiner an den Minister vor seiner Wahl eingesendeten Erklärung von der Instruction die Rede gewesen sey, da auch der Minister derselben nicht erwähnt habe †).

Bedarf es, nicht etwa für einen christlich gesinnten, sondern nur für einen ehrliebenden Mann

*) S. dieselbe in der officiellen preussischen Darlegung, Beilagen, S. 19 ff.

**) S. den Text der Darlegung S. 20.

***) Schreiben v. 18ten Sept. 1837 an den Grafen zu Stolberg, Darlegung, Beilagen S. 26: „Ich befolge demnach so viel „möglich beide Normen, wo aber die Instruction nicht in „Einklang zu bringen ist mit dem Breve, da richte ich „mich nach dem Breve“.

†) Schreiben v. 31sten Oct. 1837 an den Minister v. Altenstein. Ebendas. S. 32.

einer Nachweisung, dass diese Ausflüchte eines Jeden, geschweige denn eines Edelmannes und eines christlichen Bischofs, wenn anders in diesen Verhältnissen eine höhere Anforderung zur Wahrhaftigkeit liegt, durchaus unwürdig sind? Darf ein Freiherr ein Versprechen geben, dessen Umfang er nicht genau kennt, und nachher seine Wortbrüchigkeit mit seiner Unbesonnenheit entschuldigen? Darf ein christlicher Geistlicher sich durch eine Verpflichtung den Weg zu einer höhern Würde bahnen, ohne zuvor auf das gewissenhafteste zu erwägen, ob dieselbe mit den ihn erwartenden Pflichten übereinstimme? und wenn er ohne diese Prüfung die Verpflichtung übernahm, darf er sich dann nachher willkürlich von derselben losmachen? das sind Fragen, über die gottlob jetzt die allgemeine Meinung so einig ist, dass auch selbst der Papst dem Wortbrüchigen durch Entbindung von seinem Versprechen die verscherzte Achtung nicht würde wieder verschaffen können. Nicht minder unglücklich ist aber die Ausflucht des Erzbischofs, dass er nur versprochen habe die Vereinbarung so weit zu halten, als sie mit dem Breve übereinstimme. Die Vereinbarung nämlich konnte ja nur den Zweck haben, eine gleichmässige Auffassung und Ausführung des Breve zu bewirken. Die Bischöfe, welche sich an dieselbe anschlossen, erklärten eben dadurch, dass sie dieselbe dem Breve gemäss fänden: und diese Erklärung musste als ohne Vorbehalt gegeben betrachtet werden, weil jeder Vorbehalt den einzigen Zweck der Vereinbarung zerstört, und den Beitritt ganz illusorisch gemacht haben würde. So musste also auch die von dem Freiherrn v. Droste früher auf Anfrage des Ministers gegebene Erklärung aufgefasst werden. Und wenn dieselbe dahin lautete:

„Dass er sich wohl hüten werde, die gemäss dem Breve vom Papste Pius VIII. darüber getroffene — Vereinbarung nicht aufrecht zu halten“;

so liess sie sich auch grammatisch gar nicht anders deuten, als dahin, dass er die Vereinbarung, welche dem Breve gemäss getroffen worden sey, aufrecht erhalten wolle; es lag also in dieser Erklärung auch die Anerkennung, dass die Uebereinkunft dem Breve gemäss sey. Es war in der That für einen Minister, der die Kunstgriffe, um sich von den Pflichten eines ehrlichen Mannes zu dispensiren, vielleicht nur aus Pascals Briefen kannte, sehr verzeihlich, wenn er annehmen zu müssen glaubte, der Freiherr habe, ehe er dieses Versprechen gegeben, ernstlich und gewissenhaft die Uebereinkunft mit dem Breve verglichen, und ihre Vereinbarkeit anerkannt: und wenn das Journal de Liège später über den geglückten Betrug sogar zu frohlocken sich nicht schämte, so lieferte es nur einen neuen Beweis für die alte Erfahrung, dass jene kirchliche Frömmigkeit, welche den Himmel nur durch Rechtgläubigkeit zu erwerben strebt, sich des gewöhnlichen Rechtthuns leicht überhoben glaubt, und Recht und Unrecht nur nach dem Vortheile der Kirche beurtheilt.

Die übrigen widerrechtlichen Schritte des Erzbischofs geschahen in Beziehung auf das päpstliche Breve gegen Hermes, und es drückte sich in denselben sein alter Hass gegen diesen Mann und gegen die theologische Facultät in Bonn aus.

Das Breve gegen Hermes war bekanntlich der Regierung nicht vorgelegt, von derselben nicht genehmigt, und hatte sonach durchaus keine öffentliche Gültigkeit. Um indess allen Anstössen zu begegnen, hatte die Regierung schon um Ostern 1836 die Lehrer der Theologie in Bonn bedeu-

ten lassen, dass sie in ihren Vorträgen alles vermeiden sollten, was dem offenkundigen Verdammungsurtheile des Papstes entgegen sey, und hatte von jenen Männern das Versprechen empfangen, sich dieser Weisung gemäss zu halten.

Wenn der Erzbischof durch diese Maasregel noch nicht zufrieden gestellt war, oder zu finden glaubte, dass die Theologen in Bonn ihrem Versprechen nicht nachkamen; so konnte er über den gesetzlichen Weg, welchen er einzuschlagen hatte, nicht ungewiss seyn. Er konnte bei der Regierung die Publication des Breve beantragen, oder die Ungehörigkeiten der Bonner Theologen zur Anzeige bringen und Abhülfe nachsuchen: hätte ihm dann die Regierung die Bereitwilligkeit versagt, welche er erwarten konnte; so hatte er gerechte Ursache zu klagen. Dagegen konnte ihm natürlich die Regierung nicht gestatten, eigenmächtig einzugreifen, ohne sich irgend um gesetzlich bestehende Ordnungen zu kümmern.

Längere Zeit indess schien der Erzbischof die Universität gar nicht zu beachten: das Verzeichniss der Vorlesungen für das Wintersemester 18 $\frac{3}{4}$, welches ihm ordnungsmässig vorgelegt wurde, liess er ohne Bemerkungen zurückgehen: die erste Collision mit den Bonner Theologen entstand über Censurfragen.

Nach dem im Preussischen bestehenden Censurgesetze bedürfen alle katholische Religions- und Andachtsbücher vor ihrem öffentlichen Erscheinen der bischöflichen Approbation. Auf Schriften, welche einen rein wissenschaftlichen Zweck hatten, bezog sich natürlich diese Bestimmung nicht, und so auch nicht auf die von den Bonner Theologen Achterfeldt, Braun, Scholz und Vogel-sang redigirte Zeitschrift für Philosophie und katholische Theologie. Nichtsdestoweniger stellte

der Erzbischof nach der Erscheinung des 20sten Heftes im Nov. 1856 zuerst den Verleger, dann die Redactoren wegen Umgehung der geistlichen Censur zur Rede. Das bestehende Gesetz des Staates würdigte er dabei keiner Rücksicht: er berief sich allein auf das Tridentinum Sess. IV, und drohete mit den dort bestimmten Strafen, Bann und Geldbussen. Dabei begegnete ihm freilich der Unfall, dass er sich von den Redactoren erinnern lassen musste, jenes Decret des Tridentinums beziehe sich auf den Druck anonymer Schriften, und sey auf den vorliegenden Fall nicht anwendbar. Indess der Erzbischof war nicht der Mann, sich durch solche Kleinigkeiten irre machen zu lassen: die Redactoren erhielten die, wenigstens für die Charakteristik dieses Kirchenfürsten merkwürdige Antwort:

„Dann wollen Sie die bewusste Verfügung
„des Concilii Tridentini nachlesen, und sehen,
„dass nicht allein von den heiligen Büchern die Rede ist, sondern es heisset:
„nullique liceat imprimere vel imprimi facere
„quosvis libros de rebus sacris sine nomine
„auctoris, (Niemand darf Bücher, welcher
„Art sie auch seien über heilige Gegenstände
„ohne Namen des Verfassers drucken oder drucken lassen): und was das sine
„nomine auctoris betrifft, wollen Sie bedenken,
„dass diese Verfügung einen Zweck haben wird“;

und mochten nun zur gerechten Strafe zusehen, wie in diese Antwort, mit welcher die Verhandlung beschlossen wurde, Sinn und Zusammenhang zu bringen sey *).

*) S. die urkundliche Erzählung in der Schrift „Die Cölner Frage, geprüft nach rheinischen Gesetzen von einem Rheinländer. Frankf. a. M. 1858. S. 56 ff.

Um dieselbe Zeit musste auch der alte Muratori von dem Erzbischofe eine Lektion wegen seiner Rechtgläubigkeit empfangen. Die Uebersetzung des trefflichen Buches de ingeniorum moderatione in religionis negotio, welche der Professor Braun veranstaltet hatte, wurde von der erzbischöflichen Censur so castrirt, dass man es vorzog, dieselbe ausserhalb der kölnischen Diöcese, in Coblenz, herauszugeben, wo sie dann nicht nur unverstümmelt, sondern auch mit den Approbationen von sechs deutschen Bischöfen erschien *). Es wäre möglich, dass die scharfsinnigen etymologischen Forschungen der salzburger Mönche vor hundert Jahren, nach denen Muratori eigentlich so viel als liber murarius ist, dem gelehrten Censor vorgeschwebt hätten, und dann wäre sein Verfahren sehr erklärlich, da er gewiss mit seinem Freunde, dem Bischofe von Lüttich van Bommel, die Abneigung gegen die Freimaurer theilte.

Diesen Reibungen mit den Bonner Theologen folgten bald ernstere Angriffe. Wie weit die letztern durch fortgesetzte Vertheidigung der Hermesischen Theologie dazu Anlass gegeben haben, mag dahin gestellt bleiben: jedenfalls durfte der Erzbischof nicht so eigenmächtig und so despotisch gegen sie verfahren, wie er es gethan hat.

Am 12ten Januar 1837 erliess derselbe ein Rundschreiben an die Beichtväter der Stadt Bonn, durch welches diese angewiesen wurden, ihren Beichtkindern zu eröffnen, dass Niemand die Schriften des Professors Hermes lesen, und kein Theolog Vorlesungen, deren Inhalt jenen Schriften gemäss sey, beiwohnen dürfe **).

*) a. a. O. S. 43.

**) S. dasselbe in der officiellen Darlegung, Urkunden S. 26.

Wenn der Erzbischof durch Anfragen der Beichtväter, denen Bedenken über diesen Gegenstand im Beichtstuhle vorgelegt seyn mogten, angegangen worden war; so lag es allerdings in seiner Pflicht, dieselben seiner gewissenhaften Uezeugung gemäss zu bescheiden. Das Breve gegen Hermes war zwar nicht publicirt und hatte keine äusserliche Verbindlichkeit für seine Diöcese, und die in demselben enthaltene dogmatische Erklärung des Papstes war nach den Grundsätzen der deutsch-katholischen Kirche, welche eine Infallibilität des Papstes nicht anerkennt, nicht unbedingt bindend: dennoch musste anerkannt werden, dass durch die letztere manche Gewissen beunruhigt werden konnten, und es lag in den Verhältnissen eines Oberhirten, die Beichtväter mit Anweisungen darüber zu versehen, wie sie von dem Breve und über die nicht erfolgte Publication zu denken, wie sie ihr Benehmen in Beziehung auf dasselbe einzurichten, und die einzelnen im Beichtstuhle vorkommenden Fälle zu behandeln hätten. Dabei konnte es denn allerdings auch räthlich seyn, denen, welche sich über den Gebrauch der Hermesischen Schriften beunruhigt fühlten, denselben abzurathen. Aber weiter zu gehen und Verbote gegen gewisse Vorlesungen durch die Beichtväter zu erlassen, wie er sie wirklich erliess, hätte den Erzbischof schon die Rücksicht auf seine eigene Ehre abhalten sollen. Denn sofern er jetzt zugab, dass in Bonn Vorlesungen in Hermes Geiste gehalten würden, welche den jungen Theologen verderblich wären, klagte er sich selbst der grössten Gewissenlosigkeit an, da er bis dahin von den gesetzlichen Mitteln, welche ihm seine Stellung darbot, dergleichen zu verhindern, nicht den mindesten Gebrauch gemacht hatte.

Seine Vertheidiger werden vielleicht antworten, er habe jetzt erst eben durch die Angaben der Beichtväter die Grösse des Uebels recht kennen lernen. Aber auch darin läge ein Vorwurf für ihn: denn sofern er mit der Beaufsichtigung der Rechtgläubigkeit dieser Vorlesungen schon längst beauftragt war, und Mittel genug hatte, diese Aufsicht genau zu führen, hätte er, da sich in Bonn nichts etwa plötzlich geändert hatte, längst das Gift entdeckt haben müssen.

Wären es aber die Anzeigen der Beichtväter gewesen, welche den Erzbischof zuerst mit der Gefahr bekannt machten, so würde doch seine Pflicht ihn aufgefordert haben, zuvörderst die Klage genauer zu untersuchen, um alsdann nach gewonnener zuverlässiger Einsicht bei der Regierung die Schritte einzuleiten, durch welche das Uebel gründlich gehoben worden wäre.

Statt diesen Weg einzuschlagen, lässt er es den jungen Theologen durch ihre Beichtväter ins Gewissen schieben, keine Hermesianische Vorlesungen zu hören. Sonach wurden diese armen Leute zu Richtern über eben die Vorlesungen ernannt, durch welche sie überhaupt erst die Theologie kennen lernen sollten, und zugleich wurde dieses Urtheil ihnen zu einer wichtigen Gewissenssache gemacht. Will man diese Abgeschmacktheit durch die Erklärung mildern, die Hermesianischen Professoren seyen bekannt genug gewesen, und jene erzbischöfliche Weisung habe also nur die allgemein verstandene Absicht gehabt, die Vorlesungen jener Männer zu verbieten; so wächst dem erzbischöflichen Befehle an schreiender Ungerechtigkeit nur zu, was er an Abgeschmacktheit verliert. Denn alsdann hatte der Erzbischof auf einseitige Klagen hin ein Verdammungsurtheil gegen jene Männer erlassen, ohne dieselben zu

hören. Mochten sie immerhin Schüler von Hermes gewesen seyn, und dessen Lehre sich angeeignet haben: es kam doch darauf an, ob sie die letztere fortwährend festhielten und lehrten, oder ob nur das vage Gerücht wegen ihrer früheren Verhältnisse sie als Hermesianer bezeichnete: was hatte aber der Erzbischof gethan, um diese Thatsachen zu ermitteln? Nichts: selbst die scheusslichste Inquisition vergönnte dem Angeklagten die Vertheidigung, der Erzbischof v. Droste verdammt, ohne dass die Angeklagten nur Kenntniss von der Anklage hatten, geschweige denn zur Vertheidigung aufgefordert worden wären.

Gerade dieses Benehmen des Erzbischofs giebt den schlagendsten Beweis dafür, wie nothwendig die Aufsicht des Staates über die geistliche Gerichtsbarkeit ist, damit durch dieselbe das Recht, welches der Staat seinen Unterthanen in allen ihren Verhältnissen zu sichern schuldig ist, nicht angetastet werde. Dies führt uns aber weiter zu der Erwägung, wie schnöde der Erzbischof in jenem Rundschreiben an die Beichtväter die Rechte des Staates und seine Pflichten gegen denselben verletzte! Er will nämlich dem päpstlichen Breve, ungeachtet es von der Regierung nicht genehmigt war, mit Hülfe des Beichtstuhles die Wirkungen geben, welche es erst nach seiner Genehmigung durch den Staat und durch seine Publication haben konnte, und wird dadurch einem in allen Ländern seit Jahrhunderten bestehendem Gesetze ungehorsam. In dem vorliegenden Falle bedrohte er aber auch durch sein einseitiges Handeln die Existenz einer von dem Staate zu Gunsten der katholischen Kirche gestifteten Lehranstalt: während, wenn er den gesetzlichen Weg eingehalten und im Einverständnisse mit der Regierung gehandelt hätte, das Breve bekannt-

gemacht und ausgeführt werden konnte, ohne irgendwie jene Lehranstalt zu gefährden. Aus der zweiten Hälfte des Rundschreibens ersieht man zugleich, dass sich der Erzbischof mit vollem Bewusstseyn in Opposition zu dem bestehenden Gesetze stellt, und auch die ihm untergeordneten Beichtväter zu derselben Opposition verleiten will. Hören wir seine Demonstration, welche in ihrer eigenthümlich verworrenen Gestalt uns ein sehr getreues Bild des Denkens und Handelns dieses Oberhirten giebt.

„Was die bewusste päpstliche Verfügung
„wider die Schriften des Hermes betrifft, so
„wollen Sie jenen, welche darüber in Zweifel
„sind, oder gar nach Hermesischer Weise
„den geraden Weg verlassend, ihren Unge-
„horsam durch die Einrede zu bemänteln su-
„chen, dass jene päpstliche Verfügung nicht
„publicirt sey, mithin nicht verbinde, zu be-
„denken geben:

a) „dass die Publication doch wohl kei-
„nen andern Zweck habe, als dass die Ver-
„fügung bekannt werde. Anders wäre es
„jedoch, wenn der Gesetzgeber die Publica-
„tion als *conditio sine qua non* der Verbind-
„lichkeit vorschriebe, wie dieses der Fall bei
„dem Gesetze des Kirchenrathes von Trident:
„*contra matrimonia clandestina* war *).

b) „Dass aber den Hermesianern jene
„päpstliche Verfügung hinlänglich bekannt
„ist, zeigen ihre Schriften; oder man müsste
„einen Unterschied annehmen:

*) Der Sinn soll wohl dieser seyn: das Gesetz hat seine Verbindlichkeit dadurch, dass es von dem befugten Gesetzgeber, dem Papste, erlassen ist, und bekommt dieselbe nicht erst durch die Publication. Denn diese hat nur den Zweck, die obnehin verbindliche Verfügung bekannt zu machen.

„unter bekannt seyn, um das Oberhaupt
„der Kirche zu verhöhnen, und unter be-
„kannt seyn, um in Demuth zu gehorchen.

e) „Dass, wofern jene Entschuldigung
„wirklich entschuldigend wäre, die weltliche
„Macht es durchaus in ihrer Macht hätte,
„die Wirksamkeit des vom Heilande ange-
„ordneten centri unitatis völlig zu hemmen,
„was freilich den Hermesianern, wie allen
„Sectirern, die sich nur mittelst der welt-
„lichen Gewalt, welche niemals in Be-
„ziehung auf Gegenstände vorliegender Art
„Richter seyn kann, mithin sobald sie Theil
„nimmt, Partei ist, halten können, nicht un-
„lieb seyn dürfte.“

Diese Erklärung muss, sowohl materiell als
formell erwogen, mit dem tiefsten Unwillen ge-
gen die Beschränktheit an so hoher Stelle, gegen
den geistlichen Uebermuth, und gegen den feind-
seligen Sinn, von welchem Allen sie Zeugnis gibt,
erfüllen. Zuvörderst erklärt der Erzbischof das
Jahrhunderte hindurch in allen, auch den streng-
sten katholischen Staaten bestandene und gehand-
habte Gesetz, wonach alle kirchliche Verfügungen
vor ihrer Bekanntmachung und Ausführung der
Genehmigung des Staates bedürfen, ohne Weiteres
für unverbindlich. Ist denn aber dies der Weg,
auf welchem Gesetze aufgehoben werden? und
darf ein hochgestellter Kirchenfürst durch sein
Beispiel dazu ermuntern, sich eigenmächtig von
den unangemessen scheinenden Gesetzen zu ent-
binden?

Ferner demonstriert er, dass die päpstlichen
Verfügungen dadurch, dass sie erlassen wären,
für jeden verbindlich seyen, dass es also für die-
selben weder einer Acceptation der Kirche, noch
einer Genehmigung des Staates bedürfe. Sonach

werden auch alle Ketzergesetze des Papstes Innocentius III., da sie nie von einem andern Papste aufgehoben sind, volle Verbindlichkeit haben, und die Bulle *In coena domini* nicht minder. Wir wünschten zu wissen, wie der Erzbischof, da er demnach eigentlich die bestehende protestantische Regierung für unrechtmässig halten muss, dennoch derselben hat Treue und Gehorsam schwören, und diese Versicherung sogar mehrmals ausdrücklich erneuen können?

Indess scheint seine Abneigung gegen diese Regierung, welche der katholischen Kirche nur Beweise der grössten Aufmerksamkeit und Sorgfalt gegeben hatte, deutlich genug aus dem Schlusssatze hervor, welcher die vorangegangenen Anweisungen begründen soll. Er behauptet nämlich, wenn das weltliche Placet die Bedingung der Gültigkeit einer päpstlichen Verfügung wäre, so hätte die weltliche Macht es durchaus in ihrer Hand, die Wirksamkeit des vom Heilande angeordneten *centri unitatis* völlig zu hemmen. Auf diese, das entschiedenste Mistrauen gegen den Staat aussprechende, Erörterung könnte der Staat mit weit grösserem Rechte antworten, dass, wenn er sich des alten Rechtes des Placet begäbe, der päpstliche Stuhl es in seiner Macht hätte, durch seine Verordnungen bestehende Gesetze und Rechte zu kränken, Samen der Zwietracht auszustreuen, und den Staat bis in seine Grundvesten zu erschüttern. Fragt man Vernunft und Erfahrung, so wird ohne Zweifel das Mistrauen des Staates gegründeter erscheinen, als das der Kirche. Denn der Staat hat unstreitig weit weniger Versuchung sich in dogmatische Controversen einzumischen, als die Kirche sie hat, in die mannichfaltigen sittlichen Verhältnisse, welche der Staat zu beschützen hat, einzugreifen. Was die Geschichte darüber lehrt,

ist so bekannt, dass eine Wiederholung überflüssig erscheint: jedenfalls darf der Staat seine Existenz durch Nichts gefährden lassen, weil er allgemein, und auch von jeder Kirche als das unbedingt Nothwendige anerkannt werden muss, durch welches auch die Existenz von Kirchen erst möglich wird.

Die Einrede, dass es sich hier um eine dogmatische Entscheidung gehandelt habe, welche für den Staat ohne Interesse gewesen sey, und deshalb auch dessen Placet nicht bedurft habe*), zeigt sich gerade in dem vorliegenden Falle in ihrer ganzen Nichtigkeit. Denn wenn auch das päpstliche Breve zunächst dogmatischen Inhalts war, so war es doch zugleich eine Entscheidung zwischen zwei in dem Staate vorhandenen streitenden Partheien, und konnte deshalb nicht ohne äussere auch den Staat berührende Wirkungen bleiben. Das einseitige Verfahren des Erzbischofs drohete demselben aber Folgen zu geben, welche den Staat im höchsten Grade berührten, nämlich eine Zahl von Lehrern, welche vom Staate angestellt waren, ausser Thätigkeit zu setzen, und eine blühende Lehranstalt zu vernichten. So wird es gerade in diesem Falle recht klar, warum der Staat darauf bestehen muss, dass auch die dogmatischen Entscheidungen des Papstes seinem Placet unterworfen bleiben. Er muss sich nämlich überzeugen, dass sie wirklich nichts weiter als dogmatische Entscheidungen sind, muss dann aber auch Maasregeln treffen, damit die etwaigen äussern

*) Wie neu übrigens diese Einrede ist, zeigt sich auch darin, dass der Canonist Frey, welcher zu seiner Zeit für einen Ultramontanen galt, in s. kritischen Commentare über das Kirchenrecht Th. I. S. 240 ff., noch demonstriert, dass auch neue dogmatische Bullen das Placet des Staates bedürfen. Man sieht, wie sich die Anmassungen dieser Parthei steigern, und wie nöthig es ist, ihnen Gränzen zu stecken.

Wirkungen derselben ohne Nachtheil für das Staatswohl bleiben.

Die Beichtväter der Stadt Bonn, namentlich der dortige Oberpfarrer, entledigten sich des erzbischöflichen Auftrages mit grossem Eifer. Sie warteten nicht etwa auf Anfragen ihrer Beichtkinder, und beschränkten sich nicht bloß darauf, geänstigten Gewissen zu Hülfe zu kommen; sondern sie eröffneten ohne Weiteres allen bei ihnen beichtenden Theologen die Weisung des Erzbischofs, und machten es denselben zur Pflicht, sie auch ihren Commilitonen mitzutheilen. Die Folge davon war, dass viele Studirende die Vorlesungen der als Hermesianer bekannten Professoren nicht mehr besuchten, und dass sonach die dortige Lehranstalt eines Theils ihrer Wirksamkeit beraubt zu werden anfing.

Da gleichzeitig dem Erzbischofe das Verzeichniss der Vorlesungen mitgetheilt wurde, welche von der theologischen Facultät für das bevorstehende Sommerhalbjahr angekündigt werden sollten, so war derselbe auf das dringendste aufgefordert, die Verwerfung, welche er bereits auf eine widerrechtliche Weise gegen mehrere Vorlesungen ausgesprochen hatte, auf eine gesetzliche Weise geltend zu machen. In seiner Erwiderung vom 31sten Jan. begnügte er sich indess in Beziehung auf die Vorlesungen der Schüler und Freunde von Hermes mit folgenden zwei Bemerkungen:

„er könne sich nicht äussern, bis ihm die
„Bücher angegeben wären, nach welchen sie
„lesen würden; und

„er habe nichts zu erinnern, sofern die Vor-
„lesung nur das sey, was sie ankündige.“

Nur zu den Vorlesungen des Professors Scholz, welcher eben durch königliche Ernennung und

päpstliche Bestätigung eine Domherrnstelle in Cöln erhalten hatte, aber von dem Erzbischofe zurückgewiesen worden war, erklärte er:

„er könne dessen Vorlesungen nicht approbiren, weil er das heilige Wort Gottes nicht immer, weder mit der gebührenden Ehrerbietung noch in Gleichförmigkeit mit dem Dogma behandle.“

So traf also gerade einen Mann, der an dem Hermesianismus gewiss völlig unschuldig, und bei demselben höchstens durch äussere Fügsamkeit theiligt war, die einzige directe Verdammung. Die Sache der Hermesianer aber erschien hier als unerledigt, obgleich sie in dem heimlichen Umlaufschreiben an die Beichtväter schon entschieden war.

Wie bereit die sogenannten Hermesianer waren, auf jede Weise dem Erzbischofe die Prüfung ihrer Rechtgläubigkeit zu erleichtern, ergiebt sich daraus, dass sie sich sogar erboten, demselben ihre Hefte zur Einsicht vorzulegen. Desto weniger geneigt zeigte sich der Erzbischof sich irgendwie mit ihnen näher einzulassen, um die geäusserten allgemeinen Bedenken, welche, wenn sie ehrlich gemeint waren, doch ihn selbst zu einer genauen Untersuchung drängen mussten, entweder näher zu begründen oder aufzugeben. Namentlich gab sich dieser Mangel an aller Bereitwilligkeit auf die auffallendste Weise in der Conferenz am 19ten März kund, welche der Regierungsbevollmächtigte bei der Universität, Hr. v. Rehues, mit dem Erzbischofe hatte, um eine nähere Untersuchung jener Bedenken zu bewirken. Der Erzbischof wollte weder die verdächtigen Professoren vor sich lassen, noch eine schriftliche Erklärung derselben über ihre Lehre annehmen, noch ihre Vorlesungen durch Commissarien beaufsichtigen lassen, noch ihnen ein Lehrbuch vorschreiben.

Er versprach endlich, diejenigen Puncte, in denen ihm die Rechtgläubigkeit derselben verdächtig sey, aufzustellen, damit sie den Professoren zur Erklärung vorgelegt würden.

Indess auch dieses Versprechen wurde nicht gehalten: vielmehr zeigte der Erzbischof durch seine weiteren Schritte, dass er, seinen alten Grundsätzen treu, diese Angelegenheit ohne alle Gemeinschaft mit der Regierung, also einseitig und gesetzwidrig, fortwährend zu behandeln gedenke.

Ungeachtet er in seinen officiellen Aeusserungen jene Professoren nur als verdächtig bezeichnet, und diesen Verdacht durchaus nicht weiter begründet hätte; fuhr er jetzt fort insgeheim gegen sie als bereits Verurtheilte zu verfahren. Er schrieb einigen Studirenden, dass die der Theologie Beflissenen keine andern Vorlesungen hören dürften, als die der Professoren Klee und Walter. Vergebens blieb es, dass sämtliche betheiligte Professoren den 21sten April von neuem zu Protocoll versprachen, dass sie der Erwähnung der Hermesschen Schriften, so wie auch deren Verbots, und der Polemik für oder wider das System oder einzelne unterscheidende Lehrsätze desselben sich enthalten wollten *): von den siebenzig Alumnus des Convictoriums weigerten sich sechszig den Vorstehern der Anstalt Gehorsam zu leisten, und traten aus, viele verliessen die Universität, die Wirksamkeit der theologischen Facultät war völlig gelähmt.

So hatte der Erzbischof jetzt zwei Schritte gethan, durch welche er gegen die Hermesianer als gegen Verurtheilte verfuhr, ohne dieselben nur zur Vertheidigung zugelassen, und ohne gegen die Regierung etwas anderes, als Ver-

*) Darlegung, Beilagen S. 28.

dacht ausgesprochen zu haben. Wenn eine weltliche Regierung sich ein solches Verfahren hätte zu Schulden kommen lassen, so würde ein Görres die Farben nicht schwarz genug finden können, um die Ungerechtigkeit und die Tyrannei zu brandmarken. Wie kann aber hier Recht seyn, was in jedem andern Verhältnisse das schreiendste Unrecht wäre? Wenn auch jene Professoren dem Erzbischofe so unmittelbar unterworfen wären, wie es die Pfarrer auf der linken Rheinseite sind; so würden sie sich doch mit Recht bei dem Staate über Misbrauch der geistlichen Gewalt haben beklagen können. So aber waren sie Staatsdiener: und der Erzbischof wagte es, durch seine ungerechten Maasregeln ihre Wirksamkeit als Staatsdiener ohne alle Rücksprache mit dem Staate einseitig anzutasten, und eine Lehranstalt des Staates in ihrer Wirksamkeit aufs bedeutendste zu stören.

Um das begonnene Werk auf gleiche Weise zu vollenden, stellte der Erzbischof im Mai die berüchtigten 18 Theses auf, welche von den anrühigen Geistlichen seiner Diöcese, und von denen, welche in eine geistliche Wirksamkeit neu einträten, unterschrieben werden sollten *).

Von katholischen Theologen ist dem Erzbischofe bereits vorgeworfen, dass er nach den Kirchengesetzen nicht befugt gewesen sey, in diesen Thesen zu der bestehenden Professio fidei Pii IV. Nachträge zu machen, und denselben eine seinen Clerus verbindende Kraft zu geben: und es ist allerdings klar, dass, wenn jeder Bischof für seine

*) Theses neoapprobandis et aliis (d. i. den anrühigen) presbyteris Archidioecesis Coloniensis ad subscribendum propositae, in d. Abdrucke eines dogmatischen Gutachtens über die ersten 16 Sätze, welche in der Erzdiöcese Cöln dem Clerus zur Unterschrift vorgelegt werden. Göttingen 1837. S. 1 ff.

Diöcese dergleichen besondere Bekenntnisse neben dem allgemeinen verordnen sollte, für den katholischen Standpunct die Einheit der Kirche dadurch nicht geringe Gefahr laufen würde. Indess das mögen katholische Canonisten untersuchen: wir begnügen uns darauf aufmerksam zu machen, wie durch jene Thesen die Rechte des Staates beeinträchtigt worden sind. Zuerst ist dies durch die Form, in welcher sie erschienen, geschehen: sie wurden wiederum einseitig, ohne dass die gesetzliche Genehmigung der Regierung eingeholt oder ertheilt worden wäre, erlassen. Dann aber verletzt die 18te Thesis durch ihren Inhalt geradezu die Rechte des Staates. Sie lautet also:

Spondeo ac promitto Archiepiscopo meo reverentiam et obedientiam in omnibus, quae ad doctrinam et disciplinam spectant, sine omni restrictione mentali; *meque ab Archiepiscopi mei iudicio secundum Hierarchiae catholicae ordinem ad neminem, nisi ad Papam, totius Ecclesiae caput, provocare posse et debere confiteor.* Romanum autem Pontificem in universam Ecclesiam tenere Primatum Ordinis et Jurisdictionis, et ipsum successorem esse b. Petri, Principis Apostolorum, et verum Christi Vicarium totiusque Ecclesiae caput, et centrum unitatis, Pastorum Pastorem, et omnium Christi fidelium et patrem et doctorem existere; et ipsi in b. Petro agnos et oves pasceendi, regendi ac gubernandi universalem Ecclesiam a Christo plenam potestatem traditam esse, firmo semper tenebo animo, ac profitebor verbo opereque; atque in specie decretis Pontificis Maximi in rebus fidei et morum obtemperare me debere et velle, profiteor et spondeo.

Indem der Erzbischof hier seine Geistlichen erklären lässt, dass sie in Sachen der Disciplin von seinem Urtheile an Niemanden als an den

Papst appelliren dürften; lässt er sie förmlich auf die Appellation vom Misbrauche der geistlichen Gewalt an den Staat verzichten, und sichert sich die Macht, sie auf jede Art, mit Suspension, Absetzung und Gefängniss zu bestrafen, ohne dass sie deshalb bei einer weltlichen Behörde Klage führen dürften. Dass die Regierung solche eigenmächtige Bestrebungen geistlicher Herrschsucht nicht dulden kann, bedarf doch gewiss keines Beweises. Der Staat ist es allen seinen Unterthanen, in welchen Verhältnissen diese auch stehen, schuldig, für Aufrechthaltung ihres Rechtes zu sorgen, und darf sich der Aufsicht über die Handhabung des Rechtes in keiner Beziehung begeben. Er kann den bestehenden Kirchen, wie andern von ihm genehmigten Gesellschaften, zwar gestatten, besondere Ordnungen, selbst Strafgesetze, welche für ihre Mitglieder, so lange dieselben ihnen angehören wollen, verbindlich sind, nachdem er dieselben geprüft und genehmigt hat, festzustellen: aber er kann sich nie die Aufsicht über die Ausführung dieser Gesellschaftsbestimmungen nehmen lassen, damit unter dem Schilde derselben nicht Unrecht geübt werde. Und eben deshalb muss er sich auch die Appellationen vom Misbrauche der geistlichen Gewalt vorbehalten, welche der Erzbischof ihm hier durch eigenmächtige Verpflichtung seiner Geistlichen entreissen wollte.

Dass sich in dieser Thesis zugleich der entschiedenste Ultramontanismus in der Formel ausspricht, dass dem Papste in dem heil. Petrus die volle Gewalt von Christo übergeben worden sey, Lämmer und Schafe zu weiden, und die ganze Kirche zu leiten und zu regieren, das wollen wir nur andeuten. Hat der Papst die volle Gewalt von Christo, so haben die Bischöfe von Christo unmittelbar gar keine, und überhaupt nur so gro-

sse, als der Papst ihnen beizulegen für gut findet: sie sind dann nichts mehr als päpstliche Vicarien, und stehen zu dem Papste in dem Verhältnisse wie Statthalter zu den weltlichen Fürsten.

Man durfte erwarten, dass diese eigenmächtigen Anmassungen des Erzbischofs, welche nicht nur unabhängig von dem Staate, sondern auch feindselig gegen denselben neue kirchliche Ordnungen und Gesetze zu begründen strebten, und consequent fortgesetzt zu unabsehbarer Verwirrung führen mussten, von der preussischen Regierung sogleich entschieden zurückgewiesen werden würden. Der durch die Natur der Verhältnisse gegebene Weg würde der gewesen seyn, dass die Regierung zuerst den Erzbischof zur sofortigen Zurücknahme aller gesetzwidrigen Erlasse aufgefordert, und wenn er nicht Folge leistete, dieselben selbst öffentlich annullirt, und den Erzbischof vor Gericht gestellt hätte. Indess die Regierung zog einen mildern Weg vor, und so wurden gütliche Vorstellungen und Ermahnungen, auch Zureden befreundeter Männer bei dem Hartnäckigen verschwendet, um ihn auf den gesetzlichen Weg zurückzuführen. Ob nicht gerade dieses Verfahren dazu diene, den Erzbischof in der Meinung zu bestärken, dass er es mit einer rücksichtsvollen Regierung zu thun habe, welche durch Beharrlichkeit leicht zum Nachgeben sich bewegen lassen werde, möge dahin gestellt bleiben: gewiss ist, dass er auf dem eingeschlagenen Wege der Opposition keck fortschritt. So entzog er dem evangelischen Gymnasio zu Cöln seinen katholischen Religionslehrer, und erwiderte dem Provinzialschulcollegio, als dasselbe ihn um Wiederbesetzung der erledigten Stelle ersuchte, in demselben feindseligen Tone, welchen er bereits in Münster gegen Staatsbehörden anzunehmen

pflegte, d. 5ten Juni 1837, dass er nur dann einen katholischen Religionslehrer wieder ernennen werde, wenn das Gymnasium für eine Simultananstalt erklärt werden würde. Der Schluss seines Schreibens liess aber noch weiter aussehende Pläne gegen die bestehende Schulverfassung ahnen:

„Uebrigens kann ich nicht umhin zu erklären:

„dass ich durch die Verhandlungen mit dem hochlöblichen königlichen Rhein-Provinzial-Schulcollegium durchaus nicht gleichsam stillschweigend oder factisch die Richtigkeit der Stellung der geistlichen Obrigkeit zum Schulwesen anerkenne wolle; es ist vielmehr sehr klar, dass der geistlichen Obrigkeit von Rechtswegen und der Sachennatur zufolge eine ganz andere Stellung gebühre *).

Welche Stellung zum Schulwesen der Erzbischof früher der geistlichen Behörde beigelegt wissen wollte, das haben wir oben aus seiner Schrift über die Religionsfreiheit der Katholiken bereits zur Genüge ersehen, und dort auch die Unzulässigkeit seiner Forderungen erkannt. Wir sehen aus dem vorliegenden Schreiben, dass er von diesen Ansichten durchaus nicht zurückgekommen war; er behält sich hier für die Folge, wahrscheinlich nachdem er mit der Universität fertig geworden seyn würde, den Kampf gegen die bestehende Schulverfassung ausdrücklich vor. Eine Nachgiebigkeit der Regierung gegen diesen Mann würde immer nur neue Anmassungen von seiner Seite hervorgerufen haben.

Wie willkürlich er aber die Disciplin gegen

*) Das vollständige Schreiben s. in der Schrift: Die kathol. Kirche in der preuss. Rheinprovinz und der Erzb. Clemens August v. Köln. Frankf. a. M. 1838. S. 128.

seine Geistlichen ausübte, welche nach seiner 18ten Thesis aller Aufsicht des Staates entzogen seyn sollten, davon sind so auffallende Beispiele bekannt geworden, dass man deutlich sieht, wie nothwendig gerade auf diesem Gebiete der Rechtsschutz des Staates ist. Die zwei folgenden Erzählungen sind wörtlich aus einer Schrift entlehnt, welche durchweg den nahen und unterrichteten Beobachter verräth *):

„Mit welcher zum Theil ganz blinden Leidenschaft der Erzbischof verfuhr, beweiset, dass er zum Beispiel den Propst Claessen zu Aachen als Stadtdechanten absetzte, weil und zwar lediglich weil der Professor Achterfeldt in Bonn, ein Hermesianer, auf eine Nacht bei ihm logirt hatte. Das Kapitel wählte den Abgesetzten am 10ten Oct. 1837 primo loco wieder, und liess den Liebling des Erzbischofs, Pfarrer Nellesen, gar nicht in die Wahl kommen. — Einem schon achtzigjährigen Landpfarrer im Kreise Enskirchen (ni fallimur) nahm er die cura animarum, ohne Angabe des Grundes; antwortete auf dessen demüthige Bittschreiben nicht, und erst, als der Dechant es wagte, für den inmittelst gemüthskrank gewordenen Greis eine Fürbitte mit der Versicherung einzulegen, das derselbe kaum den Namen Hermes kenne, in jedem Falle aber dessen Lehre fremd sey, restituirte der Erzbischof den alten würdigen Priester, erklärend: „,,da hat man mich also falsch berichtet““. — Wie oft mag das geschehen seyn!“

Ein anderer Vorgang, bei welchem der Erzbischof nicht minder sich willkührlich und gewaltthätig zeigte, ist in einer eigenen kleinen Schrift nebst den betreffenden Acten vollständig

*) S. ebendas. S. 122.

bekannt gemacht *). Dem Caplan an der St. Columba-Kirche in Cöln, Weber, welcher sich um eine erledigte Pfarrstelle beworben hatte, wurde dieselbe (im Sept. 1837) unter der Bedingung zugesagt, dass er die oben besprochenen 18 Theses unterschreibe. Weber fand nach genauer Prüfung Bedenken, welche er dem Erzbischofe vorzutragen wünschte. Das zuerst dadurch veranlasste mündliche Gespräch ist ein merkwürdiger Beleg für die Naivetät und Beschränktheit des Oberhirten: die darauf eingereichte schriftliche Entwicklung fand eine kurze schnöde Zurückweisung. Bald darauf wurde ihm eine Versetzung als Vicar nach Gemünd in der Eifel (dem rheinischen Sibirien) zugefertigt: vergeblich machte er gegen dieselbe als gegen eine unverdiente Bestrafung Vorstellungen, es wurde ihm seine bisherige Stelle genommen **), und der Erzbischof forderte ihn kraft des bei der Weihe versprochenen Gehorsams, und unter Androhung von Strafe auf, die Stelle in Gemünd sogleich anzutreten. Die Erklärung des Capellans Weber, als Privatgeistlicher ohne Anstellung leben zu wollen, wurde zurückgewiesen, und die sehr natürliche Bemerkung, dass der Erzbischof mit sich selbst in Widerspruch trete, indem er die Rechtgläubigkeit des Capellans wegen Nichtunterschrift der Thesen in Zweifel ziehe, und ihm doch ein geistliches Amt in Gemünd übertrage, mit Machtprüchen niedergeschlagen. Um der angedrohten schimpflichen Strafe der *Suspensio ab exercitio Ordinis et jurisdictionis* zu entgehen, musste

*) Ein auffallendes Factum zur gerechten Beurtheilung der Verfahrungsweise des Herrn Erzb. Clemens August gegen die Geistlichen der kölnischen Diöcese. Bonn 1838. 8.

**) Wie eine jesuitische Verbrüderung über dieselbe verfügte, erhellt aus dem kürzlich bekannt gewordenen Schreiben des erzbischöfl. Caplans Michaelis an den Pfarrer Binterim.

Weber die Stelle in Gemünd annehmen, wendete sich aber d. 18ten Nov. 1837 klagend an den Papst. Ob von Rom eine Entscheidung erfolgt ist, und welche, ist nicht bekannt.

So gestaltete sich die Kirchenfreiheit, welche der Erzbischof in Anspruch nahm, in der Wirklichkeit: es war eine Freiheit, wie weiland die polnische Nationalfreiheit, eine Freiherrlichkeit für die Magnaten, eine Art von Vogelfreiheit für deren Untergebene *).

Ein gewiss unpartheiisches Zeugniß über seine Amtsführung legt das kölnische Domcapitel in seinem Berichte an den Papst v. 22sten Nov. 1837 ab **):

*) Die Amtsverwaltung des Erzbischofs ist sehr scharf gewürdigt in dem Commonitorium ad Rev. et Illustr. Dom. Clementem Augustum, Archiepiscopum Coloniensem. Lyon 1837 (übersetzt in den Polemischen Blättern, herausgeg. vom Verf. der Schrift: der Erzb. v. Köln, seine Principien u. Opposition. Erste Sammlung Leipzig 1838 S. 1 ff.) Die bestimmt angegebenen Facta in dieser Schrift können wenigstens nicht erdichtet seyn.

**) S. die (Römische officiële) Urkundliche Darstellung der Thatsachen, welche der Wegführung des Erzb. v. Cöln vorausgegangen und gefolgt sind. Regensburg 1838. S. 242. Quae Reverendissimus Archiepiscopus noster in leges patrias commiserit, et quibus ex causis Regis gratia exciderit, ea inquirere et judicare nostrum non est; id tamen dissimulare non possumus, ejus agendi rationem adhuc non in omnibus nos probare potuisse. Paucis fere ad eum aditus patebat; plurimis, ac doctioribus peritioribusque viris diffidere eorumque consilia spernere videbatur, quum ipse vel ob solam jam aetatem propectam administrandae tam amplae eique minus notae dioecesi solus vix sufficere posset; plures atque imprimis presbyteros juniores morosius et minus canonice tractabat, eosque thesibus, quae non omnes cum doctrinis ab Ecclesia definitis conveniunt, subscribendis angebat; pluraque prius ac praecipue ab antecessore piae memoriae ad utilitatem et gloriam Ecclesiae catholicae bene, legitime et laboriose instituta turbare conabatur, ita ut ejus administrandi ratio non aedificandi studium, sed quasi destruendi speciem prae se ferret. Quae omnia non sine acerbo dolore observavimus, et ad sanctam Sedem Apostolicam conquerentes jam retulissemus, nisi Archipraesulis auctoritas, nostra erga eum reverentia, et spes experientia edoctum salubriora eum consilia secuturum esse nos retinisset.

„Was unser hochwürdigster Erzbischof gegen die vaterländischen Gesetze begangen, und aus welchen Ursachen er die königliche Gnade verloren habe, das zu untersuchen und zu beurtheilen ist nicht unsere Sache. Jedoch können wir nicht verhehlen, dass wir sein Benehmen bis jetzt nicht in allen Puncten haben billigen können. Nur Wenigen stand der Zutritt zu ihm offen; sehr vielen, und zwar den gelehrtern und erfahrenern Männern schien er zu mistrauen und ihren Rath zu verachten, da er doch selbst, schon wegen seines vorgerückten Alters der Administration einer so grossen und ihm weniger bekannten Diöcese allein kaum gewachsen war. Mehrere und besonders jüngere Priester behandelte er sehr unfreundlich und keinesweges canonisch, und ängstigte sie mit der Unterschrift von Thesen, welche nicht alle mit den von der Kirche definirten Lehren übereinstimmen. Mehreres, was früher und vorzüglich von seinem Vorgänger, frommen Gedächtnisses, zum Nutzen und zur Ehre der katholischen Kirche gut, gesetzlich und mühsam gestiftet war, unternahm er zu stören; so dass die Art und Weise seiner Verwaltung nicht den Eifer zu erbauen, sondern gleichsam den Schein der Zerstörung zeigte. Dies alles haben wir nicht ohne bitteren Schmerz bemerkt, und würden es auch klagend an den heiligen Apostolischen Stuhl schon berichtet haben, wenn uns nicht das Ansehen des Erzbischofes, unsere Ehrfurcht gegen ihn, und die Hoffnung, er werde durch Erfahrung belehrt, heilsamern Rathschlägen folgen, zurückgehalten hätte“.

Von der Regierung wurde endlich im September 1837 ein letzter Versuch gemacht, die Sache

in Güte beizulegen: der dem Erzbischofe persönlich befreundete Regierungspräsident, Graf Anton Stolberg, und der königl. Gesandte in Rom, geheime Legationsrath Bunsen, hatten den 17ten September deshalb eine Unterredung mit dem Erzbischofe *). Den Hauptgegenstand derselben bildete der Punct über die gemischten Ehen: in Beziehung auf die übrigen eigenmächtigen Handlungen des Erzbischofs wurde von demselben nur eine einfache Zurücknahme verlangt. Die mündliche Verhandlung schien ihren Zweck zu erreichen. In der Sache über die gemischten Ehen musste besonders das Verhältniss der Instruction zu dem Breve festgestellt werden. Es leuchtete ein, dass, wenn die erste irgend eine Bedeutung behalten sollte, sie als dem Breve entsprechend, und als eine verbindende weitere Exposition des Breve anerkannt werden musste: das Versprechen, die Instruction, soweit sie mit dem Breve übereinstimme, zu beobachten, eröffnete wieder die Möglichkeit einer verschiedenen Ausdeutung des Breve, zerstörte aber den Zweck der Instruction, eine übereinstimmende Auffassung des ersteren zu begründen, und machte also die Instruction völlig überflüssig. So verstand sich denn in der mündlichen Berathung der Erzbischof zu der Verpflichtungsformel,

„die gemäss dem Breve und der Instruction an das General - Vicariat von 1834 eingeführte Praxis bestehen zu lassen, und an dem darauf begründeten Geschäftsgange nichts zu ändern.“

Als ihm aber am folgenden Tage der Procès verbal über die stattgehabte Unterhandlung

*) S. die officielle Darlegung S. 33 ff. Urkunden S. 23 ff.

zur Unterschrift zugesendet wurde, sendete er jenen ohne dieselbe zurück, weil

„auf diese Weise die Sache ihm zu umständlich werde“,

und erneuerte die alte Erklärung,

„dass er so viel möglich beide Normen befolge: wo aber die Instruction nicht in Einklang zu bringen sey mit dem Breve, da richte er sich nach dem Breve“.

Mit einem Manne, der heute zurücknahm, was er gestern eingegangen war, liess sich nicht weiter unterhandeln: es mussten daher endlich ernstere Schritte gethan werden.

Auf Befehl des Königs erklärte der Minister v. Altenstein durch Schreiben v. 24sten Oct. dem Erzbischofe, dass, wofern er nicht ohne Zeitverlust seinen Gehorsam gegen den König und die Landesgesetze bezeuge, er seiner amtlichen Wirksamkeit enthoben werden werde, dass es ihm aber im Falle von Gewissenszweifeln vergönnt seyn solle, das Erzbisthum niederzulegen, ohne dass wegen des Vergangenen weiter eingeschritten werde.

Der Erzbischof verharrte in seiner Antwort vom 31sten Oct. bei seiner früheren Erklärung, und lehnte die Niederlegung seines Amts mit der Bemerkung ab, dass seine Verpflichtung gegen die Erzdiöcese und die ganze Kirche ihm dieselbe verbiete. Das Gefühl der herannahenden Gefahr verleitete ihn aber zu völlig aufrührerischen Schritten. Er versammelte den 4ten Nov. das Domcapitel, und unmittelbar darauf die neunzehn Pfarrgeistlichen der Stadt Cöln, übergab denselben den Ministerialerlass und seine Antwort zur Aufbewahrung in den Archiven, und erklärte ihnen,

„man wolle ihn vom erzbischöflichen Stuhle werfen: er werde aber die Rechte der ka-

tholischen Kirche zu wahren wissen gegen die Forderungen der Regierung hinsichtlich der gemischten Ehen. Das sey der Grund der Anfeindung. Diess ihren Mitbürgern mitzutheilen ermächtige er die Pfarrer”.

Er entliess ferner einseitig sämtliche Lehrer des erzbischöflichen Seminars, welche ihm als Hermesianer verdächtig seyn mogten, und trug zweien Geistlichen, einem Pfarrer und seinem Secretair, dem Caplan Michaelis, auf, in der erzbischöflichen Wohnung den Seminaristen Vorlesungen zu halten, ohne von allen diesen Maassregeln der Regierung nur die geringste Anzeige zu machen. Am 6ten Nov. musste der Secretair Michaelis den Seminaristen eine Darstellung der streitigen Verhältnisse dictiren, welche eben so einseitig als aufregend war *). Diese Schrift wurde alsdann auch den Landdechanten und andern angesehenen Geistlichen des Erzstifts zugesandt, sie verbreitete sich mit grosser Schnelligkeit allgemein, da sogar auch Schulkinder misbraucht wurden, um Abschriften anzufertigen. Aufrührerische Plakate in Cöln, Bonn, Coblenz und andern Orten waren die nächsten Folgen davon **): doch blieben im Allgemeinen die Wirkungen unbedeutender, als man erwartet hatte.

Diesem Treiben wurde endlich am 20sten Nov. ein Ende gemacht. Eine königliche Commission verfügte sich Abends 6 Uhr zu dem Erzbischofe: und nachdem derselbe auf Befragen erklärt hatte, dass er bei seinen letzten Entschlüssen beharre, und entschlossen sey, sich nicht freiwillig zu entfernen, wurde ihm die unfreiwillige Entfernung und die Sistirung seiner Amtsthätigkeit angekün-

*) S. Die kathol. Kirche in der preuss. Rheinprovinz u. der Erzb. Clemens August von Köln S. 144.

**) S. a. a. O. S. 146.

digt, und er musste sogleich darauf, von einem Gensdarmrieobristen begleitet, nach Minden abreisen. Die Regierung sorgte zugleich durch Bekanntmachung ausführlicher Erörterungen dafür, dass der wahre Hergang der Dinge allgemein richtig erkannt werden konnte. Dass die Maassregel für die katholischen Unterthanen Preussens betrübend seyn musste, war sehr natürlich: dass sie aber von dem Erzbischofe erzwungen war, konnte auch nicht verkannt werden.

Es ist nicht recht zu begreifen, warum die Regierung in ihren letzten Verhandlungen mit dem Erzbischofe immer auf die Angelegenheit der gemischten Ehen fast ein alleiniges Gewicht legte, ungeachtet sich derselbe in anderen Beziehungen wohl noch strafbarer gemacht hatte. Daher haben denn die Vertheidiger des Erzbischofes mit einem gewissen Scheine sagen können, es sey bloß deshalb so streng gegen ihn verfahren worden, weil er sich in jener Angelegenheit nicht habe fügen wollen. Allerdings hatte sich der Erzbischof auch in dieser Sache strafbar gemacht. Und zwar ist das wichtigste Moment dieser Strafbarkeit nicht das, dass er ein früher gegebenes Versprechen brach, und diesen Bruch jesuitisch zu bemänteln suchte, ungeachtet dieses Benehmen auf seinen Charakter freilich das nachtheiligste Licht wirft: sondern seine Strafbarkeit in dieser Sache liegt darin, dass er eine zwischen den Staats- und kirchlichen Behörden vereinbarte und gesetzlich bestehende Praxis eigenmächtig und ohne Wissen und Genehmigung des Staates wieder aufzuheben, und eine andere einzuführen suchte. Aehnliche Gesetzesübertretungen liess er sich aber auch in andern Beziehungen zu Schulden kommen: und die ganze Anklage gegen ihn dürfte so zu articuliren seyn:

1. Er hat eine päpstliche Verordnung einseitig ohne Genehmigung des Staates geltend zu machen gesucht, und eigene Verordnungen (die Anweisung an die Beichtväter und die Thesen) eben so eigenmächtig erlassen.

2. Er hat durch solche eigenmächtige Maasregeln bestehende Ordnungen (über die gemischten Ehen) umzustürzen, und Anstalten, die unter dem Schutze des Staates standen, (das theologische Studium in Bonn, und das Seminarium in Cöln) zu zerrütten versucht.

3. Er hat diese gesetzwidrige Gesinnung unter seinem Clerus zu verbreiten gesucht,

a) durch die Anweisung an die Beichtväter, in welcher er sie ermahnte, das Placet des Staates zu verachten,

b) durch die 18te Thesis, durch welche er die Aufsicht über die Kirchendisziplin dem Staate zu entreissen suchte, und die Geistlichen für diesen Zweck durch ein feierliches Versprechen vinculirte.

4. Er hat endlich zuletzt, um sich gegen die gerechte Strafe des Staates zu sichern, sich auf eine aufregende Weise an seine Geistlichen und durch diese an das Volk gewendet, und sich dadurch aufrührerische Schritte zu Schulden kommen lassen.

Und gegen alle diese Anklagen kann der Erzbischof nichts Haltbares erwidern, als allein das, dass er die Grundsätze, nach welchen er verfahren habe, schon längst laut ausgesprochen, und in einem früheren Verhältnisse auch befolgt habe, dass dieselben der Regierung hinlänglich bekannt gewesen seyen, und dass also die letztere, indem sie ihn dennoch für den erledigten Stuhl in Cöln dem Domcapitel empfohlen, jene Grundsätze stillschweigend anerkannt habe.

In dem Ministerialschreiben an das kölnische Domcapitel vom 15ten Nov. 1837 wird noch angegeben, „dass die ganze Handlungsweise des „Erzbischofs nach unverkennbaren Spuren mit „dem feindseligen Einflusse zweier revolutionärer „Partheien zusammenhänge, welche die Gemüther „aufzuregen, die Gewissen zu verwirren suchen, „um ihre zerstörenden und weitgreifenden Pläne „durchzusetzen“. Diese schwere Anschuldigung, welche, ohne alle Begründung hingestellt, auch unpartheiische Beobachter stutzig machte, von den Vertheidigern des Erzbischofes aber besonders für ihren Zweck ausgebeutet wurde, ist zwar auch jetzt noch nicht vollständig, aber seit die Correspondenz des erzbischöflichen Secretairs Michaelis mit dem Pfarrer Binterim bekannt geworden ist, doch zum Theil so sehr erwiesen, dass man wohl annehmen kann, die weise preussische Regierung werde sie nicht ausgesprochen haben, wenn sie nicht die vollgültigsten Beweise dafür besitze. Hinlängliche Winke zur richtigen Deutung derselben finden sich in der Verbindung des Erzbischofes mit dem fanatischen Bischofe von Lüttich, in der Art, wie die ultramontanen belgischen Blätter die Handlungen des Erzbischofs beifalljauchzend anzeigten und erklärten, und endlich in den Versuchen, nach Abführung des Erzbischofs von Belgien aus Aufruhr in den preussischen Rheinlanden anzustiften. Uebrigens ist wohl zu beachten, dass der Erzbischof nicht beschuldigt wird, jenen Partheien mit Bewusstseyn und Absicht sich angeschlossen zu haben: man vergesse aber auch nicht, dass gerade beschränkte Fanatiker am leichtesten zu blinden Werkzeugen gemacht werden können.

Nach dieser historischen Darlegung der Vorgänge wird die Würdigung des Verfahrens der preussischen Regierung nicht schwierig seyn.

Die Vertheidiger des Erzbischofs behaupten, derselbe habe nach canonischem Rechte nur vom Papste gerichtet werden können: die preussische Regierung habe ihn also in Rom verklagen, und ruhig von dort das Urtheil abwarten müssen.

Darauf ist die Antwort ganz einfach folgende. Der Freiherr von Droste war katholischer Erzbischof und preussischer Unterthan. Wenn er in ersterer Eigenschaft gegen die Kirchengesetze fehlte, so unterlag er der im canonischen Rechte angeordneten kirchlichen Gerichtsbarkeit. Da er aber in dem vorliegenden Falle sich als Unterthan gegen die Landesgesetze vergangen hatte; so ist es in der That etwas stark, einem Staate zuzumuthen, dass er sein Recht gegen einen Unterthan bei einer ausländischen Behörde verfolgen solle. Denn der Staat ist für seine Unterthanen die höchste Rechtsbehörde, und kann nie zugeben, dass seine Unterthanen ihr Recht bei einer fremden Macht suchen, noch weniger kann er aber sein eigenes Recht gegen ungehorsame Unterthanen einer solchen fremden Entscheidung überlassen.

Man verwirrt hier absichtlich die Sache, wenn man die Angelegenheit des Erzbischofes zu einer Angelegenheit der gesammten katholischen Kirche macht. Es sind hier vielmehr zwei ganz verschiedene Fragen zu unterscheiden,

1. die Frage, ob die Gesetze des preussischen Staates die katholische Kirchenfreiheit gefährden oder nicht; und

2. die Frage, ob der Erzbischof sich eigenmächtig über bestehende Staatsgesetze hinwegsetzt, und dadurch straffällig gemacht habe.

Die erste Frage ist allerdings von der Art, dass sie Gegenstand von Unterhandlungen zwischen der Regierung und den katholischen Kirchenbehörden werden kann, da es kein anderes Mittel zu ihrer Lösung giebt. Indess kommt dieselbe hier unmittelbar eben so wenig in Rücksicht, als der preussische Staat die Erörterung derselben irgendwie zu scheuen hätte.

Der Erzbischof hat vielmehr den bestehenden Gesetzen bei seiner Stuhlbesteigung Gehorsam geschworen, hat alsdann dieselben mehrfach übertreten, zu derselben Uebertretung auch andere verleitet, und auf diesem Wege die Aufhebung der ihm misfälligen Gesetze bewirken wollen. Gewissensnöthigung kann derselbe mit Recht durchaus nicht vorwenden. Wir erkennen es zwar wohl an, dass für einen gewissenhaften Mann der Fall eintreten kann, wo er Gott mehr gehorchen muss, als Menschen. Hier aber vermögen wir einen solchen Fall nicht zu entdecken. Die bestehenden Gesetze, um welche es sich hier handelte, musste der Erzbischof, welcher früher Jahre lang ein Bisthum regiert hatte, besser kennen als irgend ein Anderer. Waren unter denselben Einige, welche zu beobachten er sich durch sein Gewissen gehindert fühlte, so durfte er denselben nicht Gehorsam schwören: nachdem er aber diesen Eid geleistet hatte, durfte er die Aufhebung von bestehenden Gesetzen nicht durch Uebertretung und Nichtachtung derselben erzwingen wollen: denn dies ist ein revolutionäres Treiben, welches, wenn der Staat es dulden würde, nothwendig zum Umsturze desselben führen müsste.

Die Maasregeln gegen den Erzbischof waren also nur gegen einen ungehorsamen Unterthan gerichtet: wenn man mit Berufung auf das canonische Recht den Papst auch in diesem Falle

zum allein competenten Richter machen will, so ist nicht abzusehen, warum man nicht auch für die andern katholischen Unterthanen Preussens die Appellationen von der weltlichen Obrigkeit an den Papst, welche das canonische Recht in defectu justitiae saecularis gestattet, und die von demselben vorgeschriebenen Reservationen der geistlichen Gerichtsbarkeit in Anspruch nimmt, und alles dieses auch zur Freiheit der katholischen Kirche rechnet. Die Forderung, dass die Sache des Erzbischofes an den Papst zur Entscheidung habe gebracht werden müssen, erscheint um so abgeschmackter, wenn man erwägt:

1. dass der Staat durch eine Anklage bei dem Papste gerade die Principien aufgegeben hätte, welche er gegen den Erzbischof zu vertheidigen hatte. Er hätte nämlich eben durch die Erhebung der Klage bei dem Papste die Fragen, um welche es sich handelte (Ausführung kirchlicher Verordnungen, Beaufsichtigung der theologischen Studien u. s. w.), für rein kirchliche erklärt, während sich doch gerade seine Anklage gegen den Erzbischof darauf gründete, dass dieselben nicht rein kirchlich seyen, sondern auch einer Mitaufsicht und Mitwirkung des Staates unterlägen.

2. dass der Papst in der vorliegenden Sache selbst Parthei war. Denn die Rechte der Hierarchy, welche der Erzbischof auf Kosten der Rechte des Staates erweitern wollte, gipfeln in dem Papste, und jeder Gewinn des einzelnen Bischofes auf diesem Gebiete kommt am Ende dem Papste zu Gute.

Die Gegner werden nun freilich antworten, auch der Staat sey hier Parthei, und könne daher eben so wenig in dieser Sache alleiniger Richter seyn. Dagegen ist aber zu erwidern, dass der Staat zur Handhabung des Rechtes ein unabhän-

giges Richteramt verordnet hat, welches auch in den Fällen, wo Rechtsfragen zwischen der Regierung und einzelnen Unterthanen streitig geworden sind, durchaus unpartheiisch entscheidet, und welchem jeder Unterthan mit vollem Vertrauen den Schutz seiner Rechte anvertrauen kann und anvertraut. Ein solches unpartheiisches Richteramt fehlt aber in der Kirche für Streitfragen zwischen Staat und Kirche: denn die geistlichen Richter sind durch ihren Stand bei dem Interesse der Kirche betheiligt, und sind auch von den höhern kirchlichen Administrationsbehörden keinesweges unabhängig gestellt.

Dies führt uns indess zu dem zweiten Einwurfe, welcher mit grösserem Scheine gegen das Verfahren der preussischen Regierung erhoben werden kann. Die Regierung, so sagt man, hätte den Erzbischof vor das competente weltliche Gericht stellen, nicht aber eigenmächtig selbst verfahren sollen.

Der Einwurf wäre richtig, wenn es sich um einzelne Fälle von Ungehorsam gehandelt hätte, welche ganz der Vergangenheit angehörten. Aber der Erzbischof befand sich fortwährend im Zustande des Ungehorsams gegen den Staat, alle seine Handlungen des Ungehorsams dauerten noch fort und wirkten ununterbrochen auf die ganze Diöcese, ohne dass er sich zu einer Aenderung seines Verhaltens verstanden hätte. Wenn er während einer Klage frei in seinem Wirkungskreise geblieben wäre: so würde er, nachdem er mit Aufregung des Volkes schon begonnen hatte, unendliches Unheil haben bewirken können. So war es also Sache der Staatspolizei, den fortdauernden Ungehorsam unschädlich, und dem daraus hervorgehenden ungesetzlichen Zustande ein Ende zu machen, und zu sorgen, ne quid

detrimenti respublica caperet. Das allein ist geschehen, weil es des Staatswohls wegen geschehen musste: der Erzbischof ist seinem Wirkungskreise entnommen, und seine gegenwärtige Lage ist nur so weit beschränkt als nöthig war, um eben seinem schädlichen Wirken ein Ende zu machen, da er sich durch eigene Versprechungen selbst nicht binden wollte. Wenn die Regierung ihn auch jetzt noch nicht vor Gericht gestellt hat, so darf man voraussetzen, dass sie noch durch eine für den Erzbischof mildere Auskunft jenes Schrittes überhoben zu seyn hofft: falls sich diese aber nicht verwirklichen lässt, so ist eben so sehr zu erwarten, als zu wünschen, dass die Sache auf dem Wege Rechtens bald entschieden werde.

Von den Vertheidigern des Erzbischofs ist häufig die gewaltsame Wegführung desselben als ein ganz unerhörtes Ereigniss dargestellt worden. Wäre es dies, so würde daraus nur geschlossen werden können, entweder dass bis dahin die Bischöfe ihre Unterthanspflichten besser beobachtet hätten, als es vom Erzbischofe von Cöln geschehen ist, oder dass die Regierungen nicht immer ihre Rechte gehörig wahrgenommen hätten; nicht aber dass das Verfahren selbst ungerecht wäre. Indess ist das ganze Vorgeben falsch, und selbst in neueren Zeiten haben die Erzbischöfe von Lyon und Mecheln Beispiele geliefert, wo Bischöfe von ihren Regierungen von der Ausübung ihrer Amtsthätigkeit suspendirt worden sind. Geht man aber in die Geschichte der französischen Parlamente zurück, so wird man auf noch mehrere Fälle stossen, wo Bischöfe auf Parlamentsbefehl verhaftet und in engem Gewahrsame gehalten worden sind. So 1480 der Bischof von Coutance, 1481 der Bischof von Saintes, 1531 der Bischof von

Auxerre *). Doch wózu Beispiele, wo alles von der einfachen Frage abhängt, ob die katholischen Bischöfe noch Unterthanen ihrer Landesherren sind oder nicht? Denn sind sie es, so kann auch in den Fällen, wo sie ihre Unterthanspflichten verletzen, nur dem Staate das Strafrecht gebühren: es liegt in der Macht des Staates, ihnen, welche seines Placets bedurften, um das kirchliche Amt anzutreten, dieses Placet und somit die Ausübung desselben wieder zu entziehen.

*) *S. Preuves des Libertez de l'Eglise Gallicane. 1651. fol. chap. VII no 34 seq.*

VI.

Verhandlungen in Rom.

Es lag ganz in den Verhältnissen, dass die preussische Regierung, als die Differenzen mit dem Erzbischofe eine immer ernstere Wendung nahmen, den römischen Hof davon in Kenntniss setzte, und auf die endliche unvermeidliche Maasregel hinwies, welche sie zu ergreifen sich gezwungen sehen würde; eben so dass nach der Catastrophe dieselbe durch ihren Gesandten jenem Hofe alle Erläuterungen über das Geschehene und dessen Gründe anbieten liess. Diese Bereitwilligkeit konnte nicht dahin gemisdeutet werden, als ob die Regierung den Papst in der vorliegenden Angelegenheit als Richter anerkennen wolle: sie war allein in der Rücksicht begründet, dass dem Papste als dem Haupte der katholischen Kirche eine solche Maasregel gegen einen katholischen Bischof nicht gleichgültig seyn könne, und in dem Wunsche, dass, wenn derselbe durch seinen Einfluss auf den Erzbischof dieselbe nicht unnöthig machen wollte oder könnte, er sich doch überzeugen möchte, dass dieselbe nicht in einer veränderten Gesinnung der Regierung gegen die katholische Kirche begründet sey, und die Verhältnisse der letztern in Preussen nicht ändern werde.

So begann der preussische Minister-Resident in Rom, der geheime Legationsrath Bunsen, schon im Mai 1837 dem römischen Hofe die Ursachen zur Unzufriedenheit, welche der Erzbischof der Regierung gebe, mitzutheilen, und auf die ernsten Folgen hinzuweisen, welche durch das Benehmen desselben herbeigeführt werden könnten. Als der päpstliche Unterstaatssecretair, Monsignore Cappacini, im August 1837 in Berlin war, erklärte der König selbst demselben in einer Audienz, dass Er den Erzbischof aus seiner Diocese entfernen werde, wenn derselbe fortfahren werde, den Gesetzen des Staates zu trotzen *). Indess ungeachtet diese Erklärung mehreremal wiederholt wurde, that der römische Hof dennoch nichts, um den Erzbischof auf einen andern Weg zu leiten. Er scheint nicht erwartet zu haben, dass die Regierung aus ihren Drohungen Ernst machen werde, und glaubte demnach den Bestrebungen des Erzbischofes zur Erweiterung der Rechte der katholischen Hierarchie, die denn doch zuletzt am meisten dem Papste zu Gute kommen musste, nicht entgegenwirken zu dürfen.

Desto mehr war man überrascht, als nun dennoch der angedrohte Schritt erfolgte: und der Papst liess sich durch sein verletztes Gefühl verleiten, sogleich nachdem er im Allgemeinen von dem Ereignisse gehört hatte, ohne die näheren Erläuterungen des preussischen Gesandten abzuwarten, auf die einseitigste und leidenschaftlichste Weise dasselbe d. 10ten December zum Gegenstande einer Allocution im geheimen Consistorio zu machen, welche alsbald geflissentlich

*) Die katholische Kirche in der preussischen Rheinprovinz und der Erzbischof Clemens August v. Cöln. Frankf. a. M. 1838. S. 136 f.

allgemein verbreitet wurde *). Das Ereigniss wird hier als eine schwere Beleidigung dargestellt, welche dem Erzbischofe nur deshalb zugefügt sei, weil er sich hinsichtlich der gemischten Ehen streng dem päpstlichen Breve gemäss gehalten, und der weltlichen Regierung, welche auf arglistige Weise den Sinn desselben habe verdrehen lassen, nicht habe nachgeben wollen. Dagegen werden die verletzte kirchliche Freiheit, die verachtete bischöfliche Würde, die usurpirte heilige Gerichtsbarkeit, und die mit Füßen getretenen Rechte der katholischen Kirche und des heiligen Stuhls feierlich zurückgefordert, der Erzbischof von Cöln aber als unschuldig Leidender hoch belobt.

*) S. die Allocution u. a. in der Urkundlichen Darstellung der Thatsachen, welche der Wegführung des Erzb. v. Cöln vorausgegangen u. gefolgt sind, Regensburg 1858, S. 186: — Gravissimam querimur injuriam illatam nuper Ven. Fratri Clementi Augusto, Archiepiscopo Coloniensi, qui regio jussu omni pastoralis jurisdictionis usu prohibitus, e sua sede per vim magnoque armorum apparatu ejectus, atque alio relegatus est. Inde autem tanta illi calamitas ob- tigit, quod constanter quidem paratus reddere Caesari quae Caesaris sunt, at memor officii sui de Ecclesiae doctrina et disciplina religiose servanda, non aliam sibi in mixta- rum nuptiarum negotio proposuerit regulam praeter eam, quae Apostolicis litteris — fuerat declarata. — Quis fu- turum putaret, ut Pontificia isthaec declaratio, indulgen- tissima licet, et semel atque iterum per Regium in Urbe Oratorem accepta, eo sensu adhiberetur, qui inconcussa catholicae Ecclesiae principia perverteret, et hujus Aposto- licae Sedis menti penitus repugnaret? Verum quod nemo unus fingere aut excogitare posset, quodque vel leviter su- spicari crimen fuisset, id artificioso saecularis potestatis impulsu factum est. — Quae cum ita sint, illud, Venera- biles Fratres, Deo, Ecclesiae ac ministerio, quo fungimur, Nos debere sentimus, ut apostolicam vocem attollentes ec- clesiasticam immunitatem violatam, episcopalem dignita- tem despectam, sacram jurisdictionem usurpatam, Catholi- cae Ecclesiae sanctaeque hujus sedis jura pessumdata palam in coetu vestro reclamemus. Id autem dum facimus, Viro omnigena virtute praestanti Coloniensi Antistiti redditam una pariter volumus meritissimam laudem ob religionis causam ab ipso tanto cum sui discrimine invicte propu- gnatam.

Diese Allocution führt uns ganz in das Mittelalter zurück. Ob der König in der Sache gegen den Erzbischof Unrecht habe, das ist nicht erst Gegenstand einer Untersuchung, das wird als sich von selbst verstehend vorausgesetzt: er hat seine Hand an den Geweihten des Herrn gelegt, und sonach ist er verabscheuenswerth, der Priester dagegen, welchen endlich nach langem Zögern der weltliche Arm seine Schwere hat fühlen lassen, ist ein Märtyrer, ein Heiliger. Wann wird doch endlich der heilige Vater es bis zu der gemeinsten Gerechtigkeit bringen!

Eben so fremdartig wie diese mittelaltrige Allocution in die Gegenwart eingetreten ist, eben so halt- und zwecklos erscheint sie auch. Zuerst haltlos: denn sie hat es doch nicht gewagt, solche Drohungen oder Urtheilssprüche hinzuzusetzen, welche ähnlichen päpstlichen Donnerworten im Mittelalter erst den rechten Nachdruck und die wahre Bedeutung gaben. Die gewaltigen Anklagen der Allocution laufen am Ende nur in ohnmächtige Reclamationen aus: und wenn auch der Alloquent heimlich darüber seufzen mochte, dass es nicht mehr möglich sey, „die heiligen Maximen der alten Päpste in Ausübung zu bringen, noch nützlich sie ins Gedächtniss zurückzurufen“ *); so hätte er sich doch fragen müssen, ob denn nicht die Reclamationen, bei denen er stehen zu bleiben genöthigt war, auf eine angemessenere Weise geltend gemacht werden konnten. Fragt man ferner nach dem Zwecke der Allocution, so wird man finden, dass der Alloquent im besten Falle sich über denselben selbst nicht klar war, sonst aber nur einen durchaus verwerflichen Zweck haben konnte.

*) S. oben S. 91.

Konnte er die Absicht haben, durch die Allocution auf die preussische Regierung zu wirken, um diese zur Zurücknahme der gethahenen Schritte zu bewegen? Aber die Anklage gegen diese Regierung und die Lobpreisung des Erzbischofs ist so maaslos, dass wenn jene sich durch die Allocution zur Aenderung ihres Benehmens hätte bewegen lassen, und sonach die Wahrheit des Inhalts derselben zugestanden hätte, sie sich in dem allgemeinen Urtheile geradezu vernichtet haben würde. Wollte also der Papst auf die preussische Regierung Eindruck machen, so hinderte er durch die Allocution diesen Zweck mehr als er ihn förderte. Beabsichtigte er aber durch dieselbe andere katholische Regierungen zum Beistande aufzurufen, so war auch dazu die Allocution ein verkehrtes Mittel. Alle Regierungen nämlich müssen gegenwärtig, wo, wie Görres sagt, die Revolution wie ein brüllender Löwe Europa durchstreicht, dergleichen Volksaufwiegelungen abgeneigt seyn, und werden sich hüten, den Erfolg derselben zu befördern, da dasselbe Mittel, wenn es heute gegen Eine Regierung wirksam gewesen ist, morgen gegen die Andere angewendet werden kann. Und da der Papst dies alles nicht übersehen haben wird, so lässt sich für seine Allocution nur eben der Zweck auffinden, das Volk aufzuwiegeln: und so verwerflich derselbe auch erscheint, so muss man doch gestehen, dass die Allocution demselben völlig entspricht. Der preussischen Regierung werden Beschuldigungen aufgebürdet, durch welche jeder ihrer katholischen Unterthanen, welcher dem Papste ohne Prüfung zu glauben gewohnt ist, im höchsten Grade gegen sie erbittert werden muss. Wenn die Aufregung unter den katholischen Rheinländern, für welche schon der Erzbischof Clemens August das

Seinige gethan hatte, durch diese Allocution nicht zum Fanatismus gesteigert, und in offenen Aufbruch ausgebrochen ist; so ist dies wenigstens nicht die Schuld des alloquirenden Papstes.

Die preussische Regierung durfte indess diese ohnmächtigen Bestrebungen verachten: sie musste erkennen, dass der Papst durch seine Allocution sich bei allen vernünftigen Katholiken nur geschadet habe, und sie war mächtig genug, um unvernünftige Fanatiker im Zaume zu halten. So behauptete sie also eine unverändert ruhige und würdige Haltung, welche insbesondere auch in der amtlichen

Darlegung des Verfahrens der Preussischen Regierung gegen den Erzbischof von Köln.

Vom 25sten Nov. 1837. Berlin 1838. 4.

in einem grellen Abstiche zu der Leidenschaftlichkeit und Unbesonnenheit der Allocution hervortritt. Diese Darlegung, zuerst lithographirt den Regierungen mitgetheilt, dann gedruckt allgemein verbreitet, musste jedem, welcher sehen wollte, eine klare, und, da sie durchweg mit urkundlichen Belegen versehen war, eine feste und sichere Einsicht in die Sachverhältnisse geben.

Als die Allocution erschien, war der preussische Gesandte auf der Rückreise nach Rom begriffen mit dem Auftrage, dort die vollständigsten Erläuterungen über den Vorgang und die Motive desselben zu geben. Als er unterwegs die Allocution erhielt, musste er fühlen, dass sein ohnehin schon schwieriges Geschäft noch schwieriger geworden sey. Wenn er indess sich nicht genöthigt glaubte, dieselbe als offene Absage gegen seine Regierung aufzunehmen: so scheint es doch, dass er, um die Würde seiner Regierung zu behaupten, nicht umhin konnte, mit den

vollständigen Erläuterungen über den Vorgang eine energische Erklärung zu verbinden, durch welche er alle anmassliche Einmischungen und voreilige Urtheile von den souverainen Handlungen seiner Regierung zurückwies. Er musste vor allem unumwunden deutlich es sagen, dass er nicht gekommen sey, um Genehmigungen oder Urtheilssprüche auszuwirken, sondern, was von weltlicher Seite gegen einen ungehorsamen Unterthan geschehen sey, mitzutheilen und zu erläutern, damit die geistliche Oberbehörde sich wo möglich von dessen Gerechtigkeit und Nothwendigkeit überzeuge, jedenfalls aber das Unabänderliche anerkenne, und nach Maassgabe desselben, wie es das Beste der Kirche erfordere, zu handeln sich entschliesse.

Indessen hat der geheime Legationsrath Bunsen in der Note, welche er von Ancona aus den 17ten Dec. an den Cardinal-Staatssecretair erlassen hat, und welche in der Römischen Denkschrift *) mitgetheilt ist, einen ganz andern Weg

*) Urkundliche Darstellung der Thatsachen u. s. w. Regensburg 1858. S. 212. Quant au passé, Sa Majesté n'a entendu exercer aucun acte de juridiction quelconque, ni de s'attribuer aucun droit de déposer ou de suspendre l'archevêque comme tel. Le Roi au contraire, en respectant le caractère sacré de ses fonctions spirituelles, n'a entendu qu'exercer un acte de cette propre défense, qui, fondée pour tous dans le droit de nature, est dans un degré éminent inhérent au droit divin de chaque souveraineté. — Mais Sa Majesté ne s'est décidée à l'exercice de ce droit de la propre conservation qu'après avoir dû renoncer à l'espoir de voir le Saint-Siège par un acte de son autorité suprême la dispenser d'une si triste et si déplorable nécessité. De plus, l'exécution de cette démarche, annoncée d'avance au Saint-Siège comme devant devenir indispensable pour la sûreté du Royaume et pour le maintien de l'honneur de la Couronne, n'a eu lieu qu'à la suite d'un commencement de troubles, qui menaçaient d'une révolution une province entière, et qui furent, d'après les rapports unanimes des autorités, excités directement ou indirectement par l'archevêque ou ses prétendus amis. — Rien n'avait été préjugé définitivement de la part du gouvernement, qui s'était bien gardé

eingeschlagen. Diese Note stellt nämlich das Geschehene als eine zwar nothwendig gewesene, aber doch nur provisorische Maasregel dar, durch welche dem Endurtheile des Papstes nicht habe vorgegriffen werden sollen. „Der König habe nicht die Absicht gehabt irgend eine Gerichtsbarkeit auszuüben, sondern nur einen Act natürlicher Selbstvertheidigung, nachdem der heil. Stuhl unterlassen habe, durch einen Act seiner obersten Machtvollkommenheit ihn von einer so traurigen Nothwendigkeit zu dispensiren. Der Schritt habe erst in Folge eines Anfangs von Unruhen stattgefunden, durch welche eine ganze Provinz mit einer

de prononcer l'arrestation de l'archevêque et l'empêchement de l'exercice de ses fonctions comme un acte plus que transitoire, devenu nécessaire pour le moment. C'était le Pape qu'un monarque puissant — voulait reconnaître et faire publiquement juge de cette question. — La confiance dans la justice de sa cause et dans la sagesse du Saint-Siège était telle, que le Roi voulait acquiescer dans ce jugement du Souverain Pontife. Toutes ces intentions reposaient cependant sur une supposition fondamentale, c'est à dire celle, que le Saint-Siège voulût bien s'instruire complètement sur cette affaire importante, avant de prononcer un jugement. — Tout ce qui pouvait intéresser le coeur paternel de Sa Sainteté: la situation personnelle de l'archevêque, — l'administration du diocèse, — les affaires pendantes à l'exécution de la prohibition pontificale des oeuvres de Hermes — enfin l'exécution des dispositions pontificales relativement aux mariages mixtes: — tout cela devait être soumis au jugement du Saint-Siège, mais bien entendu, après que saisi de l'affaire il aurait entendu le gouvernement royal, qui se constituait partie plaignante dans l'affaire canonique contre l'archevêque. — La question pratique sous ce rapport ne saurait être que celle de savoir: Si l'acte de l'allocation doit dans l'intention de Sa Sainteté constituer un jugement définitif, excluant l'examen de la cause; — ou si le Saint-Siège veut encore se saisir de cette cause en se réservant la liberté de l'examiner avec cette impartialité, dont la supposition avait fait concevoir à Sa Majesté l'idée énoncée pour l'arrangement définitif de la même?

Il paraît clair, que dans la première supposition l'intention du Roi a été malheureusement détruite par un acte non prévu, et que par conséquent le Saint-Siège, ne voulant pas recevoir les renseignements, dont le Soussigné est le porteur au nom du Roi, il établit un commencement d'hostilité d'après le principe du droit des gens.

Revolution bedroht gewesen sey. Dennoch habe der König das canonische Urtheil ganz dem Papste vorbehalten, und ihn zum Richter dieser Frage machen wollen: die Verhaftung des Erzbischofes sey nur als ein vorübergehender, für den Augenblick nothwendiger Act zu betrachten. Diese Absichten hätten indess auf der Voraussetzung beruht, dass der heil. Stuhl die Sache mit Unpartheilichkeit untersuchen werde, ehe er ein Urtheil spreche: daher lege der Gesandte jetzt die entscheidende Frage vor, ob der Act der Allocution mit Ausschluss einer Untersuchung ein entscheidendes Urtheil bilden solle, oder ob der heil. Stuhl sich noch die Freiheit vorbehalte, die Sache mit Unpartheilichkeit zu untersuchen. Beharre derselbe ohne Weiteres bei der Allocution, so habe er dadurch einen Anfang von Feindseligkeit nach den Grundsätzen des Völkerrechts begründet."

Man kann nicht verkennen, dass die Note dasjenige auf sehr schwankende Weise bezeichnet, was Gegenstand des päpstlichen Urtheils werden solle. Zuerst versichert sie, dass der König sich ein Urtheil über den Erzbischof als solchen nicht habe anmassen wollen. Dem war allerdings so; der König hatte gegen den Erzbischof nur als ungehorsamen Unterthan verfahren lassen: in Folge davon war derselbe aber in eine Lage gebracht, wo er seine bischöflichen Pflichten nicht mehr ausüben konnte. Ueber jenen Act souveräner Machtvollkommenheit konnte dem Papste kein Urtheil zugestanden werden, wohl aber über die Wirkungen desselben auf die kirchlichen Verhältnisse des Erzbischofs. Der Erzbischof als solcher blieb dem päpstlichen Urtheile vorbehalten.

In einer andern Stelle bezeichnet die Note die persönliche Lage des Erzbischofs, die Verwaltung der Diöcese, die Hermèsische Angelegen-

heit und die Frage über die gemischten Ehen als die Gegenstände, welche dem Urtheile des päpstlichen Stuhls überlassen bleiben sollten. In der That sind dies zum Theil Gegenstände, welche für den Staat eine zu wichtige Bedeutung haben, als dass er sie ohne Weiteres einem päpstlichen Urtheile preisgeben könnte: merkwürdig ist aber, dass die Frage über die Schuld oder Unschuld des Erzbischofs hier ausgeschlossen zu seyn scheint.

In der dritten Stelle heisst es dagegen geradezu, dass das Verfahren gegen den Erzbischof nur ein provisorisches gewesen sey, und dass nach der Absicht des Königs das Endurtheil darüber dem Papste habe überlassen bleiben sollen. Dies war eine im höchsten Grade bedenkliche Concession, denn

1. da diese Uebertragung des Urtheils nicht ausdrücklich als ein Compromiss ausgedrückt war; so konnte sie für die Folge zum Beweise benutzt werden, dass auch die preussische Regierung den alten canonischen Grundsatz anerkannt habe, wonach ein Bischof in allen Beziehungen, mit Ausnahme der Lehnverhältnisse, nur vom Papste gerichtet werden könne. Dass aber ein Bischof, wenn der Staat sich auch über dessen Unterthanenverhältnisse des Richteramts begiebt, so gut als aus dem Unterthanenverbande entlassen ist, liegt am Tage.

2. In dem vorliegenden Falle ist nicht zu verkennen, dass ein grosser Theil der Vergehungen des Erzbischofs in Rom gar nicht als solche betrachtet werden, und zwar aus dem einfachen Grunde nicht, weil man in Rom die mittelalterlichen Grundsätze über das Verhältniss der weltlichen zur kirchlichen Gewalt noch nicht aufgegeben hat. Wie gewagt war es also, sich im Voraus einem solchen Urtheile zu unterwerfen!

Es scheint freilich, als ob der Gesandte in dieser Note nur den Zweck gehabt habe, durch eine in Aussicht gestellte Anerkennung des päpstlichen Richterspruchs zu bewirken, dass die Allocation als voreilig zurückgenommen werde. Indess durch diplomatische Künste wird man Rom schwerlich überlisten. Es hatte durch die Allocation bei Vielen den ersten Eindruck für sich gewonnen, und unter den Seinen grossen Enthusiasmus hervorgebracht: alles dies wäre durch eine solche Zurücknahme unwiederbringlich verloren gewesen. Und was konnte es durch dieselbe zu gewinnen hoffen, da es voraussehen musste, dass sein Richterspruch über eine Europäische Grossmacht am Ende doch nur so viel gelten werde, als diese wolle!

Ueberdies konnte der päpstliche Stuhl die in der Note enthaltene Anerkennung seiner alleinigen Competenz in dieser Sache acceptiren, und dennoch die Beschwerde gegen die Allocation, als ob sie durch ihre Voreiligkeit die Unpartheilichkeit des Richters beeinträchtigt hätte, als ungegründet zurückweisen. War nämlich die Beschwerde der preussischen Regierung, wie dieselbe zuzugeben schien, nach canonischem Gesetze zu beurtheilen; so war diese Regierung zu ihrem Verfahren nicht befugt gewesen, und es musste nach eben diesem canonischen Gesetze zuerst die Restitution des Erzbischofs erfolgen, ehe eine Klage gegen denselben angenommen werden konnte. Der Papst hatte sonach völliges Recht gehabt, welches auch immer die Schuld des Erzbischofes gewesen seyn mogte, die gewaltsame Wegführung desselben laut zu misbilligen. Diesen Gesichtspunct nahm auch der Cardinal-Staatssecretair in seiner Antwort v. 25sten December *).

*) a. a. O. S. 226.

Er erwiderte dem Gesandten, die Allocution sey nichts anderes, als eine öffentliche Erklärung gegen eine öffentliche Thatsache, als eine feierliche Beschwerde gegen eine offenbare und Aergerniss erregende Verletzung der heiligen Rechte der Kirche: eine weitere Verhandlung könne nicht eher stattfinden, bis der Erzbischof in Freiheit gesetzt, und der Verwaltung seiner Diöcese wiedergegeben worden sey.

Die Verhandlungen in Rom sind, so weit sie in der Römischen Denkschrift bekannt gemacht worden sind, auf dem eben bezeichneten Punkte stehen geblieben. Dem allgemeinen Gerüchte nach ist indess die preussische Regierung mit dem Benehmen ihres Gesandten nicht zufrieden gewesen, sondern hat ihn abberufen. Wie aber weiter von preussischer Seite in Rom gehandelt ist, und mit welchem Erfolge, darüber sind blos schwankende Zeitungsnachrichten bekannt geworden, auf welche durchaus nicht mit Sicherheit gebauet werden kann.

VII.

Aussichten in die Zukunft.

Wie sich diese Wirren noch ausgleichen werden, und welches Verfahren zu diesem Zwecke einzuschlagen sey: darüber sind die mannichfaltigsten Vermuthungen und Vorschläge laut geworden.

Wir glauben bei den unsrigen von der festen Ueberzeugung ausgehen zu müssen, dass die preussische Regierung von ihrem guten Rechte kein Haarbreit werde weichen wollen, und dass sie es nicht könne, ohne ihre moralische Kraft zu zerstören. Denn

1. wollte sie in dieser Angelegenheit nachgeben, so würde sie ihre allgemeine Achtung, ihr hohes Ansehen, und ihr moralisches Vertrauen für lange Zeit verlieren. Ihr Nachgeben könnte nicht anders gedeutet werden, als entweder dahin, dass sie sich einer übereilten rechtswidrigen Handlung anklage, oder dahin, dass sie durch Schwäche und Furchtsamkeit geleitet werde: beide Urtheile würden aber in der allgemeinen Meinung ihr gleich nachtheilig seyn. Andere Regierungen würden mit Unwillen die neue Ermuthigung empfinden, welche durch Preussens Schuld die alten Anmassungen der Hierarchie empfangen hätten: viele Einzelne, welche von

der Gerechtigkeit der Sache überzeugt in derselben thätig gewesen wären, würden zur Belohnung treuer Dienste sich compromittirt finden. Wer könnte bei spätern Veranlassungen, wo es auf Muth und Ausdauer ankäme, sich und sein Schicksal einer Regierung anvertrauen, welche es im besten Rechte an diesen Eigenschaften hätte fehlen lassen?

2. Welch eine Aussicht für das Verhältniss zu ihrer katholischen Landeskirche würde sich die preussische Regierung eröffnen, wenn sie hier nachgeben wollte? Sie würde geradezu auf ihre Rechte in Beziehung auf diese Kirche verzichten, und den Clerus aus dem Unterthanenverbande entlassen müssen: sie würde in ihren katholischen Provinzen mehr von dem katholischen Clerus, als dieser von ihr abhängen.

Will also die preussische Regierung Herr in eigenem Lande bleiben, und ihr Vertrauen und ihre Achtung nicht verscherzen; so kann sie der Anforderung des Papstes nicht nachgeben, sie kann den Erzbischof von Cöln nicht anders restituiren, als nachdem er seine Vergehen anerkannt, und für die Folge zureichende Bürgschaften gegeben hat.

Aber auch Rom wird nicht nachgeben, und wird um so eher sich zum Festhalten und Warten entscheiden, da es dadurch bei der Wankelmüthigkeit der weltlichen Regierungen nur zu oft den Sieg gewonnen hat.

Wenn nun aber von dieser dauernden Spannung der preussischen Regierung mit Rom für längere Zeit ein schwankender Zustand der katholischen Kirche in den preussischen Ländern die Folge seyn sollte; so wäre dies sehr betrübend, und für den preussischen Staat selbst nicht ohne Bedenklichkeit. Um so mehr fordern die

Vorschläge, welche zur Beruhigung der katholischen Kirche im preussischen Staate gemacht worden sind, eine sorgfältige Prüfung: selbst wenn sie nicht annehmbar erscheinen, so ist es doch schon wichtig, sich die Gründe ihrer Nichtannehmbarkeit zu verdeutlichen.

x Zuerst gehört dahin der Vorschlag, dass der preussische und der römische Hof gemeinschaftlich eine Commission niedersetzen, und sich im Voraus dem Urtheile derselben unterwerfen. Rom wird auf diesen Vorschlag nicht eingehen; Preussen kann es nicht, weil es das dem Staate gebührende Richteramt über den Erzbischof, sofern derselbe Unterthan ist, eben so wenig als über irgend einen andern Unterthan aus den Händen geben kann. Aus denselben Gründen, weshalb es jetzt geschähe, würde es in ähnlichen Fällen immer geschehen müssen, und Preussen würde durch diese Concession für die Zukunft die gesetzliche Norm begründen, dass Geistliche, wenigstens höhere Geistliche, in Personalsachen nur von einer so gemischten Commission gerichtet werden sollten. Aber abgesehen davon so ist vor auszusehen, dass jene Commission in dem vorliegenden Falle den Streit nicht enden, sondern mehren werde. Die römischen Mitglieder der Commission würden eben so für den Erzbischof, als die weltlichen gegen denselben stimmen. Zu der Wahl eines Obmannes werden aber beide Theile nicht einwilligen wollen, um nicht von der zufälligen Denkungsart eines Einzigen eine so bedeutende und folgenreiche Entscheidung abhängig zu machen.

Wenn dieser Vorschlag unausführbar ist, so ist ein anderer, welcher in dieser Zeit nicht selten vernommen worden ist, im höchsten Grade unweise. Es ist der, dass die preussische Regie-

rung diese Gelegenheit benutzen solle, um die Aufstellung eines von Rom unabhängigen Patriarchen der deutsch-katholischen Kirche einzuleiten. Bei diesem Vorschlage ist ganz übersehen, dass der Papst nach dem Glauben der Katholiken durch göttliche Einsetzung Mittelpunkt der kirchlichen Einheit ist, und dass die Losreissung von ihm Losreissung von der Kirche ist; dass ihm ferner in dieser Eigenschaft von allen Katholiken, von Einigen mehrere, von Anderen weniger, aber doch von Allen bedeutende Rechte beigelegt werden, welche zu verletzen ihnen für eine Versündigung gegen Gott und die Kirche gilt. Wenn man dies erwägt, so wird man bald einsehen, dass der Staat eine auf religiöse Ueberzeugung gegründete Einrichtung weder zu ändern vermag, noch auch ändern wollen kann. Das Resultat eines solchen Versuches wäre mit Sicherheit vor auszusehen: so viele Hunderte von Katholiken sich vielleicht dem Plane anschließen, so viele Millionen würden durch denselben aufs tiefste verletzt, mit Mistrauen gegen ihre Regierung erfüllt, und zur Vertheidigung ihres Heiligthums aufgeregt werden: religiöser Fanatismus würde überall offenen Eingang finden. Ein solcher Vorschlag kann nur von unbesonnenen Protestanten, welche mit den katholischen Verhältnissen durchaus unbekannt sind, oder von böswilligen Katholiken, welche den katholischen Unterthanen Preussens Mistrauen einflössen wollen, ausgehen. Was soll man aber dazu sagen, dass hin und wieder in Zeitungen darauf hingedeutet wurde, als ob die Preussische Regierung wirklich mit solchen Absichten umginge, da ihrer Weisheit gewiss doch immer nichts ferner gelegen hat, als solche Unbesonnenheiten und Abentheuerlich-

keiten. Ueberhaupt aber ist es ein Verrath an der Menschheit, Maasregeln zu wünschen und zu empfehlen, durch welche religiöse Ueberzeugungen Anderer mit Füßen getreten werden. Wenn es Einzelnen vergönnt ist, den Regierungen in kirchlichen Dingen Rath zu geben; so mögen diese doch immer den Grundsatz festhalten, dass die kirchlichen Entwicklungen frei zu lassen sind, und dass die Regierungen in Beziehung auf dieselben nur das wirkliche Staatsinteresse zu wahren haben. Will sich aus dem Innern einer Kirche heraus frei Neues gestalten, so lasse es der Staat gewähren, so lange er für sich keine Gefahr darin erblickt: aber nur zu seinem eigenen Schaden wird er es versuchen, einer Kirche Neues aufzudrängen, oder auf ihre Entwicklung positiv einzuwirken.

Der natürlichste und gewiss auch der beste Weg, welchen die preussische Regierung einschlagen kann, ist der, dass sie das Staatsinteresse nicht länger von Unterhandlungen in Rom abhängig macht, welche sie, wenn der römische Hof nicht auf eine ganz andere Bahn einlenkt, doch nicht länger mit Ehren fortsetzen kann; sondern dass sie das Staatswohl durch die ihr von Gott gewährte Macht selbst sicher stellt, wie sie ja in jedem andern Falle, wo das Staatsinteresse betheiligt ist, nicht auswärts sondern in sich selbst die Macht und das Recht, dasselbe zu sichern, suchen und finden wird. Alle Uebelstände werden bald verschwinden, wenn durch angemessene Einrichtungen und bestimmte Gesetze alle Verhältnisse, in denen Kirche und Staat sich berühren, vollständig und deutlich geordnet und festgestellt werden; wenn in diesen Anordnungen sich eben so sehr Wohlwollen und

Achtung gegen die katholische Kirche, als der ernste Wille die Rechte des Staates zu wahren ausspricht; und wenn endlich mit strenger Consequenz über die Aufrechthaltung dieser Ordnungen gehalten, und jede Ueberschreitung derselben streng geahndet wird. Wenn auf diese Weise die katholische Landeskirche beruhigt und geordnet ist; so wird die Regierung nicht mehr besonders dringende Veranlassungen fühlen, mit Rom in Unterhandlungen zu treten: das Interesse, dieselben anzuknüpfen, ist alsdann auf Roms Seite das grössere, und somit das Verhältniss, welches den letzten Unterhandlungen einen für die preussische Regierung so verletzenden Character gab, gerade umgekehrt. Preussen bedarf dann fürs Erste in Rom blos eines Bevollmächtigten, um die nothwendige Correspondenz zwischen dem Papste und der katholischen Landeskirche zu vermitteln.

Also vor allen Dingen keine Unterhandlungen mit Rom mehr. Es ist eine Erscheinung, welche erst der neuern Zeit angehört, dass protestantische Regierungen über die Verhältnisse ihrer katholischen Landeskirchen in Rom unterhandeln und zu diesem Zwecke fortwährend dort Gesandte haben. Die Veranlassung dazu gab der Umstand, dass mehrere deutsche protestantische Regierungen durch den Pariser Frieden 1814 grössere katholische Provinzen erworben hatten, welche schon seit Jahren auf eine neue Abgränzung und Dotation der zerstörten bischöflichen Diöcesen warteten. Diese Wiederherstellung konnte nur durch ein Zusammenwirken der Landesherren und des Papstes geschehen, und so wurden dadurch zuerst Verhandlungen dieser Art veranlasst, welche man früher nicht gekannt hatte.

Nachdem durch Concordate die Diöcesen neu abgegränzt, die bischöflichen Stühle, Capitel und andere kirchliche Anstalten dotirt, und die nöthigen Bestimmungen über die Wiederbesetzung der geistlichen Stellen in Erledigungsfällen getroffen waren; fanden die Regierungen sich schon dadurch veranlasst, Bevollmächtigte in Rom zu unterhalten, dass es ihnen wichtig seyn musste, die Correspondenz ihrer katholischen Landeskirche mit Rom durch ihre Hände gehen zu lassen. Dann aber war auch eine stehende Gesandtschaft geeignet, etwa entstehende Missverständnisse zu beseitigen, und ein gutes Vernehmen mit Rom aufrecht zu erhalten, welches einer protestantischen Regierung in Beziehung auf das Vertrauen ihrer katholischen Unterthanen immer von Bedeutung seyn musste.

Indessen musste auch das Verhältniss der katholischen Landeskirchen zum Staate überall neu festgestellt und geordnet werden, und hier traten manche Ansprüche der katholischen Kirche in den Weg, welche sich in dem Mittelalter, wo die Hierarchie gewohnt war den Staaten zu gebieten, gebildet hatten, nachher mehr oder weniger zurückgetreten, aber doch nie ausdrücklich aufgegeben waren, und jetzt, wo überhaupt der Ultramontanismus wieder erstarkte, sich mit neuer Kraft geltend zu machen suchten. Die Regierungen konnten unbezweifelt auf zureichende und gerechte Weise ohne alle fremde Mitwirkung die Rechte des Staates durch Gesetze feststellen und sichern: es fragte sich aber, ob es nicht zur Beruhigung der katholischen Bevölkerung dienlich, und sonach staatsklug sey, sich der Uebereinstimmung Roms dabei zu versichern, oder wo möglich in offener Gemeinschaft mit demselben zu handeln. Wenn es wahr ist, was man

so oft hört, dass sich in Rom auf geschickte Weise alles erreichen lasse, und dass man dort, wenn nur die Form bewahrt werden könne, zu allen materiellen Bewilligungen bereit sey; so scheint es allerdings weise zu seyn, wenn die Regierungen durch Unterhandlungen sich jene römische Beistimmung zu erwerben suchen. Prüfen wir indess näher die jetzige Stellung Roms.

Der Grundcharakter der römischen Politik ist es von jeher gewesen, wenigstens den Schein einer völligen Unveränderlichkeit der Grundsätze zu behaupten. Denn diese Unbeweglichkeit macht jeden Streit mit Rom furchtbar, und begründet bei den treuen Anhängern Roms die feste Zuversicht, und die Sicherheit ihres Handelns. Sie gilt den gläubigen Anhängern für einen Beweis der göttlichen Gründung des Papstthums, und des Beistandes des heiligen Geistes; und den klugen Anhängern giebt sie die Gewähr, so lange sie auf dem wohlbekannten Pfade fortwandeln, von Rom nicht verlassen zu werden. Würde Rom einmal förmlich und geradezu früher ausgesprochene Grundsätze zurücknehmen, so würde es dadurch seine treuesten Anhänger schwankend machen: die Gläubigen würden zweifeln, ob der Papst noch katholisch sey, die Klugen würden nicht mehr wagen, irgendwie für Rom in die Schranken zu treten, wenn sie fürchten müssten, mit den Grundsätzen, welche sie vertheidigten, vielleicht in kurzem preisgegeben zu werden. So hat Rom von allen Grundsätzen, welche es je ausgesprochen hat, selbst von denen, welche mit der gegenwärtigen Bildungsstufe in dem schreiendsten Contraste stehen, auch nicht Einen förmlich zurückgenommen: dagegen hat es schon seit lange, durch die Zeitverhältnisse genöthigt, trefflich gelernt, Abweichungen von seinen Grund-

sätzen zu übersehen, wenn es augenscheinlich dieselben nicht hindern kann, und von einem Kampfe nur eine Niederlage befürchten muss.

Wie unter den Ultramontanen aller Länder, so sind auch in der römischen Curie selbst eine bigot - gläubige, und eine politisch - kluge Parthei zu unterscheiden. Beide müssen in jener Unbeweglichkeit und Unveränderlichkeit das wichtigste Princip der römischen Handlungsweise erkennen: sie unterscheiden sich nur dadurch, dass die eine Parthei zufrieden ist, den Schein jener Unveränderlichkeit zu bewahren, und also bereit, wo überwiegende Nothwendigkeit oder augenscheinlicher Vortheil es verlangen, in der Sache nachzugeben, wenn nur die Form gerettet wird; die andere aber ehrlich und ernstlich alles festgehalten wissen will. Die politisch - kluge Parthei sieht wohl ein, dass viele alte Maximen der Curie mit der gegenwärtigen Bildung sowohl als mit den jetzigen Staatsverfassungen unvereinbar sind, und dass, wo sie einmal beseitigt sind, an eine Wiederherstellung derselben nicht zu denken ist; dass aber eine hartnäckige Vertheidigung alter unhaltbarer Grundsätze der Curie mancherlei Verlegenheiten und Nachtheile bereiten müsse. Eben so erkennt sie auch recht wohl, dass ein offenes Aufgeben solcher veralteten Maximen in manchen Ländern dem römischen Stuhle von grossem Vortheil seyn würde; dass es z. B. in vielen Theilen des katholischen Deutschlands der Curie sehr nützlich werden könnte, wenn sie die Katholiken zu einem freundlichen und verträglichen Zusammenleben mit den Protestanten ermahnte, wenn sie den Priestercölibat aufhobe, manche abergläubische Andachten zerstörte u, dgl. Aber sie weiss auch, dass, wenn dies geschähe, der grosse

Haufe in Italien, Spanien und Portugal auf den Gedanken kommen würde, der Papst sey lutherisch geworden; dass also Rom durch solches Verfahren seiner entschiedensten Anhänger verlustig gehen würde, ohne hoffen zu dürfen, in den Freunden der Aufklärung und Toleranz einen eben so warmen und treuen Anhang wiederzufinden. Eben deshalb ist diese Parthei zwar zu manchen Concessionen wohl geneigt, strebt aber auch sorgfältig dabei den Schein der Unveränderlichkeit zu bewahren. Diese politisch-kluge Parthei betrachtet sich als die Vertheidigerinn einer Festung, welche stückweise von dem Feinde eingenommen wird. Sie will nicht unnütz Kräfte bei der Vertheidigung der dennoch unhaltbaren Aussenwerke aufopfern, aber auch nicht durch kampflosen Rückzug die Garnison mistrauisch und muthlos machen: ihre letzte Aussicht bleibt ein gutes Abkommen mit dem belagernden Zeitgeiste, um die Festung selbst nach Aufgebung alles Unhaltbaren desto sicherer zu besitzen. Damit sie bei diesem Vertrage etwas in die Wagschale zu legen habe, behält sie sich für denselben die völlige Abtretung des ihr durch Gewalt Entrissenen vor. Dagegen betrachtet sich die bigot-gläubige Parthei als die Vertheidigerinn des von Gott selbst beschützten Zion, welches um der Sünden der Menschen willen zwar hart bedrängt werde, aber endlich doch nothwendig über alle seine Feinde herrlich triumphiren und alle Verluste wiedergewinnen müsse. Sie will gar nichts wirklich aufgeben, sondern duldet mit innerem Zorne nur was sie nicht ändern kann, sieht aber gleich den verblendeten Vertheidigern des belagerten Jerusalems fortwährend hoffend dem Zeitpuncte entgegen, wo die Kirche alles Verlorene wiedergewinnen, und als

sichtbares Universalreich Gottes vollendet und verherrlicht werden werde.

Daraus ergibt sich nun, dass ohne eine erwiesene Nothwendigkeit keine der beiden Partheien zu Concessionen sich entschliessen wird. Ist die politisch-kluge Parthei die herrschende, so wird diese allerdings willfähriger seyn, in gegebenen Fällen die moralische Nothwendigkeit anzuerkennen: sie darf es aber nicht wagen, die bigoten Gläubigen, welche die eigentliche Macht des heiligen Stuhls bilden, zu verletzen, und so werden auch ihre Concessionen stets in sehr vorsichtige und umwundene Ausdrücke gefasst seyn, so dass nicht der Buchstabe des Vertrages, sondern die Gesinnung der herrschenden Parthei die bedeutendste Gewähr leistet. So wird also, so lange die politisch-kluge Parthei am Ruder ist, sich alles ganz gut gestalten: wenn aber ein bigot Gläubiger auf den päpstlichen Stuhl gelangt, und seine Parthei zur Herrschaft bringt, so werden jene Verträge keinen Schutz mehr gewähren, und die Verhandlungen nicht zum Ziele führen.

Durch Unterhandlungen Rom dahin zu vermögen, dass es die Rechte des Staates unumwunden anerkenne, daran ist gar nicht zu denken: es wird auch von den abentheuerlichsten Anmassungen, die es je gewagt hat, sich nicht durch eine ausdrückliche Erklärung losmachen. So hat es selbst die Anmassung noch nie aufgegeben, ungehorsame Fürsten der Regierung entsetzen, und die Unterthanen vom Eide der Treue losprechen zu können, und wird sie auch nie ausdrücklich aufgeben. Durch Verhältnisse genöthigt, hat es mit akatholischen Fürsten unterhandelt, und denselben gegen andere grössere Vortheile Vergünstigungen gewährt, aber immer in solchen Formen, dass durch dieselben auch nicht

die mindeste seiner früheren Anmassungen compromittirt wird.

Sonach dürfte für die weltlichen Staaten der sicherste Weg, ihre Verhältnisse mit ihren Landeskirchen zu ordnen, der seyn, wenn sie auf dem Wege der bürgerlichen Gesetzgebung, allerdings ohne in die innern kirchlichen Verhältnisse irgendwie einzugreifen, ihre Rechte sicher stellen. Wenn Rom die unabwendbare Nothwendigkeit erkennt, so fügt es sich ohne Zweifel, und übersieht, wenn auch mit den von jeher der Curie geläufigen Seufzern über die bösen Zeiten, was sich nicht ändern lässt. Auf diese Weise ist in allen katholischen Staaten das Recht des *Placeti regii* begründet und seit Jahrhunderten behauptet: Rom würde auch jetzt durch Unterhandlungen nicht bewogen werden können, es förmlich anzuerkennen, ungeachtet es dasselbe schon lange schweigend zugiebt. Eben so hat Frankreich die sogenannten Freiheiten der gallicanischen Kirche, welche zum bedeutendsten Theile Rechte des Staates sind, geltend gemacht, und Rom hat dieselben, einige ohnmächtige Verdammungen abgerechnet, zugeben müssen. Auch Oesterreich hält von der Josephinischen Periode her fortwährend allein kraft der bürgerlichen Gesetzgebung sehr wichtige Verordnungen in Beziehung auf die Kirche aufrecht, welche in Rom zum Theil als tiefe Eingriffe in die kirchlichen Rechte höchst unangenehm seyn müssen: dennoch lässt sich die Curie nicht dadurch hindern, mit dem österreichischen Hofe in den besten Verhältnissen zu stehen. Als die süddeutschen Staaten die Angelegenheiten ihrer katholischen Landeskirchen in Ordnung bringen wollten, beabsichtigten sie anfangs, durch Verhandlungen in Rom die Verhältnisse der Kirche zum Staate festzustellen, erkannten aber bald,

dass dies nicht möglich sey *). Darauf versuchten sie, die von ihnen angenommenen Grundsätze dadurch zu sichern, dass sie die neu zu ernennenden Bischöfe sich zu denselben verpflichten liessen **). Endlich aber ergriffen sie das einfachste Mittel, indem sie mit Weglassung aller der auf die innern kirchlichen Verhältnisse bezüglichen Bestimmungen, wie sie früher, offenbar nach Angabe liberaler katholischer Canonisten, beabsichtigt waren, durch ein ausführliches, für alle Staaten gleichlautendes Gesetz v. 30sten Januar 1830 die Rechte des Staates in Beziehung auf die Kirche feststellten. Dass über dieses Gesetz die Ultramontanen in gewaltige Klagen ausbrachen, war nicht zu verwundern: indess sie wurden der nutzlosen Anstrengungen bald müde, und die Verhältnisse zwischen Staat und Kirche sind in jenen Ländern so wohl und sicher geordnet, dass man durchaus von keinen Collisionen hört.

Wenn wir nun unsere Wünsche in Beziehung auf die katholischen Kirchenangelegenheiten in Preussen aussprechen dürfen; so würden wir zuerst eine genaue Feststellung aller Verhältnisse und Rechte des Staates in Beziehung auf die katholische Kirche durch die bürgerliche Gesetzgebung in Antrag bringen.

*) S. die Grundzüge zu einer Vereinbarung über die Verhältnisse der kathol. Kirche in teutschen Bundesstaaten, April, 1818, in der Schrift: Die neuesten Grundlagen der teutsch-katholischen Kirchenverfassung, Stuttgart 1821. S. 270, und *Esposizione dei Sentimenti di Sua Santità sulla Dichiarazione di Principi e stati Protestanti riuniti della Confederazione Germanica*. Ebendas. S. 332 ff.

**) S. die Kirchen-Pragmatik der oberrheinischen Kirchenprovinz, in den Beiträgen zur neuesten Geschichte der deutsch-katholischen Kirchenverfassung in der oberrheinischen Kirchenprovinz, Strassburg 1823. S. 58 ff.

Allerdings scheint sowohl die altpreussische Gesetzgebung in dem allgemeinen Landrechte, als die auf dem linken Rheinufer geltende französische in den organischen Artikeln vom 18ten Germinal des J. 10 dieser Forderung schon zu genügen: indess gerade in der vorliegenden Sache hat sich gezeigt, dass die vorhandene Gesetzgebung nicht ausreiche. Ob die französische Gesetzgebung für diesen Fall gültig sey, oder das preussische Landrecht; welches Gericht in dieser Sache competent sey; welchen Gerichten überhaupt die Handhabung der das Verhältniss zwischen Kirche und Staat bestimmenden Gesetze, und die Bestrafung der ungehorsamen Geistlichen zukomme; das ist mindestens nicht, wie es sollte, allgemein bekannt: und so ist es wünschenswerth, dass durch ein erschöpfendes Gesetz die Verhältnisse des Staates zur Kirche festgestellt, und die Gerichte, welche dieselben zu sichern haben, und ihr Verfahren bestimmt werden. Wenn in diesem Gesetze, wie das nicht anders erwartet werden kann, die Freiheit, auf welche die katholische wie jede andere Kirche mit Recht Anspruch machen kann, anerkannt und geachtet wird: so wird dasselbe gewiss nur zur Beruhigung der katholischen Unterthanen wirken. Denn indem es ihnen die Ansprüche des Staates an die Kirche, deren Nothwendigkeit leicht begreiflich gemacht werden kann, vollständig darlegt, giebt es ihnen zugleich die Gewissheit, dass über dieselben hinaus nichts verlangt und beabsichtigt werde; wogegen vereinzelte Verfügungen diese beruhigende Einsicht in die gesammten Absichten des Staates gegen die Kirche nicht gewähren, und von Mistrauischen leicht als Versuche aufgefasst werden können, die Rechte der Kirche zu beeinträchtigen.

Es wäre indess wohl zu erwägen, ob es nicht am gerathensten wäre, dass der Staat ein vollständiges katholisches Kirchenrecht als Landeskirchenrecht aufstellte. Bekanntlich ist der gesetzliche Inhalt der canonischen Rechtsquellen in Deutschland schon seit langer Zeit nicht mehr vollständig gültig, ungeachtet derselbe von Seiten der höchsten Kirchenbehörde immer noch als rechtlich bestehend und nur factisch beeinträchtigt angesehen wird. Ausserhalb Oesterreichs ist aber das geltende Kirchenrecht auf eine erschöpfende Weise nicht gesetzlich bestimmt, sondern es ist den einzelnen Canonisten überlassen, was sie von den alten Kirchengesetzen und den spätern Observanzen als rechtlich gültig betrachten, und wie sie auf diesem Wege ihr System ausbilden wollen. Daher erklärt sich der Gegensatz der ultramontanen und der liberalen Canonisten, zwischen deren Extremen es aber auch eine grosse Mannichfaltigkeit von Zwischenstufen giebt.

Da nun aber doch auf dem kirchlichen Gebiete die Gesetze eben so feststehen und übereinstimmend anerkannt seyn müssen, als auf dem weltlichen, so hat Oesterreich wohl mit dem grössten Rechte eben so ein Landeskirchenrecht festgestellt, wie ein weltliches Gesetzbuch: und es wäre wohl der Prüfung werth, ob es nicht auch für Preussen vortheilhaft wäre, diesem österreichischen Landeskirchenrechte für seine katholische Landeskirche gesetzliche Gültigkeit zu verleihen. Durch dasselbe würden die Verhältnisse auf eine dem Bedürfnisse des Staates angemessene Weise geordnet: und sofern die gesetzlichen Bestimmungen von einem streng katholischen Staate entlehnt wären, würde die preussische Regierung hinlänglich gegen den Vorwurf geschützt seyn, als ob sie ihrer katholischen Landeskirche Ungebührliches zumuthe.

Natürlich würde dadurch der wissenschaftlichen Forschung kein Abbruch geschehen sollen: dieser würde die geschichtliche Erörterung der frühern kirchenrechtlichen Zustände, die Prüfung der gegenwärtigen, und die philosophische Erwägung der kirchlichen Verhältnisse überhaupt ganz unverkürzt bleiben. Sie würde nur in die Gränzen zurückgewiesen, in welchen sich die weltliche Jurisprudenz halten muss, nämlich gehindert in die Sphäre der Gesetzgebung dadurch einzugreifen, dass sie nach individuellen Principien das jetzt geltende und bestehende Kirchenrecht zu bestimmen sich herausnimmt.

Um dieser Anordnung der kirchlichen Verhältnisse Dauer und Festigkeit zu geben, wird es insbesondere nöthig seyn, die Gerichte zu bezeichnen, welche zur Entscheidung der Klagen über Misbrauch der geistlichen Gewalt competent seyn sollen. Bekanntlich waren in Frankreich früher die Parlamente mit diesen Sachen beauftragt, durch Bonapartes organische Artikel vom 18ten Germinal d. J. 10 wurde es der Staatsrath: welche Gerichte in Preussen für dieselben als competent betrachtet werden, ist dem Verfasser unbekannt. Dass ein einziger Gerichtshof für die ganze Monarchie mit dieser Jurisdiction beauftragt werde, dürfte deshalb räthlich erscheinen, weil die Gegenstände derselben ganz eigenthümlicher Natur sind, und weil auf diese Weise am besten die wünschenswerthe Einheit und Consequenz in der Behandlung derselben gesichert wird. Da Klagen dieser Art nur selten vorkommen, so wird dieser Gerichtshof aus Männern zusammengesetzt seyn können, welche für gewöhnlich bei andern Tribunalen als Richter beschäftigt sind, und nur wenn es nöthig wird zu einem Collegio zusammentreten. Um diesem Gerichtshofe das Ver-

trauen der katholischen Bevölkerung zu sichern, wäre es wünschenswerth, dass derselbe nur aus Katholiken zusammengesetzt wäre. Dies auch aus dem Grunde, weil denselben eine genauere Kenntniss der katholischen Kirchenverhältnisse beiwohnt, wie sie für die Beurtheilung jener Sachen nothwendig ist.

Eben so wünschenswerth dürfte es seyn, dass ein aus Katholiken gebildetes Verwaltungscollegium unter dem Ministerio der geistlichen Angelegenheiten mit der unmittelbaren Wahrung der Rechte des Staates über die katholische Kirche beauftragt wäre, wie ein solches in mehreren protestantischen Staaten unter den verschiedenen Namen eines katholischen Kirchenrathes, eines katholischen Consistorii, einer katholischen Section des Ministerii bereits besteht. Wenn in diesem Collegio Männer vereinigt wären, welche in den verschiedenen katholischen Provinzen des Staates früher Aemter verwaltet, mit den dortigen Verhältnissen sich genau bekannt gemacht, und sich das Vertrauen der Einwohner erworben hätten; so würde dasselbe dem Staate einen doppelten Vortheil gewähren. Der Rath eines solchen Collegii würde ungleich gewichtvoller seyn, als die Meinungen einzelner Räthe, sofern jenem eine reichere Kenntniss der kirchlichen Richtungen und Eigenenthümlichkeiten wie der Bedürfnisse und Wünsche der einzelnen Provinzen beiwohnte, dann aber auch von demselben ein vielseitiger erwogenes Urtheil über kirchliche Dinge erwartet werden könnte. Die katholischen Unterthanen würden aber zu den Verordnungen in kirchlichen Dingen, welche mit einem solchen katholischen Collegio berathen, und durch dasselbe erlassen wären, ein grösseres Vertrauen haben, als zu den wohlwollendsten Erlassen eines protestantischen Ministers.

Die Frage über die gemischten Ehen ist von so grosser Wichtigkeit, dass sie noch eine besondere Erwägung verdient. Sie gehört zu den Fragen, in welchen die Curie durch die Verhältnisse gedrängt schon bedeutend nachgegeben hat, aber fortwährend nur soviel nachgiebt, als sie nachzugeben gezwungen wird.

Das Concilium von Trident bestimmte bekanntlich, dass von Publicirung seiner Beschlüsse an nur diejenigen Ehen für gültig geachtet werden sollten, welche vor dem ordentlichen Pfarrer in Beiseyn von zwei oder drei Zeugen abgeschlossen wären. Da nun die Protestanten nach römischer Ansicht nur Rebellen gegen die Kirche waren, und von Rechtswegen an die Gesetze und Verordnungen derselben gebunden blieben: so wurden auch die unter den Protestanten in den Ländern, wo das Tridentinum publicirt war, geschlossenen Ehen früher für ungültig und für blosse Concubinate erklärt, so dass verheirathete Protestanten, wenn sie zur katholischen Kirche übertraten, für frei und ungebunden geachtet wurden. Bei gemischten Ehen zwischen Katholiken und Protestanten durfte der katholische Pfarrer nicht ohne höhere Dispensation assistiren: diese Dispensation wurde früher nicht anders gegeben, als unter der Bedingung, dass der protestantische Theil zur katholischen Kirche überträte: wenn aber das gemischte Brautpaar vor einem nichtkatholischen Geistlichen dennoch die Ehe abschloss, so galt diese Ehe nach römischen Grundsätzen für nichtig.

Die Befolgung dieser Grundsätze hatte indess in den Ländern, wo Protestanten und Katholiken vermischt lebten, für die katholische Kirche grosse Bedenklichkeiten. Die gemischten Ehen konnten dennoch nicht verhindert werden. Wenn

nun die katholische Kirche sie für nichtig erklärte, und den katholischen Eheheil als im Concubinate, also in einem fortdauernd sündlichen Verhältnisse lebend, von den Sacramenten ausschloss, während doch dieses Verhältniss vom Staate als Ehe anerkannt und beschützt wurde, und nicht willkürlich aufgegeben werden konnte; so wurde der katholische Eheheil dadurch von seiner Kirche weggedrängt, und zum Uebertritte zur protestantischen gezwungen.

Am meisten fühlte man das Unpassende jener Grundsätze in Deutschland, und so ging man hier, wo viele Bischöfe zugleich auch Landesherren waren, und ihren protestantischen Unterthanen und deren gesetzlichen Verträgen den Rechtsschutz nicht verweigern konnten, bald von denselben ab. Die Gültigkeit der Ehen, welche unter Protestanten und vor einem protestantischen Geistlichen geschlossen waren, konnte hier auch in katholischen Ländern nicht in Zweifel gezogen werden, weil sonst z. B. in Erbschaftssachen die Rechte der Protestanten auf die ungerechteste Weise gefährdet worden wären. Die gemischten Ehen erklärte man zwar fortwährend für unerlaubt: da sie aber dennoch nicht völlig verhindert werden konnten, so minderte man auch in katholischen Ländern die Bedingungen, unter welchen sie vor dem katholischen Pfarrer auf gültige Weise eingegangen werden könnten. Man forderte nicht mehr den Uebertritt des protestantischen Theiles zur katholischen Kirche, sondern nur, dass derselbe verspreche,

1. den katholischen Theil in seiner Religionsüberzeugung nicht irre zu machen;

2. alle Kinder katholisch erziehen zu lassen

Aber auch dies konnte bei weitem nicht überall erhalten werden, namentlich nicht da, wo

katholische Landesherrn, wie in Jülich, Cleve und Berg durch Verträge mit protestantischen gebunden waren: und so kam es selbst vor, dass katholische Bischöfe als Landesherrn noch mehr nachgaben, und eine völlige Rechtsgleichheit bei der Eheleute bewilligen mussten. So genehmigte der Bischof von Münster Franz Arnold in dem Vertrage von 1716, dass in der Grafschaft Steinfurt bei gemischten Ehen die Söhne dem Vater, die Töchter der Mutter in dem Religionsbekenntnisse folgen sollten; gleiches wurde in dem Fuldaer Reverse von 1764 festgestellt. Joseph II. machte es für die österreichischen Staaten zum festen noch jetzt bestehenden Gesetze, dass wenn in gemischten Ehen der Vater katholisch wäre, alle Kinder katholisch werden, wenn der Vater einer protestantischen Kirche angehörte, die Söhne dem Vater, die Töchter der Mutter in dem Religionsbekenntnisse folgen sollten.

Auch Rom musste in seinen Grundsätzen über die gemischten Ehen nachgeben, da durch dieselben zu viele Unzuträglichkeiten für die katholische Kirche erfolgten. Schon längere Zeit waren die Canonisten über die Frage uneins geworden, ob protestantische und gemischte Ehen, welche nicht nach der tridentinischen Form abgeschlossen wären, für gültig geachtet werden müssten oder nicht: Benedict XIV. endlich entschied in seiner Declaratio vom 4ten Nov. 1741 in Beziehung auf die Niederlande für ihre Gültigkeit. Diese Milderung war durch das Interesse der katholischen Kirche dringend gefordert, weil nach dem früheren Grundsatz bei gemischten Ehen der katholische Theil fortwährend excommunicirt, und dadurch so gut wie gezwungen war, zur protestantischen Kirche überzutreten. Jetzt galt zwar die Eingehung einer gemischten Ehe für sündlich,

die Ehe selbst aber für gültig: und so konnte der katholische Eheheil für die einmal begangene Sünde mit Pönitenz belegt werden, blieb aber doch in der Gemeinschaft der Kirche.

In enger Verbindung mit dieser Milderung stand eine andere. Nachdem die gemischten Ehen für gültig erklärt waren, lag es im Interesse der katholischen Kirche, die Abschliessung derselben vor dem katholischen Pfarrer nicht in dem Grade zu erschweren, als es durch die bis dahin übliche Bedingung „*abjurata prius haeresi*“ geschehen war, sondern sie unter milderer für die katholische Kirche günstigen Bedingungen zu gestatten. So fing man denn nun auch in Rom an, zu gemischten Ehen unter den Bedingungen, wie sie schon früher in Deutschland vorgekommen waren, zu dispensiren, dass der katholische Theil in seiner Religionsüberzeugung nicht gestört würde, und dass alle Kinder der katholischen Kirche zuhielen; fügte dann aber noch die dritte Bedingung für den katholischen Theil hinzu, nach Kräften für die Bekehrung des protestantischen Gatten zu wirken.

Jene Declaration Benedicts XIV. wurde von Pius VI. i. J. 1793 auch auf die Länder Jülich, Cleve und Berg ausgedehnt: indess war man im katholischen Deutschlande längst so weit vorgeschritten, dass man die Bestimmungen derselben auch ausserhalb jener Gegenden als bereits bestehend betrachten durfte. So erklärte nach der ersten preussischen Besitznahme von Münster der Generalvicar von Fürstenberg der Regierung in einem Berichte vom 9ten Nov. 1804:

„wie die alten kanonischen Gesetze sich unbedingt auf Deutschland nicht anwenden liessen, die katholischen Pfarrer, wenn ein Katholik einem Protestanten die Ehe ver-

prochen, es geschehen lassen müssten, wenn es auch mit Erziehung der Kinder nicht so gehe wie man es wünsche, oder wenn er nicht bewirken könne, dass die Copulation vor einem katholischen Pfarrer geschehe; dass auch die Pastoralklugheit Mittel an die Hand gebe, aller Collision mit der Landesverfassung auszuweichen, ohne seinem Gewissen zu nahe zu treten; dass man namentlich Proclamationes vornehmen, Dimissoriales ertheilen könne, sogar wo nach seiner Kirche Grundsätzen gar keine Dispensation möglich ist, nur im letztern Falle keine Copulation”.

Nachdem indess durch den Wiener Congress 1815 viele katholische Länder protestantischen Fürsten zugetheilt waren, und in Folge davon in jenen Ländern sich die Zahl der Protestanten mehrte, und gemischte Ehen häufiger wurden; entstand bei dem katholischen Clerus grosse Besorgniss, und er fing überall, auch wo es früher nicht gewöhnlich gewesen war, an, die Trauung von der Bedingung abhängig zu machen, dass die zu erwartenden Kinder katholisch erzogen würden. Wenn nun der protestantische Theil dies Versprechen verweigerte, und das Brautpaar sich mit der protestantischen Trauung begnügte, so ging der katholische Clerus hin und wieder so weit, den so getraueten katholischen Eheleuten die Sacramente zu verweigern, und somit die alte canonische Ansicht wieder geltend zu machen, dass jene Ehen, weil nicht nach der Vorschrift des Tridentinums geschlossen, nicht gültig seyen. Die Benedictinische Declaration musste alsdann von ihnen so gefasst werden, als ob sie blos für die Länder, für welche sie gegeben, und auf welche

sie von Pius VI. ausgedehnt worden sey, Geltung habe.

Die Rücksichten, welche den Staat nöthigten, hier einzuschreiten, sind schon oben S. 18 angegeben. Die preussische Gesetzgebung geht im Allgemeinen darauf aus, die Bestimmungen über das Religionsbekenntniss, in welchem die Kinder erzogen werden sollen, allem fremden Einflusse zu entziehen, und dem Vater, als dem Haupte der Familie zu sichern. Als allgemeine Norm stellt sie fest, dass die Kinder in der Religion des Vaters erzogen werden: zur Abweichung von dieser Norm kann ein Gatte den andern durch Verträge nicht verpflichten: so lange aber die Eltern einig sind, können sie auch von jener Norm abweichen, ohne dass irgend ein Dritter das Recht hätte sich einzumischen, oder zu widersprechen.

Den katholischen Geistlichen liess der Staat frei, von gemischten Ehen überhaupt und in jedem einzelnen Falle abzurathen, die kirchliche Trauung zu gewähren oder zu versagen: er verbot aber, die katholische Trauung von dem Versprechen katholischer Kindererziehung abhängig zu machen, und erklärte alle desfalsigen Verträge und Versprechungen für ungültig.

Indess wurde durch dieses Verbot wenig erreicht. Die katholischen Pfarrer forderten freilich jenes Versprechen nicht mehr, erklärten aber, wenn sie um Trauung angegangen wurden, dass sie nur dann trauen könnten, wenn ihnen freiwillig ein solches Versprechen entgegengebracht würde. Wenn nun aber dem protestantischen Bräutigam von der katholischen Braut und deren Angehörigen ein solches, vielleicht eidliches, Versprechen abgeloct war; so war natürlich in den meisten Fällen die Ungültigkeits-

erklärung desselben durch das Gesetz ohne Bedeutung. Der ehrliche Protestant glaubte sich an sein Wort gebunden, so sehr es ihn auch später schmerzen mochte, die Rechte über seine Kinder aufgeopfert zu haben.

Nachdem die Regierung vergebens durch Verordnungen und Drohungen diesen Conflicten abzuhelpen gesucht hatte, hoffte sie nach Abschluss des Concordates mit Hülfe der neuen Bischöfe denselben ein Ende zu machen. Die Bischöfe bezeugten den besten Willen, glaubten aber der Hülfe des Papstes nicht entbehren zu können. Sie trugen demselben die Verhältnisse und die aus denselben für sie entstehenden Verlegenheiten vor, und der Papst Pius VIII. erliess darauf das Breve v. 25sten März 1830 *).

Dieses Breve kündigt selbst den Zweck an, die bisherigen Conflicte zwischen den geistlichen und den weltlichen Gesetzen, so weit es in der Macht des Papstes liege, zu beseitigen, und giebt zu diesem Zwecke folgende Bestimmungen, nach denen in Zukunft die gemischten Ehen von den katholischen Geistlichen behandelt werden sollten:

1. Der Katholik, welcher eine gemischte Ehe eingeht, sündigt dadurch: daher sollen insbesondere katholische Frauenzimmer vor solchen Verbindungen dringend gewarnt werden.

2. Die Katholiken, welche dennoch solche Ehen eingehen, sollen nicht durch namentlich gegen sie ausgesprochene Censuren bestraft werden;

3. indess soll der katholische Priester sich jedes Zeichens der Billigung dieser Ehen enthalten, und namentlich bei der Schliessung derselben nur eine passive Assistenz leisten.

*) In der preussischen officiellen Darlegung, Beilagen S. 4 ff. in der römischen Urkundlichen Darstellung S. 38 ff.

4. Von jetzt an sollen auch die gemischten Ehen, welche nicht vor einem katholischen Geistlichen geschlossen werden, für gültig erachtet werden; diejenigen, welche schon früher so geschlossen worden sind, sollen von den Bischöfen nachträglich legitimirt werden.

Es war in der That durch dieses Breve gewährt worden, was der Papst in seiner eigenthümlichen Stellung nur gewähren konnte. Die Willfährigkeit des römischen Hofes zeigte sich namentlich auch darin, dass derselbe den Punct, welcher der preussischen Regierung der wichtigste war, nämlich den, ob das Versprechen katholischer Kindererziehung Bedingung der katholischen Trauung seyn solle, ohne alle feste Bestimmungen liess. Er konnte diese Forderung nicht ausdrücklich aufgeben, war aber bereit es zu übersehen, wenn sie irgendwie beseitigt wurde, und behielt sich nur für den Fall, dass es zu irgend einem Eclat komme, vor, hinterher eine Concession dieser Art ableugnen zu können.

Wenn man das Breve allein liest, so muss man glauben, dass der Papst das weltliche Gesetz, wodurch den Priestern die Abforderung jenes Versprechens verboten war, als eine factisch feststehende Schranke anerkannt, und seine folgenden Bestimmungen in der Voraussetzung erlassen habe, dass ein solches Versprechen nicht gefordert werden könne. Denn in der Einleitung wird das bürgerliche Gesetz, wodurch den Bischöfen grosse Verlegenheit bereitet werde, ausdrücklich erwähnt, und dessen Inhalt dahin angegeben,

ut in matrimoniis mixtis liberi utriusque sexus in religione patris, aut certe ad ejus arbitrium educantur, simulque sacerdotibus

interdictum, ne a personis matrimonia hujusmodi contracturis ullam exigant super religiosa nasciturae prolis institutione spon-
sionem.

Dann heisst es zwar, der Papst könne nicht Alles bewilligen, was zur Ausführung dieses Gesetzes verlangt werde,

Siquidem Sanctae huic Sedi prorsus non licet illa omnia permittere, quae in istis regionibus ad ejus legis executionem postulari significastis;

aber es wird nicht ausdrücklich angegeben, was davon gestattet werden könne, was nicht. Darauf wird historisch angegeben, dass die Päpste bei ihren Dispensationen stets dergleichen Bedingungen gemacht hätten:

suis dispensationibus adjicere consueverunt conditionem expressam de praemittendis matrimonio opportunis cautionibus, non modo ut conjux acatholicus ab acatholico perverti non posset, quin potius ille teneri se sciret ad hunc pro viribus ab errore retrahendum, sed etiam ut proles utriusque sexus ex eodem matrimonio procreanda in catholicae religionis sanctitate omnino educaretur;

aber diese Bedingungen werden nicht auch für zukünftige Fälle festgestellt; sondern es wird an jene Angabe nur die Bemerkung geknüpft, wie nothwendig es sey, alles zu vermeiden, wodurch diese Ehen in Wort und That gebilligt zu werden scheinen. Alsdann aber wird unter den Gründen, durch welche die katholische Frau vor der Ehe mit einem akatholischen Manne verwahrt werden soll, besonders die Rücksicht hervorgehoben, dass sie dadurch die religiöse Erziehung der Kinder der Willkühr des Mannes preisgebe:

agnoscat, se in filios, quos a Deo expectat, jam nunc crudelissime acturam, si tales contraxerit nuptias, in quibus sciat illorum educationem in viri acatholici arbitrio futuram;

und so wird also offenbar darauf verzichtet, die Willkühr des Mannes durch abzufordernde Versprechen zu zügeln, und das bestehende weltliche Gesetz wird als eine unübersteigliche Schranke anerkannt. Endlich geschieht in dem Folgenden, wo doch das Verfahren in Beziehung auf gemischte Ehen sehr genau vorgeschrieben wird, und wo also ein so wichtiger Punct mit der unterschiedensten Deutlichkeit angegeben seyn musste, eines abzufordernden Versprechens durchaus keine Erwähnung.

Dass das Breve darauf verzichtet, dieses Versprechen zu einer Bedingung der Dispensation für die Zukunft zu machen, geht auch daraus hervor, dass dasselbe für alle gemischte Ehen den Pfarrern die passive Assistenz vorschreibt. Nach der bisherigen Observanz wurde nämlich in den Fällen, wo die katholische Kindererziehung versprochen war, die solenne Trauung gestattet: und wenn das Breve die Absicht gehabt hätte, dass in jedem Falle zuerst die Forderung jenes Versprechens versucht würde, so hätte es gewiss zwischen den Fällen, wo dasselbe geleistet, und wo es verweigert würde, unterschieden.

Freilich sagt die Instruction des Cardinals Albani vom 27. März 1830, welche gleichzeitig mit dem Breve an die Bischöfe erging, dass in dem Breve die früher bei dergleichen Dispensationen üblichen Bedingungen nicht aufgegeben seyen:

Multo autem minus (Sanctitas Sua) decli-

nare potuit a sanctissimo illo Sedis ejusdem instituto, per quod Romani Pontifices, quum interdum — matrimonia hujusmodi permitterent, suis dispensationibus adjicere consueverunt conditionem expressam de praemitendis matrimonio opportunis cautionibus, non modo ut conjux catholicus ab acatholico perverti non posset, quin potius ille teneri se sciret ad hunc pro viribus ab errore retrahendum, sed etiam ut proles utriusque sexus ex eo conjugio procreanda in catholicae religionis sanctitate omnino educaretur.

Indess liegt ja in diesen Worten nicht eine Anweisung für die Bischöfe und deren Geistliche, sondern nur die Erklärung, dass die Päpste, wenn sie unmittelbar um Dispensation angegangen würden, von jenen Bedingungen nicht abweichen könnten. Damit war es denn immer verträglich, wenn sie den Bischöfen mit Rücksicht auf die Verhältnisse derselben zu der weltlichen Macht es nicht zumutheten, dieselben Bedingungen zu stellen, sondern es nachsehen wollten, wenn sie den weltlichen Gesetzen sich fügten.

Nur bei der Legitimation früher abgeschlossener gemischter Ehen wird in dieser Instruction den Bischöfen ausdrücklich vorgeschrieben, dass sie den katholischen Eheheileil ermahnen sollen, die katholische Erziehung der Kinder zu bewirken: ut suis obligationibus sedulo satisfaciat, ei praesertim, quae catholicam filiorum utriusque sexus educationem respicit.

Doch wird ein desfallsiges Versprechen nicht zur Bedingung der Legitimation gemacht, und eine Ermahnung durfte gerade in diesen Fällen auch vom Staate unbedenklicher zugelassen werden, da die in dem Brautstande so leicht das

Gewissen des akatholischen Theils übertäubenden Rücksichten hier nicht mehr zu fürchten waren.

Unter diesen Umständen war das päpstliche Breve für die preussischen Bischöfe nicht ohne Bedenklichkeit. Der Punct, welcher bis dahin zwischen der Regierung und der katholischen Geistlichkeit vorzüglich streitig gewesen war, wurde in dem Breve durch keine bestimmte Erklärung erledigt, sondern war so gefasst, dass sich nur durch Schlüsse die eigentliche Willensmeinung des Papstes errathen liess. Wenn man indess an die römischen Verhältnisse und Gewohnheiten dachte, so war der Grund dieser Unbestimmtheit leicht zu entdecken. Rom wollte zugeben, dass jene den weltlichen Gesetzen widersprechenden Bedingungen aufgegeben würden; wollte dies aber nicht selbst ausdrücklich erklären, sondern es den Bischöfen überlassen, sich darüber zu entscheiden. Wenn nun durch diese ohne Aufsehen die mildere Praxis eingeführt worden wäre, so würde Rom geschwiegen haben: für den andern Fall aber, dass durch jene Versuche zu laute Unzufriedenheit hervorgerufen würde, sicherte sich die Curie durch ihre Unbestimmtheit, und durch einige Wendungen der Instruction die Möglichkeit, hinterher es abzuläugnen, solche Concessionen gemacht zu haben.

Die preussische Regierung bedachte sich lange, ehe sie diese zweideutigen Geschenke annahm und benutzte, und suchte zuerst — indess vergeblich — eine Aenderung des Breve durch Unterhandlungen in Rom zu erreichen. Da indess in dem Breve die Forderung jener Versprechungen bei gemischten Ehen nicht vorgeschrieben war, und was hier nicht vorgeschrieben war, für erlassen gelten durfte; so schien doch durch dasselbe das Bedeutendste erreicht, und es kam

nun insbesondere auf die Gesinnung der Landesbischöfe an, ob durch das Breve der langwierige Conflict beendigt werden solle. Offenbar war hier eine Uebereinstimmung der Bischöfe durchaus nothwendig; diese wurde durch Unterhandlungen des geheimen Legationsrathes Bunsen mit dem Erzbischofe v. Spiegel eingeleitet, und führte zu der Einigung vom 19. Juni 1854, welcher darauf auch die andern Bischöfe des westlichen Theiles der Monarchie beitraten *).

Diese Einigung geht von dem gewiss einer Rechtfertigung nicht bedürfenden Grundsatz aus, dass was in dem Breve nicht ausdrücklich vorgeschrieben sey, unterlassen, und was nicht ausdrücklich verboten sey, vorgenommen werden könne; dass aber für die Auslegung der Instruction des Cardinals Albani, welche blos für die Bischöfe bestimmt sey, als Grundsatz angenommen werden müsse, dass sie über den Inhalt des päpstlichen Breve selbst nicht hinausgehen könne.

Sonach vereinigten sich die Bischöfe dahin:

1. dass die Geistlichen fortan von der Forderung eines Versprechens in Beziehung auf die Kindererziehung Abstand nehmen sollten; dann aber beschränkte diese Vereinbarung auch noch
2. die Assistentia passiva auf die Fälle, wo sich religiöse Leichtfertigkeit bei der Eingehung der gemischten Ehe kundgebe.

Diese letztere Bestimmung enthielt allerdings eine Aenderung der Vorschrift des Breve. Wenn indess die Bischöfe unbezweifelt befugt sind, in so unbedeutenden Disciplinarverfügungen die durch die obwaltenden Umstände nothwendig geworde-

*) S. die Urkunden in der preuss. officiellen Darlegung, Beilagen S. 9 ff.

nen Veränderungen zu treffen, so kann ihnen deshalb kein Vorwurf gemacht werden. Ihre Gründe für diese Aenderung waren,

1. dass die *Assistentia passiva* auch eine Art von Censur in sich fasse, welche doch nach Vorschrift des Breve vermieden werden solle;

2. dass die auf solche Weise eingegangenen Ehen da, wo das allgemeine Landrecht gelte, als bürgerlich ungültig angefochten werden könnten.

Es war zu erwarten, dass durch die neue Praxis, welche jetzt in Folge jener Verabredungen eintrat, jene Ultramontanen sehr verletzt wurden, welche ihrer Abneigung gegen die Protestanten besonders in der Beurtheilung und Behandlung der gemischten Ehen Luft gemacht hatten: und so wurden denn jene Vereinbarung und die auf dieselbe gestützte Instruction der Bischöfe an ihre Generalvicarien bald in Rom denunciirt. Ob dem römischen Hofe mit dieser Denunciation gedient war oder nicht, muss dahin gestellt bleiben: allerdings scheint unter dem gegenwärtigen Papste die streng bigote Parthei dort wieder mehr Boden gewonnen zu haben: auf jeden Fall wollte die Curie nicht weniger für das katholische Interesse zu sorgen scheinen, als ihre Anhänger in Deutschland, und nahm die Miene an, als ob in jenem Breve die Forderung einer katholischen Kindererziehung nicht aufgegeben, sondern ausdrücklich festgestellt worden sey.

Gleichzeitig fing nun auch der Erzbischof von Droste an, von jener Vereinbarung abzuweichen, denen, die eine gemischte Ehe eingehen wollten, das Versprechen einer katholischen Kindererziehung wieder abfordern zu lassen, und die Aussegnung der Wöchnerinnen, deren Männer dasselbe nicht geleistet hatten, zu verweigern.

Den trefflichen Bischof von Hommer in Trier liess ein Fanatiker kurz vor seinem Tode, im Zustande der entschiedensten Schwäche, ein Schreiben an den Papst unterzeichnen, in welchem derselbe jene Uebereinkunft als verwerflich denuncirte und dieselbe widerrief *). Nach der Wegführung des Erzbischofs von Cöln haben auch die Bischöfe von Münster und Paderborn den Beitritt zu der Uebereinkunft zurückgenommen.

So stehen also das päpstliche Breve und die Instruction des Cardinals Albani allein noch als Norm für die Bischöfe da: es ist ihnen aber jetzt die Erklärung hinzugefügt, dass die Forderung einer katholischen Kindererziehung bei gemischten Ehen durch das Breve keinesweges habe aufgehoben werden sollen.

Soll nun die preussische Regierung fortfahren in Rom zu unterhandeln, um eine Zurücknahme dieser den Staatsgesetzen widersprechenden Bestimmung zu erhalten? Es würde ihr zuverlässig nichts helfen, und sie bedarf der Unterhandlungen um so weniger, da sie in ihrer gesetzgebenden Macht Mittel genug besitzt, um den Schwierigkeiten zu begegnen.

Am entschiedensten würden dieselben durch das Gesetz beseitigt werden, welches die frühern Bestimmungen erweiternd unbedingt feststellte, dass die Kinder in gemischten Ehen in der Religion des Vaters erzogen werden sollten, und somit die bisher den Eltern zustehende Freiheit, von dieser Bestimmung auch abzuweichen, aufhöbe. Für die meisten Fälle dürfte gewiss angenommen werden, dass durch dieses Gesetz der freie Wille des Vaters, von welchem doch die

*) S. Schreiben vom 10ten Nov. 1836 in der römischen Urkundlichen Darstellung (Regensburg 1838) S. 122.

Bestimmung der Religion seiner Kinder abhängen soll, in der That nicht beschränkt, sondern von beschränkenden Hindernissen befreit werde. Denn man darf doch in der Regel annehmen, dass der Vater, wenn er ohne fremdartige Rücksichten frei bestimmen kann, seine Kinder auch seiner Kirche wird zuführen wollen. Um in besondern Fällen die nöthigen Ausnahmen möglich zu machen, könnte ja einer Regierungsstelle die Macht zu dispensiren beigelegt werden. Oesterreich hat bekanntlich auf diesem Wege die Religion der Kinder in gemischten Ehen ganz von dem Willen der Eltern unabhängig gemacht, und dadurch alle aufregende Discussionen über diesen Gegenstand abgeschnitten.

Wenn indess ein solches Gesetz zu tief in die Elternrechte einzugreifen scheinen sollte, so dürfte doch ein anderes zu wünschen seyn, um zu verhindern, dass der Mann, der eine gemischte Ehe eingehen will, über das Religionsbekenntniss seiner künftigen Kinder nicht in der Zeit auf eine bindende Weise verfügen könne, in welcher er am wenigsten geeignet ist, eine so wichtige Verfügung mit ruhiger und gewissenhafter Ueberlegung zu treffen, nämlich im Bräutigamsstande. Denn es ist offenbar, dass er in dieser Lage am meisten fremdartigen Rücksichten offen steht, wie auch dass das Gefühl der Vaterliebe und der Vaterpflicht, welches bei jener Entscheidung besonders den Ausschlag geben soll, erst dann lebendig wird, wenn er wirklich Vater geworden ist.

Das Gesetz wird ohne Zweifel mit Recht als Regel voraussetzen können, dass jeder Vater seine Kinder in seiner Religion werde erziehen lassen wollen. Aus bedeutenden Gründen darf es aber dann auch verlangen, dass jeder Vater, welcher von dieser natürlichen Regel abweichen wolle,

seinen Entschluss der Obrigkeit zuvor anzeige, und dass diese sich dabei so viel als möglich versichere, dass er aus völlig freier Bewegung handle. Natürlich kann aber der Ehemann diese Anzeige und Erklärung bei der Obrigkeit erst abgeben, wenn er wirklich Vater geworden ist: aus Rücksicht auf den Zustand der Wöchnerinn, dessen Berücksichtigung leicht die freie Erklärung des Mannes wieder beschränken könnte, dürfte dieselbe nicht eher als ein halbes Jahr nach der Geburt des ersten Kindes angenommen werden. Eine solche gesetzliche Ordnung würde auch für die Fälle, wo der Vater früh sterben sollte, aller Ungewissheit über seinen Willen ein Ende machen. Die gesetzlichen Bestimmungen, welche demnach zu wünschen wären, würden etwa so lauten:

1. Im Allgemeinen ist anzunehmen, dass die aus einer gemischten Ehe entspringenden Kinder in der Religion des Vaters erzogen werden sollen: doch bleibt es dem Vater überlassen, innerhalb der unten zu bestimmenden Frist auch anders über die religiöse Erziehung seiner Kinder zu verfügen.

2. Ein jedes Versprechen, welches dem Vater vor dem Eingehen einer gemischten Ehe oder nachher in dieser Beziehung abgenommen wird, ist ungültig: Geistliche, welche ein solches fordern oder annehmen, machen sich dadurch strafbar.

3. Das erste in einer gemischten Ehe geborene Kind wird von dem Pfarrer des Vaters getauft. Will der Vater seine Kinder in dem Religionsbekenntnisse der Mutter erziehen, so muss er desfalls vor seiner Ortsobrigkeit eine Erklärung abgeben, kann dies aber nicht früher, als nachdem das älteste Kind ein halbes Jahr alt geworden ist.

4. Wenn er zu diesem Zwecke vor der Obrigkeit erscheint, so ist er zuerst eidlich zu befragen, ob er durch irgend ein gegebenes Versprechen zu dieser Erklärung veranlasst sey.

5. Wenn sich ein solches Versprechen ergibt, welches er andern Personen als seiner Gattin gegeben hat, so müssen diese Personen vor der Obrigkeit erscheinen, um ihm jenes Versprechen förmlich zurückzugeben. Weigern sie sich dessen, so wird das Versprechen als dem Gesetze widersprechend von Seiten der Obrigkeit für ungültig erklärt.

6. Erst nachdem der Vater als vollkommen frei erkannt worden ist, wird seine Erklärung angenommen.

7. Er kann dieselbe ebenfalls vor der Obrigkeit wieder zurücknehmen, bis das erste Kind das fünfte Jahr erreicht hat, und die Schule zu besuchen anfängt. Von da an bleibt es unabänderlich bei der letzten Bestimmung des Vaters.

Man wird diesen Vorschlägen nicht vorwerfen können, dass durch sie irgend ein den gegenwärtig geltenden Gesetzen fremder Zwang begründet werde: sie wollen nur die durch das Gesetz beabsichtigte Dispositionsbefugniß des Vaters völlig frei machen, und alle gesetzwidrige Versuche, dieselbe zu vinculiren, beseitigen. Die Geistlichen würden alsdann wahrscheinlich bald aufhören, Versprechungen zu veranlassen oder anzunehmen, welche sie einst vor der Obrigkeit wieder zurücknehmen zu müssen die Aussicht hätten, und wegen deren Annahme sie ausserdem noch bestraft würden. Und da die Rechtsgleichheit der Confessionen durch dieses Gesetz durchaus nicht angetastet, vielmehr gesichert wird: so würden auch alle vernünftige Katholiken sich mit demselben bald befreunden, und froh seyn, wenn durch das-

selbe die Sache der gemischten Ehen in eine feste und ruhige Ordnung gebracht würde.

Wenn den Kirchen eine ungestörte freie Entwicklung im Innern bleibt; wenn ihre äussern Rechtsverhältnisse mit Gerechtigkeit und Wohlwollen aufs genaueste geordnet werden, und wenn vor Allem mit unerschütterlicher Festigkeit über die Beobachtung der so erlassenen Gesetze gehalten wird: dann werden gewiss alle Irren und Wirren zwischen dem Staate und den Kirchen für immer verschwinden.

Gieseler, Johann Carl Ludwig,

Ueber die kölnische Angelegenheit Darstellungen, Betrachtungen und Vorschlä
ge

Lipsia 1838

Polem. 1417 r

urn:nbn:de:bvb:12-bsb10774404-9